



Pr.

Gros

Titelblatt u. Vorrede fehlen.

Lehrbuch
der
philosophischen
Rechtswissenschaft
oder
des Naturrechts
von
D. Karl Heinrich Gross.

<36634535680017

<36634535680017

Bayer. Staatsbibliothek

**Bayerische
Staatsbibliothek
München**

Inkingen.

Cotta.

1802

In n h a l t.

Einleitung.

I. Vorbegriffe. S. 1.

II. Ableitung und Entwicklung des Rechtsbegriffs. S. 8.

III. Begriff und Eintheilung des Naturrechts. S. 17.

IV. Unterschied des Naturrechts von verwandten und angränzenden Wissenschaften. Nutzen desselben. S. 21.

V. Einige Züge zur Geschichte des Naturrechts. S. 25.

VI. Litteratur des Naturrechts. S. 35.

Erster Haupttheil. Das natürliche Privatrecht.

Erstes Hauptstück. Allgemeiner Theil.

I. Abschnitt. Von den verschiedenen Arten der Rechte überhaupt. S. 41.

II. Abschnitt. Von dem Aufhören der Rechte. S. 44.

III. Abschnitt. Von der Art, die Rechte zu schützen. S. 49.

Zweytes Hauptstück. Besonderer Theil.

I. Abschnitt. Absolutes oder unbedingtes Naturrecht. S. 59.

II. Abschnitt. Hypothetisches oder bedingtes Naturrecht.

Einleitung. S. 71.

I. Abtheilung. Allgemeines hypothetisches Naturrecht.

I. Kapitel. Von der Occupation und dem Eigenthum überhaupt. S. 73.

II. Kapitel. Von Verträgen überhaupt. S. 88.

II. Abtheilung. Besonderes hypothetisches Naturrecht.

Einleitung. S. 113.

I. Unterabtheilung. Besonderes außergesellschaftliches hypothetisches Naturrecht.

I. Ka-

I n n h a l t.

I. Kapitel. Eintheilungen des Eigenthums.
S. 114.

II. Kapitel. Verschiedene Arten der Verträge. S. 116.

II. Unterabtheilung. Natürliches Gesellschaftsrecht.

I. Kapitel. Von den Gesellschaften überhaupt. S. 133.

II. Kapitel. Von der Ehe. S. 149.

III. Kapitel. Von der Kirche. S. 153.

Zweyter Haupttheil. Das natürliche Staatsrecht.

Einleitung. S. 162.

Erstes Hauptstück. Absolutes oder unbedingtes natürliches Staatsrecht.

I. Abschnitt. Von der Entstehung des Staats und der Staatsgewalt überhaupt. S. 164.

II. Abschnitt. Von den einzelnen Bestandtheilen der Staatsgewalt. S. 179.

Zweytes Hauptstück. Hypothetisches oder bedingtes natürliches Staatsrecht. S. 218.

Dritter Haupttheil. Das natürliche Völkerrecht.

Einleitung. S. 230.

Erstes Hauptstück. Rechte eines Volks.

I. Abschnitt. Absolutes oder unbedingtes Völkerrecht. S. 233.

II. Abschnitt. Hypothetisches oder bedingtes Völkerrecht.

I. Abtheilung. Von dem Völkereigenthum.
S. 235.

II. Abtheilung. Von den Völkerverträgen.
S. 238.

Zweytes Hauptstück. Von der Art, die Rechte eines Volks zu schützen. S. 425.

Einleitung.

I. *Vor begriffe.*

§. 1.

Handlung im weitern Sinn heisst jede Aeufserung von Kräfften im Verhältniss zu der dadurch entstehenden Wirkung; *im engern Sinne*, wenn sie mit Bewusstseyn und nach Vorstellungen geschieht.

§. 2.

Das *Begehrungs Vermögen* oder der *Wille im weitern Sinn* ist das Vermögen, durch seine Vorstellungen zur Hervorbringung des Gegenstands derselben wirksam zu seyn.

Die Bestimmung des BegehrungsVermögens heisst *Begierde*; eine zur Fertigkeit gewordene Begierde heisst *Neigung*.

§. 3.

Sinnlichkeit ist dasjenige Vermögen, wovon das Subjective von unsern Vorstellungen abhängt. Ist dieses Subjective von der Art, dass es schlechterdings nur auf das Subject bezogen, niemals objectiv gemacht und zu einem Bestandtheile der

Erkenntnis erhoben werden kann, so heisst die Empfänglichkeit dafür das *Gefühl*.

Die Empfänglichkeit für das Subjective, welches auch objectiv werden kann, heisst der *Sinn*.

§. 4.

Das Gefühl äussert sich durch Lust und Unlust. *Lust* ist die subjective Vorstellung, die wir in uns zu erhalten streben (daher *angenehm*). *Unlust* ist die subjective Vorstellung, die wir von uns zu entfernen streben (daher *unangenehm*.)

Zwischen der Lust und dem Begehren steht mitten inne das *Gelüsten*. Difs ist ein durch die Lust gewirkter Reiz zum Begehren, wobey es noch zu keiner wirklichen Bestimmung des BegehrensVermögens gekommen ist.

§. 5.

Die *Vernunft* ist dasjenige Vermögen, wodurch wir der Vorstellung der Allgemeinheit und Nothwendigkeit fähig sind.

§. 6.

Das Vermögen, nach Vorstellungen der Vernunft zu begehren, heisst *Wille im engern Sinne*.

1. Die Handlung des Willens, wodurch sich derselbe zur Wirklichmachung des Gegenstands einer Vorstellung bestimmt, heisst ein *Entschluss*.
2. Der Erfolg einer Handlung, insofern die Vorstellung desselben den Bestimmungsgrund zur Handlung ausmacht, heisst der *Zweck* der Handlung

lung und die *Absicht* des Handelnden. Dasjenige, wodurch der Zweck wirklich werden kann, heißt das Mittel. Ein Zweck, zu welchem sich andere Zwecke als Mittel verhalten, heißt in Beziehung auf diese der *Endzweck*.

§. 7.

Der Wille heißt *Willkühr*, insofern er als das Vermögen erscheint, zwischen verschiedenen Vorstellungen sich für die Wirklichmachung des Gegenstands der einen oder der andern zu bestimmen.

Willkühr ist (wie schon die Etymologie anzeigt) nichts anders als der Wille, insofern derselbe als *wählend* gedacht wird.

§. 8.

Die Willkühr heißt *frey*, insofern sie durch sinnliche Reize zwar zur Thätigkeit aufgefordert, aber nicht dadurch bestimmt wird.

§. 9.

Eine Regel ist ein Satz, wodurch das Manigfaltige der Erkenntnisse oder Begehrungen unter Einheit gebracht wird. Sie heißt *theoretisch*, wenn sie sich auf Erkenntnisse, *praktisch*, wenn sie sich auf Begehrungen oder Handlungen bezieht.

§. 10.

Eine Regel, welche sich ein Subject selbst für seine Handlungen vorschreibt, heißt eine *Maxime*,

§. 11.

Eine allgemeine und nothwendige Regel heist ein *Gesez*.

§. 12.

Reine Vernunft ist dasjenige Vermögen, wodurch wir der Vorstellung einer absoluten oder unbedingten Nothwendigkeit fähig sind. Sie heist *praktisch*, insoferne sich diese Nothwendigkeit auf Handlungen bezieht.

§. 13.

Geseze der praktischen Vernunft sind nicht anders möglich, als unter Voraussetzung eines Willens, welcher fähig ist, sich blos durch Vernunft, unabhängig von allen andern Gründen, zu bestimmen. Diese Eigenschaft des Willens, welche nicht erkannt, sondern nur postulirt wird, heist *transcendentale Freyheit* oder *Freyheit des Willens* (im metaphysischen Sinne).

§. 14.

FreyheitsGeseze können nur solche seyn, deren Gültigkeit von ihrer Materie unabhängig ist; denn die Materie als solche ist von Aussen gegeben, nur durch Erfahrung erkennbar und der Freyheit entgegengesetzt.

§. 15.

Sondert man von einem Gesez alles ab, was
blos

blos zur Materie desselben gehört, so bleibt nichts als seine Form übrig. Die Form eines Gesetzes ist nichts anders als seine Gesetzmäßigkeit selbst, seine Tauglichkeit, ein Gesetz — und zwar, insofern es aus der Vernunft kommt, ein Gesetz für alle vernünftige Wesen zu seyn.

§. 16.

Wird in einem Gesetz nichts als die Form desselben ausgedrückt, so ergibt sich folgende Formel: Handle nach solchen Maximen, welche zu Gesetzen für alle vernünftige Wesen tauglich sind. Dies ist also das höchste Gesetz der praktischen Vernunft.

§. 17.

Geseze, deren Gültigkeit durch die Gesetzmäßigkeit selbst bedingt ist, heißen *moralische, sittliche Geseze*; der Inbegriff derselben heißt das *SittenGesetz*, und die dadurch bestimmte Nothwendigkeit, *moralische Nothwendigkeit*.

1. Sitte heißt Uebereinstimmung der willkührlichen Handlungen. Die Geseze der praktischen Vernunft heißen sittliche Geseze, weil sie durch ihre Befolgung die möglichgröste Uebereinstimmung in den Handlungen vernünftiger Wesen hervorbringen.

2. Den moralischen Gesetzen sind entgegengesetzt physische oder NaturGeseze. Natur im materiellen Sinn ist der Inbegriff alles dessen, was Gegenstand

stand der finnlichen Wahrnehmung seyn kann; im formellen Sinne, das innere Princip dessen, was zum Daseyn der Dinge gehört. NaturGeseze find daher die allgemeinen und nothwendigen Regeln dessen, was zum Daseyn eines Dinges gehört. Die durch NaturGeseze bestimmte Nothwendigkeit heist *physische* Nothwendigkeit.

§. 18.

Die moralische Nothwendigkeit bezogen auf einen auch durch finnliche Antriebe bestimmbar, dem SittenGesez nicht von selbst angemessenen Willen heist *Verpflichtung, Verbindlichkeit*; die davon abhängenden Bestimmungen einzelner Handlungen heissen *Pflichten, Verbindlichkeiten*.

Die moralischen Geseze drücken aus, was seyn *soll*, oder anders seyn kann; die physischen Geseze, was seyn *muss*, und nicht anders seyn kann.

§. 19.

Der subjective Bestimmungsgrund der Willkühr heist *Triebfeder*. In Beziehung auf ein Gesez heist die Triebfeder eine *innere*, wenn sie in dem Gesez selbst besteht; eine *äussere*, wenn sie in etwas ausser dem Gesez besteht. Die äussere Triebfeder rührt von der Sinnlichkeit her, und beruht auf Neigung oder Abneigung.

§. 20.

Alle moralische Geseze enthalten eine innere Triebfeder; einige derselben lassen jedoch auch eine

eine äussere Triebfeder zu. Diejenigen, welche eine äussere Triebfeder ausschliessen, heissen *moralische* oder *sittliche Gesetze im engern Sinne*, *ethische Gesetze*, *Tugendgesetze*; diejenigen, welche eine äussere Triebfeder zulassen, heissen *juristische Gesetze*, *Rechtsgesetze*. Das SittenGesetz ist daher theils Tugendgesetz, theils Rechtsgesetz.

§. 21.

Nach Verschiedenheit dieser beyden Arten von moralischen Gesetzen, gibt es zweyerley Arten von Pflichten, *Tugend- und Rechtspflichten*. Eine heissen auch, weil es bey ihnen auf den innern Bestimmungsgrund des Willens ankommt, *innere*, diese, weil es bey ihnen nur um die Handlung nach ihrer äussern Erscheinung zu thun ist, *äussere Pflichten*.

1. Alle Rechtspflichten sind Tugendpflichten, aber nicht umgekehrt.
2. Einige nennen Tugendpflichten, Pflichten im engern Sinne; Rechtspflichten, Verbindlichkeiten im engern Sinne.

§. 22.

Pflichten und Verbindlichkeiten heissen *vollkommen* oder *unerlasslich*, wenn sie schlechterdings und in jedem Falle Statt haben; *unvollkommen* oder *erlasslich*, wenn sie von Bedingungen abhängen, deren Beurtheilung in jedem einzelnen Falle dem Ge-

Gewissen des Verpflichteten überlassen ist. Daher heißen diese auch *Gewissenspflichten*.

Gewissen ist das Bewußtseyn eines Subjects, in wiefern es über das Verhältniß seiner Handlungen zum Gesez urtheilt.

§. 23.

Was durch Freyheitsgeseze geboten ist, heißt moralisch oder juridisch nothwendig; was durch sie verboten ist, heißt moralisch oder juridisch unmöglich, unmoralisch oder rechtswidrig; was durch sie weder geboten noch verboten ist, moralisch oder juridisch möglich, erlaubt.

1. Das Wort *moralisch* ist hier, wie in der Folge, im engern Sinn, als gleichbedeutend mit *ethisch*, genommen. vergl. §. 20.
2. Der Begriff eines Erlaubnisgesezes enthält keinen Widerspruch, theils weil solches ein die Sphäre seiner Gültigkeit selbst begränzendes Gebot oder Verbot ist, theils weil die Erlaubniß für den einen immer zugleich eine Verbindlichkeit für die übrigen (jenen nicht zu stören) in sich schließt. Erlaubnisgeseze bestimmen das *Dürfen*, welches gleichfalls ein *moralisches* oder *juridisches* Dürfen seyn kann.

II. *Ableitung und Entwicklung des Rechtsbegriffs.*

§. 24.

Als Vernunftwesen, welches unter *moralischen*

fchen Gesezen steht, ist der Mensch innerlich frey (§. 13.) Kommt dem Menschen innere Freyheit zu, so muß er auch äußerlich frey d. h. vom Aeufseren unabhängig seyn, weil er sonst nicht als Vernunftwesen in der Sinnenwelt wirksam seyn könnte.

§. 25.

Als Sinnenwesen ist der Mensch ein Theil der Welt der Erscheinungen; auf diesem Gebiete steht er in Gemeinschaft mit andern vernünftigen Wesen, die, als solche, gleichfalls frey sind.

§. 26.

Ein freyes Wesen kann nicht in der Sinnenwelt existiren, ohne durch seine Willkühr Causalität in derselben zu haben, d. h. Veränderungen in ihr hervorzubringen.

§. 27.

Sind mehrere freye Wesen in der Sinnenwelt, so begegnen sich ihre Wirkungen einander in gegenseitigem Einfluß; die Causalität des einen steht der Causalität des andern entgegen.

§. 28.

Soll durch diese gegenseitige Einwirkung die Freyheit aller nicht aufgehoben werden, so muß sich jedes vernünftige Wesen gegen das andre so verhalten, daß dieses neben jenem auch frey seyn kann.

kann. Die Bedingung der Coexistenz vernünftiger Wesen in einer Sinnenwelt besteht also darin, daß jedes nach solchen Regeln handle, bey deren allgemeinen Befolgung die freye Willkühr aller zugleich wirksam seyn kann.

§. 29.

Diese Regeln des nothwendigen Verhaltens in der Gemeinschaft freyer Wesen heißen Rechtsgeseze. Hieraus ergibt sich das höchste Rechtsprincip: *diejenige Handlung ist rechtmässig, mit deren Maxime die allgemeine gesetzliche Freyheit vereinbar ist.*

§. 30.

Das *Recht* (*jus*) ist demnach:

1) als Qualität einer Person: das Vermögen (*Facultas*), seine Willkühr zu äussern, ohne der gesetzlichen Freyheit anderer entgegen zu handeln; oder: das durch das Gesez der allgemeinen äussern Freyheit bestimmte Vermögen zu handeln.

2) als Qualität einer Handlung: die Vereinbarkeit des eigenen Freyheitsgebrauchs mit der allgemeinen gesetzlichen Freyheit.

3) als ein Ganzes von Gesezen: der Inbegriff derjenigen Bedingungen, unter welchen allgemeine äussere Freyheit möglich ist.

Recht und Befugniss sind nicht an sich, sondern nur beziehungsweise verschieden. In Beziehung auf
mei-

meine eigene Handlung wird mir eine *Befugnis*; in Beziehung auf eine Sache, oder auf die Handlung eines Andern wird mir ein *Recht* zugeschrieben.

§. 31.

Ein Wesen, dem Rechte zustehen, ein Subject von Rechten, heisst eine *Person*; das Gegentheil heisst *Sache*, was nur Object, nicht Subject von Rechten seyn kann.

§. 32.

Eine *physische* Person heisst ein Einzelner, welchem Rechte zustehen, ein individuelles Subject von Rechten; eine *moralische* oder *mystische* (*juridische*) Person heisst ein Inbegriff von Mehreren, denen zusammengenommen (in Rücksicht ihrer Verbindung) gewisse Rechte zustehen, ein collectives Subject von Rechten.

Eine moralische (juridische) Person heisst mystisch, weil sie kein Gegenstand sinnlicher Wahrnehmung ist.

§. 33.

Der Rechtsbegriff bezieht sich auf das äussere Verhältniss der Willkühr gegen Willkühr. Die Willkühr steht nur dadurch in einem äussern Verhältnisse, dass ihre Wirkungen erscheinen, und als Erscheinungen auf den Zustand Anderer Einfluss haben. Der Rechtsbegriff bezieht sich also auf Handlungen, wodurch vernünftige Wesen ein-

einander ihren Zustand wechselseitig bestimmen. Solche Handlungen heißen äussere Handlungen.

Wenn man von einem Rechte spricht, so kann man nicht äusseres und inneres Recht unterscheiden. Denn ein Recht (*jus*) ist immer ein äusseres. Wenn man aber von dem, was Recht ist (*rectum*) spricht, so kann man dasjenige, was innerlich recht ist, das moralisch Rechte unterscheiden von dem, was äusserlich recht ist, dem juridisch Rechten.

§. 34.

Der Rechtsbegriff bezieht sich nicht auf die Materie der Willkühr, sondern lediglich auf die Form derselben in ihrem äussern Verhältnisse. Die Materie der Willkühr ist der Zweck, den sich jemand bey einer willkührlichen Handlung vorsetzt; die Form der Willkühr in ihrem äussern Verhältnisse ist die Art, wie sich eine Willkühr gegen die andre verhält.

§. 35.

Jemanden nöthigen, heisst, ihn zu einer Handlung dadurch bestimmen, dass man den in seinem Begehrungsvermögen zum Gegentheil vorhandenen Antrieben stärkere entgegensezt. Zwang ist Nöthigung durch Anwendung äusserer Kräfte. Widerstand ist Anwendung äusserer Kräfte zu Aufhebung eines Zwangs.

§. 36.

§. 36.

Jeder Mensch ist befugt, sein Recht mit Zwang zu schützen. Denn rechtmässig ist dasjenige, was mit der allgemeinen gesetzlichen Freyheit übereinstimmt. Unrecht ist also ein Hinderniss der allgemeinen gesetzlichen Freyheit; und Zwang gegen Unrecht ist Aufhebung dieses Hindernisses. Was ein Hinderniss der allgemeinen gesetzlichen Freyheit aufhebt, stimmt mit dieser selbst überein. Mithin ist Zwang gegen Unrecht rechtmässig, und die Befugniss dazu mit jedem Rechte, seinem Begriffe nach, (analytisch) verbunden.

Der Ausdruck *Zwangsrecht* ist entweder gleichbedeutend mit Befugniss zu zwingen, oder enthält einen Pleonasmus.

§. 37.

Jedem Recht auf der einen Seite entspricht eine Verbindlichkeit auf der andern Seite; denn das Recht gründet sich auf ein für alle vernünftige Wesen in ihrem gegenseitigen Verhältnisse gültiges Gesetz; ein Gesetz aber, welches dem einen ein Recht beylegte, ohne dem andern zugleich die Verweigerung oder Verhinderung der Handlung, welche den Gegenstand jenes Rechts ausmacht, zu gebieten, würde sich selbst widersprechen.

Daher kann das Recht auch definirt werden, als
das

das Vermögen, andere zu verpflichten. Hierauf bezieht sich die Eintheilung der Verbindlichkeit in active und passive.

§. 38.

Die dem Rechte gegenüberstehende Verbindlichkeit ist keine unvollkommene Verbindlichkeit. Denn der RechtsBegriff bezieht sich lediglich auf das Verhältniß der Willkühr des einen zu der Willkühr des andern (§. 33.); mithin gehört es zum Wesen des Rechts, daß zur Geltendmachung desselben die Willkühr dessen, dem es zusteht, (dem Geseze nach) allein hinlänglich ist. Eine Forderung also, zu deren gesetzmässigen Befriedigung noch etwas aufser der Willkühr des Berechtigten (z. B. die Gewissenhaftigkeit dessen, an welchen die Forderung ergeht) nothwendig ist, ist kein Gegenstand eines Rechts. Mithin ist die Verbindlichkeit, welche einem Recht entspricht, immer eine vollkommene Verbindlichkeit.

1. Jedem Recht entspricht eine Pflicht, aber nicht jeder Pflicht ein Recht.
2. Da jedes Recht mit einer Befugniss zu zwingen verbunden ist, so heisst eine Pflicht, welche einem Recht entspricht, Zwangspflicht. Ein Gesetz, durch welches eine solche Pflicht vorgeschrieben wird, heisst ein Zwangsgesetz.
3. Alle Zwangspflichten sind vollkommene Pflichten, aber nicht alle vollkommene Pflichten sind Zwangspflichten.

Pflichten; denn der Mensch hat auch vollkommene Pflichten gegen sich selbst.

4. Ein sogenanntes unvollkommenes Recht ist (in jeder möglichen Bedeutung des Worts) ein Unding, vergl. §. 36.

§. 39.

Wenn für eine Handlung zweyerley Gesetze gelten, welche dem Umfange nach von einander verschieden sind, so kann ebendieselbe Handlung dem einen Gesetz angemessen, dem andern entgegen seyn. Daher kann eine Handlung rechtmässig, und doch zugleich unmoralisch (im engeren Sinne) seyn. Mit andern Worten: der Mensch kann auch ein Recht auf unmoralische (dem TugendGesetze nach unerlaubte) Handlungen haben.

§. 40.

Billigkeit (im subjectiven Sinne) ist die Beschränkung des Gebrauchs seiner Rechte durch unvollkommene Pflichten. Da nun einer unvollkommenen Pflicht auf Seite des einen kein Recht auf Seite des andern entspricht, so kann es kein Recht auf Billigkeit geben.

1. Das Recht, im Gegensatz der Billigkeit, heisst *strenges Recht*, *jus strictum*, *rigor juris*, auch *summum jus*.

2. *Summum jus summa saepe injuria.*

§. 41.

§. 41.

Ein Nothfall (*casus extremae necessitatis*) ist der Zustand einer dringenden LebensGefahr. Ein Nothrecht (*jus necessitatis*) als die Befugniss, in der Noth durch Verletzung der Rechte eines Andern (der kein Unrecht gethan hat) sich selbst zu erhalten, wäre ein Recht, in der Noth Unrecht zu thun. Difs ist widersprechend.

§. 42.

Obgleich es kein Nothrecht gibt, so ist doch der Mensch in der Noth als entbunden von dem Rechtsgeseze zu betrachten. Denn alles Recht beruht darauf, dafs freye Wesen nebeneinander existiren sollen. Wenn nun die Natur zwey Menschen in eine solche Lage gegen einander bringt, dafs der eine nur mit dem Untergang oder der Verletzung des andern seine Existenz erhalten kann, so ist die Bedingung des Rechts aufgehoben; es steht nun nicht mehr Recht gegen Recht, sondern nur Natur gegen Natur. Wer also in der Noth handelt, kann zwar physisch, aber nicht juridisch behandelt werden.

Die Noth kann nicht machen, dafs das Unrecht zum Recht wird — Noth *bricht* kein Gebot; sie bewirkt nur, dafs vom Rechte nicht mehr die Rede seyn kann — Noth *hat* kein Gebot, *necessitas est exlex*. Vergl. *Kant* metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre. Anhang zur
Einlei-

Einleitung. II. *Schaumann* Verf. eines neuen Systems des natürl. Rechts. S. 189. ff. *Fichte* Grundlage des Naturrechts, II. Th. S. 85. ff.

III. Begriff und Eintheilung des Naturrechts.

§. 43.

Praktische Philosophie ist die Wissenschaft dessen, was durch die praktische Vernunft bestimmt ist. Die Wissenschaft dessen, was durch die praktische Vernunft als Gesetzgebung der innern Freyheit bestimmt ist, heisst *Tugendlehre*, *Moral*, die Wissenschaft dessen, was durch die praktische Vernunft als Gesetzgebung der äussern Freyheit bestimmt ist, heisst *Rechtslehre*, *philosophische Rechtswissenschaft*.

§. 44.

Die philosophische Rechtswissenschaft heisst *Naturrecht*, weil sie sich mit natürlichen Rechtsgesezen im Gegensatz von positiven beschäftigt, denn das Natürliche wird dem Willkührlichen entgegengesetzt. Positive Geseze im weitern Sinne sind Rechtsregeln; welche durch die Willkühr vernünftiger Wesen festgesetzt sind.

§. 45.

Das Naturrecht ist demnach die Wissenschaft der Rechte, welche durch die äussere Gesetz-

setzung der Vernunft bestimmt sind. Es heißt *reines* Naturrecht, in so fern es Rechte lehrt, welche einem vernünftigen Wesen überhaupt in Gemeinschaft mit Seinesgleichen zukommen; *angewandtes*, in so fern es Rechte lehrt, welche einer besondern Art von vernünftigen Wesen, dem Menschen, zukommen.

Das Naturrecht kann nicht auf empirischen *Gründen* beruhen; aber das angewandte Naturrecht muß empirische (anthropologische) *Sätze* enthalten, weil es die Principien des reinen Naturrechts auf solche Wesen anwendet, deren Kenntniß nur aus der Erfahrung geschöpft werden kann.

§. 46.

Das Naturrecht hat nicht nur die durch Vernunft bestimmten Rechte selbst darzustellen, sondern auch die Art und Weise anzugeben, wie denselben durchgängig ein sicherer Effect in der Wirklichkeit verschafft werden soll. Difs führt auf die Idee des Staats als einer Verbindung der Menschen zur allgemeinen Sicherstellung ihrer Rechte. Die Darstellung der aus einer solchen Verbindung entspringenden Rechte macht einen besondern Theil des Naturrechts aus, welches demnach in das natürliche Privatrecht (sonst auch das eigentliche Naturrecht genannt), und in das natürliche Staatsrecht zerfällt.

§. 47.

§. 47.

Verhältnisse eines Wesens sind Bestimmungen, die demselben insofern zukommen, als es in Verbindung mit andern gedacht wird. Der Inbegriff solcher Bestimmungen heisst *Stand* (*status*). Sind die Verhältnisse von der Art, daß davon gewisse Rechte abhängen, so heißen sie Rechtsverhältnisse, und der Inbegriff derselben heisst *rechtlicher Stand* (*status juridicus*). Sind die Rechtsverhältnisse schon durch den nothwendigen Charakter eines Wesens an sich wirklich, so wird der Inbegriff derselben der *absolute rechtliche Stand* genannt, setzt die Wirklichkeit derselben gewisse Thatsachen voraus, so heisst ihr Inbegriff der *hypothetische rechtliche Stand*.

§. 48.

Bürgerlicher Stand (*status civilis*) ist der Inbegriff solcher Rechtsverhältnisse, welche dem Menschen als einem Mitgliede des Staats (Bürger) zukommen. Ihm wird entgegengesetzt der *Naturstand* (*status naturalis*) als der Inbegriff solcher Rechtsverhältnisse, welche dem Menschen zukommen, ohne daß er als Mitglied eines Staats gedacht wird.

Der Naturstand ist ein Product des abstrahirenden Verstandes; er ist 1) nicht einerley mit dem ursprünglichen Stande der Menschheit (*status primitivus*), der als Stand der Kindheit des Men-

fchengeschlechts und als Stand der Unschuld gedacht wird; 2) nicht einerley mit dem Stande der Wildheit, der ein wirklicher, in der Erfahrung gegebener Zustand ist; 3) keine Fiction und 4) keine Hypothese. Vergl. *Hufeland Versuch über den Grundsatz des Naturrechts*. S. 190—195.

§. 49.

Das natürliche Privatrecht ist die Lehre von den Rechten des Menschen im Naturstande, oder von den Rechten, die dem Menschen unabhängig vom Staate zukommen. Es theilt sich ab in das *absolute, unbedingte Naturrecht* (*jus naturae absolutum s.theticum*), oder die Lehre von den Rechten, die dem Menschen blos darum, weil er ein freyes vernünftiges Wesen in der Sinnenwelt ist, vermöge seiner menschlichen Natur zukommen; und in das *hypothetische, bedingte Naturrecht*, oder die Lehre von den Rechten, die dem Menschen nur unter Voraussetzung gewisser Handlungen zukommen.

§. 50.

Das natürliche oder allgemeine Staatsrecht (*jus publicum naturale s. universale*) ist die Lehre von den Rechten und Verbindlichkeiten des Staats gegen seine Mitglieder.

§. 51.

Betrachtet man den Staat als moralische
Per-

Person im Verhältniß zu Auswärtigen (d. h. die nicht Mitglieder desselben sind) so heisset er ein *Volk*. Werden die natürlichen Rechte und Verbindlichkeiten eines Volks gegen Auswärtige besonders abgehandelt, so kommt zu den (§. 46.) angegebenen beyden Haupttheilen des Naturrechts noch ein dritter hinzu — das *natürliche* oder *allgemeine Völkerrecht* (*jus gentium naturale s. universale*).

Das Naturrecht ist demnach die Lehre 1) von den natürl. Rechten der Privatpersonen — *natürl. Privatrecht*; 2) von den natürlichen Rechten des Staats — *natürl. Staatsrecht*; 3) von den natürl. Rechten der Staaten als Privatpersonen — *natürl. Völkerrecht*.

IV. Unterschied des Naturrechts von verwandten und angränzenden Wissenschaften; Nutzen desselben.

§. 52.

Verwandte Wissenschaften heißen solche, welche eine gemeinschaftliche Quelle haben; angränzende, welche einen Theil ihres Gegenstands mit einander gemein haben.

§. 53.

Eine Wissenschaft unterscheidet sich von der andern entweder durch ihre Materie oder durch ihre

ihre Form oder durch beydes zugleich. Materie einer Wissenschaft ist der Inbegriff der Sätze, welche den Gegenstand derselben ausmachen; Form ist die Art, wie ihr Gegenstand erkannt wird.

Vergl. *Feuerbach* Kritik des natürlichen Rechts S. 2. ff.

§. 54.

Das Naturrecht unterscheidet sich von der Moral nicht durch die Form; denn beyde sind philosophische Wissenschaften; sondern durch die Materie, auf folgende Art: 1) die Moral schreibt der innern Freyheit Gesetze vor; das Naturrecht bringt die äussere Freyheit (die Freyheit der Menschen im Verhältnisse gegen einander) unter Gesetze, und zwar unter Zwangsgesetze. 2) Das Naturrecht bestimmt blos, wie sich eine Willkühr gegen die andere verhalten soll, ohne auf ihre Zwecke Rücksicht zu nehmen; die Moral schreibt auch die Zwecke vor, welche die Willkühr haben soll. 3) Das Naturrecht bezieht sich blos auf das Aeussere, auf die Handlungen; die Moral auch auf das Innere, auf die Gesinnung.

Das Naturrecht fordert nur Legalität, nicht Moralität. Eine Handlung hat *Legalität*, insoferne sie äusserlich d. h. der Wirkung nach in der Erscheinung, dem Gesez gemäfs geschieht; *Moralität*, insoferne sie nicht nur äusserlich, son-

sondern auch innerlich d. h. der Gesinnung nach, dem Gesez gemäß (aus Achtung für das Gesez als solches) geschieht.

§. 55.

Politik überhaupt ist Klugheitslehre d. h. die Lehre von den zu Erreichung menschlicher Zwecke tauglichsten Mitteln. Politik im engern Sinn ist Staatsklugheitslehre d. h. die Lehre von den zu Erreichung des Staatszweks tauglichsten Mitteln.

§. 56.

Das Naturrecht unterscheidet sich von der Politik (im engern Sinn) 1) durch die Form; denn jenes ist eine philosophische, diese ist eine empirische Wissenschaft; 2) durch die Materie, denn das Naturrecht bestimmt den Zweck des Staats, die Politik gibt die unter gewissen Voraussetzungen tauglichsten Mittel zu Erreichung dieses Zweks an.

§. 57.

Positive Geseze im engern Sinn (§. 44.) sind diejenigen, welche durch den Willen des Regenten im Staate wirklich sind; der Inbegriff derselben heisst positives Recht. Von diesem unterscheidet sich das Naturrecht sowohl durch die Form, als auch, wenigstens zum Theil, durch die Materie.

§. 58.

Durch beydes unterscheidet sich auch das
Na-

Naturrecht von der Philosophie des positiven Rechts. Hierunter versteht man den Inbegriff der Resultate, welche sich aus der Prüfung der Vernunftmäßigkeit und Zweckmäßigkeit eines positiven Rechts, mittelst der Anwendung des Naturrechts und der Politik, ergeben.

Die Zweckmäßigkeit eines positiven Rechts wird beurtheilt theils aus der Natur des Menschen überhaupt theils aus der physischen, moralischen und politischen Beschaffenheit eines Volks insbesondere. Diese Untersuchungen führen auf dasjenige, was man den *Geist der Geseze* nennt. Was hierunter zu verstehen sey, lehrt schon der Titel des unsterblichen Werks von *Montesquieu de l'Esprit des loix ou du rapport, que les loix doivent avoir avec la constitution de chaque gouvernement, les mœurs, le climat, la religion, le commerce &c.* Trefliche Ideen zur Philosophie des positiven Rechts enthält auch *Michaelis* Mosaisches Recht. Von neuern Schriften gehört vorzüglich hieher: *Hugo* Lehrbuch des Naturrechts als einer Philosophie des positiven Rechts. Berlin 1799.

§. 59.

Das Naturrecht hat einen absoluten Werth; es ist wichtig für jeden Menschen als vernünftiges Wesen, um seine und andere Rechte kennen zu lernen.

§. 60.

Das Naturrecht hat einen relativen Werth
fo

sowohl für den Bürger überhaupt, welcher daraus sein rechtliches Verhältniß zum Staate kennen lernt, als für einzelne Classen von Bürgern nach ihren besondern Verhältnissen.

§. 61.

Der Gesetzgeber findet in dem Naturrechte die Principien der positiven Gesetzgebung, den Gelehrten interessirt dasselbe als Theil der Philosophie.

§. 62.

Vorzüglich aber ist das Naturrecht unentbehrlich für den Rechtsgelehrten überhaupt zur *Beurtheilung* der objectiven Gültigkeit der positiven Geseze, und für den praktischen Rechtsgelehrten insbesondere zur *Anwendung* derselben 1) als Hülfsmittel der Interpretation; 2) als subsidiarisches Recht in denjenigen Fällen, worüber die positiven Geseze keine ausdrückliche oder analogische Bestimmung enthalten; 3) als integrierender Theil des positiven Rechts in denjenigen Fällen, wo der Gesetzgeber ausdrücklich auf das Naturrecht verweist.

V. *Einige Züge zur Geschichte des Naturrechts.*

Io. Franc. Budde i historia juris naturalis. Halae 1695. 8. in dessen *Selectis juris nat. et gent.* Halae 1704. und 1717. 8.

Iac.

Jac. Fr. Ludovici delineatio historiae juris divini naturalis et positivi universalis. Halae 1701. 4. 1717. 8.

Io. Barbeyrac historia juris naturae, als Vorrede zu dessen franzöf. Uebersetzung von Puffendorfs *jus. nat. et gentium*.

Christiani Thomassii paulo plenior historia juris naturalis. Halae 1719. 4.

Laur. Reinhard historia jurisprudentiae natur. Lips. 1725. 8.

Adam Frid. Glafey vollständige Geschichte des Rechts der Vernunft. Leipz. 1739. 4.

Ioh. Iak. Schmaufs neues System des Rechts der Natur. Gött. 1754. 8. I. Th.

Kurzer Entwurf einer Historie des Natur- und Völkerrechts (von *Gr. Steph. Wiesand*) 1759. 8.

Ge. Christ. Gebauer nova juris naturalis historia; edidit Klevesahl. Wezl. 1774. 8.

Kurze Abrisse der Geschichte des Naturrechts finden sich in einzelnen Lehrbüchern dieser Wissenschaft z. B. von *Hufeland, Hoffbauer, Klein* u. a.

§. 63.

Die Geschichte des Naturrechts ist die zusammenhängende Darstellung der Begebenheiten, in welchen die Ursache des gegenwärtigen Zustandes dieser Wissenschaft enthalten ist.

§. 64.

Das Naturrecht hat das allgemeine Schicksal der Wissenschaften gehabt, auf Veranlassung speciell-

cieller Fälle mit einzelnen Begriffen und Sätzen anzufangen, von diesen allmählig zu Grundsätzen aufzusteigen, und sich endlich zu einem systematisch verbundenen Ganzen zu erheben. Daher läßt sich die Geschichte des Naturrechts füglich in zwey Hauptperioden abtheilen: 1) wo man noch bey der Bestimmung einzelner Begriffe und Sätze des Naturrechts stehen blieb, ohne sie in ein System verbunden abzuhandeln; 2) wo man anfieng, die Lehren des Naturrechts systematisch zu behandeln und eine Wissenschaft daraus zu bilden. Die erste Hauptperiode geht bis auf das Jahr 1539, wo *Oldendorp's* Einleitung erschien.

f. *Hoffbauer* Naturrecht im Anhang §. IV. V.
§. 65.

Schon bey den Griechen finden sich Spuren der Unterscheidung naturrechtlicher Begriffe von den übrigen Begriffen der praktischen Philosophie. Besonders ist eine Stelle des *Aristoteles* (*Ethica ad Nicomach. lib. V. c. X.*) merkwürdig, wo dieser Philosoph das schlechthin Rechte (*ἀπλως δικαιον*) von dem, was politisch Recht ist (*πολιτικον δικαιον*) unterscheidet. Unter dem erstern versteht er das Moralischgute, unter dem zweyten das Recht im eigentlichen Sinne. Er erklärt das letztere als das Recht zwischen freyen Personen in einem Staat, und theilt dasselbe ein in das positive (*νομικον*) und das natürliche Recht (*φυσικον*).

§. 66.

§. 66.

Die Römer unterscheiden zwey Theile des Naturrechts unter dem Namen *jus naturale* (im engerm Sinne), *quod natura omnia animalia docuit*, und *jus gentium*, *quod naturalis ratio inter omnes gentes constituit*. Diese Eintheilung läßt sich gegen den Vorwurf der Ungereimtheit retten, wenn man die Materie oder den Gegenstand des Naturrechts als den Eintheilungsgrund ansieht. Der Sinn ist alsdann dieser: das Naturrecht bezieht sich entweder auf solche Neigungen, welche dem Menschen mit den Thieren gemein sind, auf die animalische Natur des Menschen, oder auf Neigungen, die dem Menschen eigenthümlich sind, auf die sinnlich - vernünftige Natur des Menschen. Nach dieser Erklärung ist die Eintheilung dem Begriff des Rechts nicht widersprechend, aber freylich ohne Nutzen.

Ulpian sagt: *Ius naturale est, quod natura omnia animalia docuit.* — — *Ius gentium est, quo gentes humanae utuntur: quod à naturali recedere, facile intelligere licet; quia illud omnibus animalibus, hoc solis hominibus inter se commune est.* L. 1. §. 3. 4. D. de justit. et jure. *Cajus*: *Quod naturalis ratio inter omnes homines constituit, id apud omnes peraeque custoditur: vocaturque jus gentium, quasi quo jure omnes gentes utuntur.* L. 9. D. eod. vergl. §. II. I. de R. D.

§. 67.

§. 67.

In der zweyten Hauptperiode find die ersten Versuche sowohl wegen der Vermischung des Naturrechts mit andern Wissenschaften (der Moral, der Theologie, dem positiven Recht, der Politik) als auch in Ansehung des Principis sehr unvollkommen. Dahin gehören die Schriften von *Oldendorp* (geb. 1506. gest. 1567.) *Nic. Hemming* (geb. 1515. gest. 1600.) und *Benedict Winkler* (geb. 1579. gest. 1648.) Die herrschende Idee von dem Naturrecht um diese Zeit bestehet darin, daß solches der dem Menschen in das Herz geschriebene und in den zehn Geboten promulgirte Wille Gottes sey. Daher werden auch die einzelnen Lehren des Naturrechts nach der Ordnung der zehn Gebote durchgegangen.

Io. Oldendorps Isagoge seu elementaria introductio juris naturae, gentium et civilis. Col. Agr. 1539. steht auch in dessen Opp. T. I. ibid. 1559. Neu herausgegeben von Martini. Wien 1759. 8. Die Manier dieses ersten Versuchs zu charakterisiren, mag folgende Stelle dienen: „Quid est igitur jus gentium? est multorum populorum auctoritas. Quid jus civile? est unius populi jussus. Qui scies, an utrumque recte sit receptum? ex norma naturae ceu fonte. Ubi est illa norma? in corde et conscientia hominis à Deo insculpta. Quid si multi dissentiant circa hanc normam, nec recte de ea judicent? recurrendum est ad tabulas

bulas divinas, in quibus renovatum est jus vel lex naturae tam certo testimonio, ut variari non possit.“ f. *Meister Bibl. jus nat. et gent. T. I. p. 373. sqq.*

Nic. Hemmingii de lege naturali methodus apodictica. Vit. 1577. 8.

Bened. Winkleri, Soltquellensis, Principiorum juris libri quinque, in quibus genuina juris tam naturalis quam positivi principia et firmissima jurisprudentiae fundamenta ostenduntur, ejusdem summus finis ob oculos ponitur et divina auctoritas probatur. Lips. 1615.

§. 68.

Hugo Grotius (geb. 1583. gest. 1645.) gab durch die Behauptung, daß das Naturrecht auch ohne die Idee von Gott gültig sey, dieser Wissenschaft eine vortheilhafte Wendung. Sein Verdienst besteht darin, daß er zuerst ein wissenschaftliches Princip aufstellte. Er baut das Naturrecht auf Geselligkeit, und nimmt als Kennzeichen der Rechtmäßigkeit einer Handlung die Uebereinstimmung derselben mit der vernünftigen und geselligen Natur des Menschen an. Uebrigens war seine Absicht unmittelbar nur auf einen Haupttheil des Völkerrechts gerichtet; er wurde aber durch die Bearbeitung seines Gegenstands auf allgemeine Untersuchungen über das Naturrecht geführt.

Hugo

Hugonis Grotii de jure belli et pacis libri tres, in quibus jus naturae et gentium, item juris publici praecipue explicantur. Paris 1625. 4. Die folgenden Ausgaben, worunter die zu Lausanne 1751. Vol. V. 4. erschienene die beste ist, finden sich verzeichnet in des Freyherrn von *Ompteda* Litteratur des Völkerrechts S. 392. ff. Unter den Uebersetzungen (s. v. *Ompteda* a. a. O. 404. ff.) ist besonders die französische von *Barbeyrac* Amst. 1724. 4. zuletzt *Leyde* 1759. Tom. II. 4. zu merken. Als Commentatoren (s. v. *Ompteda* a. a. O. S. 397. ff.) haben sich vorzüglich die beyden Freyherrn von *Cocceji*, *Heinrich* und *Samuel*, verdient gemacht. *Hen. de Cocceji Grotius illustratus seu Commentarii ad Hug. Grotii de I. B. et P. lib. III. accedunt observationes Sam. de Cocceji. Tom. I. Wratislav. 1744. Tom. II. ibid. 1746. Tom. III. ibid. 1747. Fol. Sam. L. B. de Cocceji Introductio ad Henr. L. B. de Cocceji Grotium illustratum, continens Dissertationes prooemiales XII. etc. Halae 1748. Fol.*

§. 69.

Thomas Hobbes (geb. 1588. gest. 1679.) stellt als Vorbereitung des allgemeinen Staatsrechts eine Idee vom Naturstand auf, wodurch das natürliche Privatrecht ganz aufgehoben wird. Nach dieser Idee wird das Recht nicht bloß durch den Staat erst gesichert, sondern hat vielmehr ohne den Staat an sich gar keine Realität. Der Hauptfehler seines

nes

nes Systems liegt in der Verwechslung der Frage: wie sich die Menschen gegen einander, wenn sie auch nicht im Staate lebten, zu verhalten verbunden wären? mit der Frage: wie sie sich unter jener Voraussetzung gegen einander verhalten würden?

Thomas Hobbes Elementa Philosophiae sect. III. de cive. Par. 1642. 4. besonders Paris 1647. zuletzt Genevae 1742. 12. — — Leviathan, or concerning Commonwealth. London 1651. Fol. lateinisch: Leviathan, sive de civitate ecclesiastica sive civili. Londini 1668. 4.

§. 70.

Samuel von Pufendorf (geb. 1632. gest. 1694.) ist der erste, welcher das Naturrecht vollständig und methodisch abgehandelt hat. Ausserdem hat er das Verdienst, dass er den Grundsatz der Gefelligkeit, welchen schon Grotius aufgestellt hatte, nicht wie dieser, müßig an der Spitze der Wissenschaft stehen läßt, sondern zur Ableitung der einzelnen Lehren des Naturrechts anwendet. Er wird daher auch als der Stifter des *socialistischen* Systems angesehen.

Sam. Pufendorfii elementa jurisprudentiae universalis methodo mathematica. Hagae Com. 1660. 8.

— — *de jure naturae et gentium. Libri VIII. Lond. Scan. 1672. 4. c. not. Hertii, Barbeyracii et Godofr. Mascoyii. Francof. et Lips. 1744. 1759.*

Sam.

Sam. Pufendorfii de officio hominis et civis lib. II. Lond. Scan. 1673. 8. c. not. Titii, Ottonis, Barbeyracii, Carmichaelis et Treueri. Lugd. Bat. 1769. Tom. II. 8.

§. 71.

Christian Thomasius (geb. 1655 † 1728.) trat als Gegner des socialistischen Systems auf, nachdem er dasselbe in einem frühern Werk über das Naturrecht vertheidigt hatte. Der von ihm aufgestellte Grundsatz des Rechts (was du dir nicht gethan haben willst, das thue auch andern nicht) ist mehr für einen Rückgang als Fortschritt der Wissenschaft zu halten. Inzwischen veranlasste er durch Bestreitung des socialistischen Systems eine veränderte Behandlung des Naturrechts.

Chr. Thomassii institutiones jurisprudentiae divinae. Lips. 1668. vermehrt Halae 1714. 4. — — fundamenta juris naturae et gentium. Halae 1705. vermehrt das. 1718.

§. 72.

Zwey Schüler von Thomasius, *Nicolaus Hieronymus Gundling* (geb. 1681. † 1731.) und *Ephraim Gerhard* (geb. 1682. † 1718.) find in der Geschichte des Naturrechts dadurch merkwürdig, dafs sie zuerst Zwangsrechte und Zwangspflichten als den eigentlichen Gegenstand dieser Wissenschaft schärfer ausgezeichnet haben.

Nic. Hieron. Gundlingii Jus naturae et gentium. Halae 1714. 8.

Ephr. Gerhardi delineatio juris naturalis; sive de principiis justi libri III. Ienae 1712. 8.

§. 73.

Ungeachtet aber nunmehr der Gegenstand des Naturrechts genauer bestimmt war, so blieb doch die Behandlung desselben immer noch schwankend; wovon der Grund in dem Mangel an einer befriedigenden Deduction des Rechtsprincips zu suchen ist. Einige leiteten das Naturrecht aus Trieben, andere aus der Pflicht, sich zu erhalten, sich zu vervollkommen, seine Glückseligkeit zu befördern; ab.

Unter die erstern gehören *Claproth, Schmaufs* u. a.

§. 74.

Kants Verdienste um die praktische Philosophie mußten auch auf das Naturrecht einen entscheidenden Einfluß haben. Gleichwohl konnte weder die unter veränderter Gestalt noch fort-daurende Ableitung des Rechts aus der Pflicht des berechtigten Subjects, noch die nachher versuchte Deduction aus der Verbindlichkeit des Subjects, welches dem berechtigten gegenüber steht, der Wissenschaft eine feste Grundlage verschaffen. Diese erhielt das Naturrecht erst dadurch, daß solches von der Moral durch den Unterschied der in-

innern und äußern Freyheit völlig geschieden, zugleich aber die Verwandtschaft beyder Wissenschaften in ihrer gemeinschaftlichen Quelle, der praktischen Vernunft als der Gesetzgebung der Freyheit überhaupt, anerkannt wurde. Difs ist seit *Kants metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre* der gegenwärtige Standpunkt des Naturrechts.

VI. Litteratur des Naturrechts.

§. 75.

Die Schriften, welche unmittelbar das Naturrecht betreffen, lassen sich unter folgende Classen bringen: 1) Abhandlungen über die Principien des Naturrechts. 2) Systeme und Lehrbücher dieser Wissenschaft. 3) Einzelne naturrechtliche Abhandlungen und Sammlungen solcher Abhandlungen. 4) Geschichtschreiber des Naturrechts. 5) Litterarische Hülfsmittel.

I. f. Meisters *Bibliotheca juris naturalis*. Tom. I. S. 326. unter *jus naturae* und Tom. II. S. 78. unter *principium juris naturae*.

Gottl. Hufeland über den Grundsatz des Naturrechts. Leipz. 1785. 8.

I. Frid. Flatt Ideen zur Revision des Naturrechts oder Prolegomena zu einem neuen Zwangsrecht — in dessen vermischten Versuchen. Leipzig 1785. 8.

Genz über den Ursprung und die ältesten Principien des Rechts — in der Berliner Monatschrift 1791. April.

Karl Heinr. Heydenreich Entwurf der Grundsätze des absoluten Naturrechts — in dessen Originalideen über die kritische Philosophie, Leipzig 1793.

Löbel über den Begriff und die Hauptgrundsätze des Rechts, in *Schmids* philosophischem Journal. B. II. St. 2.

Feuerbach Versuch über den Begriff des Rechts, in *Fichte's* und *Niethammers* philosoph. Journale 1795. Heft 6.

Desen Kritik des natürlichen Rechts. Altona 1796.

Ferd. Christoph Weise Grundwissenschaft des Rechts. Nebst einer Darstellung und Prüfung aller durch die kritische Philosophie veranlaßten Philosopheme über den Ursprung und das Wesen des Rechts. Tübingen 1797.

Joseph Karl Schmidt Versuch einer Grundlage des Naturrechts, Augsburg 1801.

2. Außer den bey dem vorigen Abschnitte der Einleitung angeführten Schriften sind hier noch zu bemerken:

Adam Frid. Glafey Vernunft- und Völkerrecht. Nürnberg 1723.

Henr. Köhleri *juris naturalis exercitationes VII.* Jenae 1729 und mehrmals in 4 und 8.

Ejusd. *juris socialis specimina VII.* Jen. 1736.

Joachim Geo. Darjes *institutiones jurisprudentiae universalis.* Jenae 1740. 8. mehrmals.

Ed. VII. Jenae 1776. 8.

Chri-

Christiani Wolfii jus naturae methodo scientifica pertractatum T. VIII. Halae 1740 — 1748. jus gentium T. IX. 1749.

Ejusd. Institutiones juris naturae et gentium. Halae 1750. 8. auch deutsch und französisch.

Dan. Nettelbladt systema elementare jurisprudentiae naturalis. Halae 1748. Ed. V. ibid. 1785.

Joh. Christoph Claproth Grundriss des Rechts der Natur. Gött. 1749. 8.

Joh. Jak. Schmaufs neues System des Rechts der Natur. Gött. 1754. 8.

Jo. Steph. Pütter et Jo. Godofr. Achenwalli elementa juris naturae. Gött. 1750. 1752. II. Tom. Kam hernach unter Achenwalls Namen allein, und zuletzt mit von Selchow's Vorrede. Gött. 1782. 8. heraus.

Alex. Gottl. Baumgarten Jus naturae. Halae 1763. 8.

E. Chr. Westphal institutiones juris naturalis. Lips. 1776. 8.

Ludw. Jul. Frid. Höpfner Naturrecht des einzelnen Menschen, der Gesellschaften und der Völker. Gießen 1780. Die neueste Ausgabe 1796. 8.

Jo. Aug. Henr. Ulrich initia philosophiae justi seu juris naturalis. Jenae 1783. ed. 2. 1790. 8.

Jo. Aug. Schlettwein Rechte der Menschheit Gießen. 1784. 8.

J. F. Feder. Grundlehre zur Kenntniss des menschlichen Willens. III. Abth.

Gottlieb Hufeland Lehrsätze des Naturrechts. Jena

Jena 1790. Zweyte gänzlich umgearbeitete Ausgabe. 1795. 8.

Fredersdorf System des Rechts der Natur, auf bürgerliche Gesellschaften, Gesetzgebung und das Völkerrecht angewandt. Braunschw. 1790. 8.

Theod. Schmalz reines Naturrecht. Königsb. 1790. 8.

Joh. Heinr. Abicht neues System eines aus der Menschheit entwickelten Naturrechts. Bayreuth 1792. 8.

Jo. Chr. Gottl. Schaumann wissenschaftliches Naturrecht. Halle 1792. 8.

Joh. Christoph Hoffbauer, Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt. Halle 1793. Zweyte Ausgabe 1798. 8.

Wilh. Gottl. Tafinger Lehrsätze des Naturrechts. Tüb. 1794. 8.

Karl Heinr. Heydenreich System des Naturrechts nach kritischen Principien. II. Th. Leipzig 1794. 1795.

Ludw. Heinr. Jakob philosophische Rechtslehre oder Naturrecht. Halle 1794.

— — Auszug aus seiner philosoph. Rechtslehre. Halle 1795.

J. F. Abicht kurze Darstellung des Natur- und Völkerrechts, zum Gebrauch bey Vorlesungen. Bayreuth 1795.

Geo. Sam. Albert Mellin Grundlegung zur Metaphysik der Rechte oder der positiven Gesetzgebung. Züllichau 1796.

Karl Christian Erhard Schmid Grundriss des Naturrechts zu Vorlesungen. Jena und Leipzig 1795.

Jo. Gottl. Fichte Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre. Jena und Leipz. 1796.

J. C. G. Schumann Versuch eines neuen Sytems des natürlichen Rechts. Halle 1796.

Ernst Ferd. Klein Grundsätze der natürlichen Rechtswissenschaft nebst einer Geschichte derselben. Halle 1797.

Im m. Kant metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre Königsberg 1797. (Commentarien über dieses Werk von *Ioh. Heinr. Tieftrunk* unter dem Titel: philosophische Untersuchungen über das Privat- und öffentliche Recht. Halle 1797. 1798. II. Th. von *Iak. Sigism. Beck* als erster Theil des Commentars über Kants Metaphysik der Sitten. Halle 1798. Anmerkungen von *Heinr. Stephani*. Erlangen 1797. von *I. A. Bergk*. Leipzig und Gera 1797.)

Heinr. Stephani Grundlinien der Rechtswissenschaft oder des sogenannten Naturrechts. Erlangen 1797.

J. C. G. Werdermann *Principia jurisprudentiae naturalis secundum ordinem corporis juris Borussici*. Lips. 1798.

Jo. Gottl. Buhle Lehrbuch des Naturrechts. Göttingen 1798.

Karl. Jak. Scheuffelhuth Grundsätze der natürlichen Rechtslehre. Halle. 1799.

Karl Theod. Gutjahr Entwurf des Naturrechts. Leipzig 1799.

3. Zu den Schriften, worin sich Abhandlungen über einzelne Theile des Naturrechts finden, gehören.

Joach.

Joach. Geo. Darjes Observationes juris naturalis. Vol. I. Jen. 1751. Vol. II. ibid. 1754.

Godofr. Achenwalli Observationes juris naturalis. spec. I — IV. Gött. 1754. 4.

Chris. Fr. Schott dissertationes juris naturalis. T. II. Erlangae 1784.

Jo. Gebh. Ehrenreich Maafs über Recht und Verbindlichkeiten überhaupt und die bürgerlichen insbesondere. Halle 1794. 8.

Beyträge zum Naturrecht. Halle 1794.

J. Chr. Gottl. Schaumann kritische Abhandlungen zur philosophischen Rechtslehre. Halle 1795.

Jo. Chr. Hoffbauer Untersuchungen über die wichtigsten Gegenstände des Naturrechts. Halle 1795.

Wilhelm Traugott Krug Aphorismen zur Philosophie des Rechts. Leipzig 1800.

4. S. den vorhergehenden Abschnitt der Einleitung.

5. Ausser der *Lipenischen* Bibliothek.

Christ. Frid. Geo. Meisteri bibliotheca juris naturae et gentium. P. I. Goett. 1749. P. II. et III. ibid. 1757. 8. v. Ompteda Litteratur des Völkerrechts. Regensburg 1785. 2. Th.

Erster Haupttheil.

Das natürliche Privatrecht.

Erstes Hauptstück.

Allgemeiner Theil.

Erster Abschnitt.

Von den verschiedenen Arten der Rechte überhaupt.

§. 76.

Bey einem Rechte läßt sich zweyerley unterscheiden: die Form und die Materie. Jene ist der Grund, warum ein Subject berechtigt ist, diese ist dasjenige, wozu ein Subject berechtigt ist, der Gegenstand seines Rechts.

§. 77.

Da alle Rechte zuletzt auf Einem Grunde beruhen, so gibt es ursprünglich der Form nach nur ein einziges Recht — Freyheit eines jeden, insofern sie mit der Freyheit Anderer nach einem allgemeinen Gesez bestehen kann.

Vergl. *Hoffbauer* Allgem. Staatsrechts I. Th. S. 142. ff.

§. 78.

Eine nothwendige Folge von dieser natürlichen Freyheit ist die natürliche Gleichheit. Diese besteht in der Unabhängigkeit eines jeden von al-
ler

ler Verbindlichkeit gegen andre, worzu er diese nicht gegenseitig auch verbinden kann. Freyheit und Gleichheit sind also die letzte Grundlage alles Rechts.

§. 79.

In Ansehung der Materie lassen sich mehrere Rechte unterscheiden, die jedoch nichts anders als verschiedene Beziehungen oder Anwendungen des Einen formalen Rechts sind.

§. 80.

Ein materiales Recht hat zum Gegenstand entweder die Person des berechtigten Subjects oder etwas außer der Person desselben. Da nun dasjenige, was der Person entgegengesetzt ist, Sache heißt, so ist das materiale Recht entweder *Personenrecht* oder *Sachenrecht*.

§. 81.

Das Personenrecht ist das Recht des Subjects auf seine Person, und was mit derselben ursprünglich vermöge der Natur des Subjects verknüpft ist. Die einzelnen Bestandtheile dieses Rechts heißen *angebörne, ursprüngliche, oder absolute Rechte*, und der Inbegriff derselben heißt das *absolute Naturrecht*.

§. 82.

Ein aufschliessendes Recht auf etwas außer
der

der Person des Subjects setzt ein Factum voraus, wodurch etwas mit der Person des Subjects verknüpft wird. Ein solches Factum heisst Erwerbung. Zum Sachenrecht gehören daher *erwerbliche* Rechte, mithin solche, die nur unter einer Bedingung (*hypothesis*) wirklich find. Der Inbegriff derselben heisst das *hypothetische Naturrecht*.

§. 83.

Sache im Gegensatz der eigenen Person des Subjects ist entweder eine für sich bestehende Substanz, eine Sache im eigentlichen Sinn, ein Ding; oder die Handlung einer andern bestimmten Person. Das Sachenrecht ist daher entweder *dingliches* oder *persönliches* Recht. Jenes ist das Recht auf ein Ding ohne Beziehung auf eine andere bestimmte Person; dieses, das Recht auf die Handlung einer andern bestimmten Person.

§. 84.

Die einem Recht entsprechende Verbindlichkeit (§. 37.) heisst eine *allgemeine*, wenn sie jedem Andern gegen den Berechtigten obliegt; eine *besondere*, wenn sie nur einer bestimmten Person obliegt.

§. 85.

Die Verbindlichkeit zu einer Unterlassungshandlung heisst eine *negative*, zu einer Begehungshandlung

hungshandlung eine *positive* oder *affirmative* Verbindlichkeit.

Auf gleiche Art unterscheidet man auch negative und positive oder affirmative Rechte.

§. 86.

Dem Personenrecht und dem dinglichen Recht entspricht nur eine allgemeine negative, dem persönlichen Recht auch eine besondere, negative oder positive Verbindlichkeit.

Dem persönlichen Recht entspricht zugleich die allgemeine Verbindlichkeit, den Verpflichteten an der Erfüllung seiner besondern Verbindlichkeit nicht zu hindern.

Zweyter Abschnitt.

Von dem Aufhören der Rechte.

§. 87.

Solange die Ausübung eines Rechts physisch möglich ist, kann dasselbe nicht anders aufhören, als durch einen Act der Willkühr des berechtigten Subjects. Daher sind alle Rechte unverlierbar; denn man verliert etwas, wenn man durch Zufall, ohne seinen Willen aufhört, es zu haben.

§. 88.

Veräußerung eines Rechts (alienatio juris) ist die Handlung, wodurch jemand vermittelt seiner Will-

Willkühr ein Recht aufhebt, das ihm bisher zu- stand. Sie heist *Uebertragung* (*translatio juris*) wenn dadurch zugleich in der Person des Andern ein Recht entsteht, was diesem bisher nicht zu- stand.

Die Uebertragung eines Rechts ist von zweyerley Art: 1) das übertragene Recht ist der Form und der Materie nach ebendasselbe, welches vorher den Uebertragenden zustand — *translatio juris in specie*. 2) Das übertragene Recht ist nur der Ma- terie, aber nicht der Form nach mit demjenigen einerley, welches vorher dem Uebertragenden zustand — *translatio juris constitutiva*.

§. 89.

Ein Recht ist (juridisch) unveräußerlich und unübertragbar, wenn es die nothwendigen Eigen- schaften eines berechtigten Subjects zum Grunde oder zum Gegenstande hat, so, daß durch die Aufhebung desselben die Möglichkeit alles Rechts für den Veräußernden und Uebertragenden auf- hört; denn eine Handlung, welche die Möglich- keit alles Rechts aufhebt, kann selbst keine recht- liche Wirkung haben. Jedes andre Recht ist ver- äüßerlich und übertragbar; denn bey jedem an- dern Rechte tritt der allgemeine Charakter eines natürlichen Rechts ein, daß solches der freyen Willkühr des Subjects, dem es zusteht, überlas- sen ist, mithin auch nach Belieben veräußert und übertragen werden kann.

Jeder

Jedes erworbene Recht ist veräußerlich; denn insofern es erworben ist, gehört es nicht zu den nothwendigen Eigenschaften eines berechtigten Subjects; sonst hätte es nicht erworben werden können, sondern wäre immer mit der Existenz des Subjects selbst wirklich gewesen.

§. 90.

Unter *Verjährung* (*praescriptio*) versteht man die Tilgung eines Rechts durch den eine Zeitlang fortgesetzten Nichtgebrauch desselben.

Diese Tilgung kann entweder so geschehen, daß ein Recht ganz aufhört, oder so, daß, indem ein Recht in der Person des einen aufhört, dadurch zugleich ein Recht in der Person des andern entsteht. Jenes heißt die *erlöschende Verjährung* (*praescriptio extinctiva*), dieses die *erwerbende Verjährung* (*praescriptio acquisitiva*). Letztere ist von zweyerley Art: 1) das in der Person des einen entstehende Recht ist der Form und Materie nach ebendasselbe, welches in der Person des Andern aufhört—*praescriptio translativa*. 2) das in der Person des einen entstehende Recht ist nur ein Bestandtheil des in der Person des Andern bisher unvermindert gewesenen Rechts, und macht nun ein der Form nach verschiedenes, für sich bestehendes Recht in der Person des erwerbenden Subjects aus—*praescriptio constitutiva*.

§. 91.

Nach dem Naturrecht gilt keine Verjährung;
denn,

denn, da die Ausübung oder Nichtausübung eines Rechts lediglich von der Willkühr des berechtigten Subjects abhängt, so kann auch ein noch so lange fortgesetzter Nichtgebrauch eines Rechts den Verlust desselben nicht bewirken.

1. Auch die Römischen Rechtsgelehrten gehen von diesem Satz des Naturrechts aus, und leiten die Verjährung bloß aus einem politischen Grund ab. „*Bono publico usu capio introducta est, ne scilicet quarundam rerum diu et fere semper incerta dominia essent: cum sufficeret dominis ad inquirendas res suas statuti temporis spatium.*“, L. 1. D. de usurpat. et usucap.

2. Die sogenannte *unvordenkliche Verjährung* ist keine wahre Verjährung; denn sie macht keinen Erwerbungsgrund aus, sondern begründet bloß eine Vermuthung für die ursprüngliche rechtmäßige Erwerbung.

§. 92.

Ohne den Willen des berechtigten Subjects kann ein Recht nur dadurch aufhören, daß die fernere Ausübung desselben physisch unmöglich ist. Dies erfolgt durch den Untergang des Objects (*interitus rei*) oder durch den Tod des Subjects. Mit dem Tod eines Menschen hören alle seine Rechte auf; denn das Fundament alles Rechts ist die Möglichkeit der Coexistenz vernünftiger

tiger

tiger Wesen in der Sinnenwelt; durch den Tod aber tritt der Mensch aus diesem Verhältniß heraus.

§. 93.

Collision der Rechte ist das Verhältniß mehrerer berechtigten Subjecte, in welchem die gleichzeitige Ausübung ihrer Rechte unmöglich ist. Ein Fall, wodurch ein solches Verhältniß veranlaßt wird, heißt ein Collisionsfall.

§. 94.

Ursprüngliche Rechte können nicht miteinander collidiren; denn ihnen entsprechen auf der andern Seite nur negative Verbindlichkeiten, welche ihrer Natur nach nicht miteinander in Widerstreit gerathen können.

§. 95.

Erworbene Rechte, die zu verschiedenen Zeiten entstanden sind, können nicht miteinander collidiren. Denn das spätere Recht konnte nur unbeschadet des frühern erworben werden, und ist daher, insoferne es diesem entgegensteht, als gar nicht vorhanden zu betrachten.

§. 96.

Collidiren zwey zu gleicher Zeit erworbene Rechte miteinander, so ist jeder der beyden berechtigten befugt, sein Recht auszuüben, obgleich er dadurch den andern an der Ausübung des seini-
nigen

nigen hindert; denn von Natur und an sich betrachtet ist kein Recht stärker oder schwächer als das andre, weil das Recht etwas absolutes ist, wobey sich keine grössere oder kleinere Grade denken lassen.

1. Bey *Pflichten* gilt die Regel: die (subjectiv) stärkere Pflicht geht der (subjectiv) schwächern vor. Zwar hat auch eine Pflicht, an und für sich betrachtet, keine Grade, welche grösser oder kleiner seyn könnten. Allein die Gründe der Verpflichtung können im Subjecte stärker oder schwächer seyn. Der Sinn der angeführten Regel ist also dieser: der stärkere Verpflichtungsgrund geht dem schwächern vor (*fortior obligandi ratio vincit*). s. *Kant* metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre. Einleit. IV. Diese Regel läßt sich aber auf *Rechte* nicht anwenden, weil das Recht seiner Natur nach von subjectiven Gründen unabhängig ist.

2. Nach positiven Gesezen kann ein Recht stärker oder schwächer seyn als das andre. Difs erfolgt aber bloß dadurch, daß die positiven Geseze *äusserlich* d. h. in Rücksicht auf die Verfolgung vor Gericht dem einen Recht einen Vorzug vor dem andern beylegen.

Dritter Abschnitt.

Von der Art, die Rechte zu schützen.

§. 97.

Ein Recht wird *verletzt*, wann die Ausübung desselben durch die Handlung eines Andern, wo-

Gross Naturrecht.

D

zu

zu dieser nicht befugt ist, verhindert oder gestört wird. Die Verletzung eines Rechts heisst *Beleidigung* der Person, welcher dasselbe zusteht.

Eine Handlung, welche in der Absicht, den Andern zu beleidigen, unternommen wird, heisst ein *Angriff* (*agressio*). Der Angriff heisst ein *Attentat*, wenn die auf Beleidigung abzwirkende Handlung nicht völlig zu Stande kommt. — Eine Rechtsverletzung wird auch *Beeinträchtigung* genannt, weil sie der Eintracht d. h. der Harmonie der Freyheit Aller entgegen ist.

§. 98.

Schade überhaupt ist die Verschlimmerung des Zustandes eines Menschen; *Schade im rechtlichen Sinne* ist die Verschlimmerung des Zustandes eines Menschen durch Rechtsverletzung. Der Zustand eines Menschen wird verschlimmert durch den totalen oder partiellen Verlust eines Guts. Beschädigung ist also Entziehung oder Verminderung eines Guts.

Ein *Gut* heisst alles, was Mittel zu unsern Zwecken seyn kann. Der *Werth* eines Dings ist seine Tauglichkeit zu unsern Zwecken. Der äussere, relative Werth, welcher einem Ding in Vergleichung mit andern Dingen beygelegt wird, heisst *Preis*; die Bestimmung des Preises, *Schätzung*. Alles, was ein Gegenstand menschlicher Neigungen ist, hat einen Preis und ist einer Schätzung fähig.

§. 99.

Die Entziehung der Verminderung eines Guts,

Guts, das jemand schon hatte, heist *positiver Schaden* (*damnum emergens*); die Verhinderung eines Guts, das jemand ohne die rechtswidrige Handlung des Andern nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge oder nach den bereits getroffenen Anstalten würde erhalten haben, heist *negativer Schaden* (*lucrum cessans*.)

§. 100.

Richten heist, über Rechtsstreitigkeiten rechtskräftig urtheilen. Ein Urtheil ist rechtskräftig, wenn sich die streitenden Theile der Vollziehung desselben zu unterwerfen schuldig sind.

Jedes richterliche Urtheil beruht auf einem Syllogismus, wovon die Rechtsregel den Obersatz, der Rechtsfall den Untersatz und der Rechtspruch den Schlusatz ausmacht.

§. 101.

Da vermöge der natürlichen Freyheit und Gleichheit keiner dem Urtheile des andern unterworfen ist, so gibt es von Natur keinen Richter. Der Berechtigte beurtheilt und führt seine Rechte nach seiner eigenen Einsicht aus; daher sagt man auch: jeder ist von Natur selbst sein Richter.

§. 102.

Zwang ist erlaubt, wenn derselbe zum Schutze der Rechte nothwendig ist (§. 36.) So weit der Grund reicht, reicht auch das Begrün-

dete; der Beleidigte darf daher gegen seinen Beleidiger in jedem Falle *soviel* Zwang gebrauchen, als nur immer zum Schutze des verletzten oder angegriffenen Rechts nothwendig ist. In diesem Sinn ist das Recht des Beleidigten unendlich.

Der Zustand fortgesetzter Gewaltthätigkeiten heisst Krieg im weitem Sinne. — *Jus belli infinitum.*

§. 103.

Das Zwangsrecht gegen einen Beleidiger ist seinem Zwecke nach von zweyerley Art: 1. es soll dadurch eine Beleidigung gehindert werden — *Vertheidigungsrecht im weitem Sinne*; 2. es soll dadurch der aus der Beleidigung entstandene Schaden wieder aufgehoben, der Beleidigte entschädigt werden — *Recht der Schadloshaltung im weitem Sinne.*

§. 104.

Das Vertheidigungsrecht im weitem Sinne kann ausgeübt werden, entweder um eine bereits angefangene, oder um eine gewiss bevorstehende Beleidigung zu hindern. Im ersten Fall heisst es *Vertheidigungsrecht im engern Sinne*, im zweyten *Präventionsrecht, Recht des Zuvorkommens.*

§. 105.

Das Präventionsrecht gründet sich darauf, dass derjenige, von welchem eine Beleidigung ge-
wifs

wifs bevorsteht, als ein Hinderniß der rechtlichen Sicherheit, mithin auch der allgemeinen gesetzlichen Freyheit erscheint, und daher mit Zwang in die Schranken, worin er für den Rechtszustand des Andern nicht gefährlich ist, zurückgetrieben werden darf.

1. Sicherheit überhaupt (im objectiven Sinne) ist der Zustand, worin man kein Uebel zu befürchten hat; rechtliche Sicherheit ist der Zustand, worin man keine Beleidigung zu fürchten hat. Daher wird das Präventionsrecht auch *Recht der Sicherheit* genannt.
2. Die zur Ausübung des Präventionsrechts erforderliche Gewissheit ist der Natur der Sache nach nur eine subjective, welcher in der Ueberzeugung des Gefährdeten eine überwiegende Wahrscheinlichkeit gleich kommen kann.
3. Drohungen sind Erklärungen; daß man dem Andern ein Uebel zufügen wolle. Nur insoferne Drohungen von der Art sind, daß durch sie die Gewissheit des bevorstehenden Angriffs begründet wird, rechtfertigen sie die Ausübung des Präventionsrechts.

§. 106.

Ist dem Beleidigten ein Gut widerrechtlich entzogen worden, so tritt das Recht der Schadloshaltung im weitem Sinne ein. Nun läßt sich jedes Gut in einer doppelten Rücksicht betrachten: einmal als ein bestimmtes, individuelles Ding, dann

dann als Mittel zu Zwecken überhaupt. In der ersten Rücksicht bemächtigt sich der Beleidigte des ihm entzogenen Guts wieder, wenn solches noch vorhanden ist, und zurückerhalten werden kann; in der leztern Rücksicht betrachtet er den Beleidiger als einen solchen, der überhaupt die Anzahl der Mittel für seine Zwecke verringert hat, und zwingt denselben mit Recht, durch Leistung eines dem Werthe nach gleichen Guts die Lücke wieder auszufüllen, welche durch den widerrechtlichen Eingriff in die Sphäre der Mittel für seine Zwecke entstanden ist. Daher theilt sich das Recht der Schadloshaltung im weitern Sinn in das *Vindicationsrecht* und das *Recht der Schadloshaltung im engern Sinn* oder das *Recht zum Ersaz*.

Ersaz des positiven und negativen Schadens zusammen heißt *volle Schadloshaltung*.

§. 107.

Das Recht zum Ersaz setzt eine willkührliche Handlung, wodurch der Schaden gestiftet worden ist, voraus. Denn aus einer Handlung, welche von dem Willen des Subjects unabhängig ist, kann für dasselbe keine besondere Verbindlichkeit entspringen. Daher hat das Recht der Schadloshaltung bey einem bloß zufälligen Schaden (*damnum casuale*) nicht Statt.

1. Zufall (im rechtlichen Sinne) ist eine Begebenheit, die nicht als in dem Willen eines Subjects gegründet angesehen werden kann.
2. Gegen Personen, welche des Gebrauchs ihres Verstandes ermangeln z. B. Kinder Wahnsinnige u. f. w. findet zwar das Vertheidigungs- und Vindicationsrecht, nicht aber das Recht zum Ersaz Statt. — Difs ist auch im positiven Recht ausdrücklich anerkannt. „*Quae enim in eo culpa sit, qui suae mentis non sit?*“ L. 5. §. 2. D. ad L. Aquil.

§. 108.

Ist der Schaden zwar durch eine willkührliche, aber nicht durch eine widerrechtliche Handlung des Andern entstanden (*damnum in consequentiam veniens*), so kann kein Ersaz gefordert werden. Ein solcher Schaden tritt alsdann ein, wenn der Andere sein Recht innerhalb der gesetzlichen Schranken ausübt, und dadurch der Verlust eines Guts für jemanden entsteht. In diesem Fall ist kein Schade im rechtlichen Sinne (§. 98.) vorhanden.

Eben so das Röm. Recht. L. 151. D. de R. J. „*nemo damnum facit, nisi qui id fecit, quod facere jus non habet*“, L. 55. D. eod. „*nullus videtur dolo facere, qui suo jure utitur*.“

§. 109.

Strafe (im rechtlichen Sinne) ist ein Uebel,
wel-

welches einem Subjecte wegen einer begangenen rechtswidrigen Handlung zugefügt wird, um von künftigen Rechtsverletzungen abzuschrecken. Soll durch die Strafe der Thäter selbst für die Zukunft abgeschreckt werden, so heisst die Strafe *correctorisch*; soll dieselbe Andern zur Abschrökung dienen, so heisst sie *exemplarisch*. Weder zu der einen noch zu der andern Art von Strafe hat der Mensch von Natur ein Recht: 1) nicht nur den Thäter selbst von ähnlichen widerrechtlichen Handlungen abzuschrecken, denn gegen diesen müßte sich das Strafrecht auf Prävention gründen; in der begangenen rechtswidrigen Handlung aber ligt an sich kein Grund zu der subjectiven Gewissheit oder einer dieser gleichkommen- den Wahrscheinlichkeit einer künftigen Rechtsverletzung, wodurch allein die Ausübung der Prävention gerechtfertigt wird. 2) nicht um Andre ausser dem Thäter von künftigen Rechtsverletzungen abzuschrecken; denn auf diese Art würde der Thäter als bloßes Mittel eines fremden Zwekes, mithin auf eine der allgemeinen Freyheit widersprechende Weise behandelt.

- I. Die sogenannte *moralische* Strafe ist schon ihrem Begriffe nach gänzlich vom Rechtsgebiet ausgeschlossen, theils weil das Recht überhaupt nur Legalität, nicht Moralität der Handlungen zum Gegenstande hat, theils weil der moralische
- Zu-

Zutand eines Menschen unerforschlich und die Ausmittlung eines dem Grade der Immoralität angemessenen sinnlichen Uebels unmöglich ist.

2. Eine vorhergegangene Rechtsverletzung kann freylich zu Begründung des Präventionsrechts beytragen, wo dieses ausserdem nicht hinlänglich begründet wäre, insoferne vermitteltst jener Handlung, wodurch Geneigtheit zu Beleidigungen an den Tag gelegt worden ist, die jetzt bevorstehende Beleidigung mit mehr Gewissheit vorhergesehen wird. Allein in diesem Fall ist die vorhergegangene Rechtsverletzung nicht der Grund des Präventionsrechts selbst, sondern nur ein Erkenntnißgrund, daß jetzt die Ausübung desselben Statt finde, s. *Maafs* über Rechte und Verbindlichkeiten. S. 82.

§. 110.

Rache im eigentlichen Sinne ist Zufügung eines Uebels, um sich an dem Leiden seines Feindes zu ergözen. Hierzu kann es kein Recht geben, weil Zwang nur zum Schuze der Rechte rechtmässig ist.

Im weitern Sinne heisst *Rache*, jede Zufügung eines Uebels ohne rechtlichen Zweck. Dahin gehört z. B. das sogenannte *Wiedervergeltungsrecht* (*jus talionis*.)

§. 111.

Ich darf das Unrecht, das einem Andern geschieht, nur dann mit Gewalt abwehren, wenn
ich

ich solches erkennen kann, ohne eine *richterliche* Untersuchung anzustellen. Denn die Anstellung einer richterlichen Untersuchung würde selbst Unrecht seyn, weil ich denjenigen, welchem ich mich als Richter aufdringe, im Verhältniß zu mir nicht als ein freyes Wesen behandle. (§. 101.)

§. 112.

Hieraus folgt, daß ich nur unveräußerliche oder *unbestrittene* veräußerliche Rechte eines Andern mit Gewalt gegen einen Dritten schützen darf. Denn nur bey solchen Rechten erscheint die ihnen zuwider laufende Handlung eines Dritten ohne alle Untersuchung, als ein Hinderniß der allgemeinen gesetzlichen Freyheit, mithin als Gegenstand eines rechtmäßigen Zwangs.

1. Hiebey wird immer vorausgesetzt, daß der Andere die seinem Rechte widersprechende Handlung nicht will; denn sonst ist kein Unrecht vorhanden. *Volenti non fit injuria*. Ich bin überhaupt niemals befugt, den Andern mit Gewalt vom Verlust seiner Rechte abzuhalten. Denn Zwangsbefugniß hat nur Statt gegen eine Handlung, welche mit der gesetzlichen Freyheit Anderer nicht bestehen kann. Dadurch aber, daß jemand sich selbst seiner Rechte verlustig macht, hindert er nicht die Freyheit Anderer, sondern beschränkt nur seine eigene Freyheit.

2. Wenn der Andere mit mir in einem solchen Verhältnisse steht, daß die Verletzung seines
Rechts

Rechts zugleich auch eine Verletzung des meinigen ist, so bin ich zur Vertheidigung desselben vermöge meines eigenen Rechts befugt.

Z w e y t e s H a u p t s t ü c k.

Besondrer Theil.

E r s t e r A b s c h n i t t.

Absolutes oder unbedingtes Naturrecht.

§. 113.

Ursprünglich hat der Mensch nichts als seine Person (sich selbst); das Urrecht oder angebohrte Recht des Menschen ist daher an sich nur Eines, das Recht auf seine Person d. h. auf die körperlichen und geistigen Kräfte, die zu seiner vernünftig-sinnlichen Natur gehören.

§. 114.

Das Recht des Menschen auf seine körperlichen und geistigen Kräfte ist das Recht auf Erhaltung und auf Gebrauch derselben. Der Mensch hat also ein Recht, als freyes, vernünftiges Wesen in der Sinnenwelt zu existiren und thätig zu seyn. Hieraus ergeben sich die verschiednen Bestandtheile des Urrechts des Menschen, welche als sovieler einzelne angebohrte Rechte desselben betrachtet werden.

§. 115.

§. 115.

Jeder Mensch kann von dem Andern fordern, daß er ihn als Person anerkenne; davon hängt seine rechtliche Existenz, seine Existenz als eines Subjects von Rechten, ab. Ein Wesen, das Person ist, hat einen absoluten Werth, eine Würde. Der Mensch hat also ein angebournes Recht auf äußere Anerkennung der ihm zustehenden Menschenwürde.

1. Es ist eine rechtlich nothwendige Voraussetzung, daß auch andre Wesen außer mir freye, vernünftige Wesen, mithin Subjecte von Rechten seyen. Denn derselbe Grund, warum ich kein vernünftiges Wesen, das Rechte hat, außer mir anerkennen wollte, würde auch für jeden Andern gegen mich gelten, und auf diese Art die Möglichkeit alles Rechts aufgehoben werden. Zum Unterscheidungsmerkmal dient ein Körper, der nicht nur ein organisirtes Ganze ausmacht, sondern auch als Organ der Freyheit ausgezeichnet ist. Der menschliche Leib erscheint als Organ der Freyheit 1) durch die aufrechte Stellung; 2) durch die Fähigkeit, artikulierte Töne hervorzubringen. „Was Menschenantlitz trägt, muß dir heilig seyn.“ f. *Fichte* Grundlage des Naturrechts I. Th. S. 87. ff. *Phil. Christi, Reinhard* Versuch einer Theorie des gesellschaftlichen Menschen (Leipzig 1795) S. 23. ff.

2. Wer ein vernünftiges Wesen als bloßes, beliebiges Mittel seiner Neigungen gebraucht, gesteht

steht ihm bloß einen relativen, äussern Werth (§. 98. Anm.) zu, verkennt und verläugnet also den absoluten, innern Werth oder die Würde desselben, würdigt dasselbe herab, behandelt es unwürdig. Da nun die Würde eines vernünftigen Wesens auf eben demselben Grunde beruht, wie die Würde eines jeden Andern, so verläugnet derjenige, welcher der Würde eines Andern entgegen handelt, zugleich auch seine eigene, und ist ein Unwürdiger oder Nichtswürdiger.

§. 116.

Der Mensch hat ein angebohrnes Recht auf physische Existenz; mithin auf das Leben, als die allgemeine Bedingung seiner Wirksamkeit in der Sinnenwelt; auf die Organe und Glieder seines Körpers als die Bedingungen der Thätigkeit seiner einzelnen Kräfte; auf Gesundheit, als den Zustand des schmerzlosen, leichten und ungestörten Erfolgs dieser Thätigkeit.

§. 117.

Der Mensch hat ein Recht auf freyen Gebrauch seiner Kräfte, sowohl zu Realisirung seiner vernünftigen, als zu Erreichung seiner sinnlichen Zwecke. In der ersten Rücksicht kommt ihm Denk-Gewissens- und Religionsfreyheit zu.

§. 118.

Denkfreyheit (im rechtlichen Sinne) ist nicht die Befugniss, Gedanken zu haben, welche man will,

will, sondern seine Gedanken zu äufsern und Andern mitzutheilen. Dieses Recht beruht darauf, dafs Mittheilung seiner Gedanken ein Mittel zur Berichtigung und Erweiterung seiner Kenntnisse, mithin zur Uebung und Ausbildung seiner intellektuellen Kräfte ist.

Aufklärung ist die Freyheit von Hindernissen des Selbstdenkens, und consequente Befolgung eigener, vernünftiger Maximen. Die Aufklärung wird eingeschränkt durch Hindernisse, welche der Aeufserung des Selbstdenkens in den Weg gelegt werden.

§. 119.

Gewissensfreyheit (im rechtlichen Sinne) ist die Befugniss, seinen moralischen Ueberzeugungen gemäfs zu handeln, soweit dadurch kein Recht eines Andern verletzt wird. (§. 22. Anm.) In ihr ist überhaupt das Recht, seine Pflicht zu thun, ohne welches gar kein Recht möglich wäre, begriffen.

§. 120.

Religion ist die praktisch wirksame Vorstellung von unserm Verhältnisse zur Gottheit. Religionsfreyheit ist die Befugniss, seinen religiösen Ueberzeugungen gemäfs zu handeln, soweit dadurch kein Recht eines Andern verletzt wird.

Ob der Andre meine Religion für wahr oder für falsch hält, macht in Ansehung meines Rechts
keinen

keinen Unterschied. Denn der Andre hat hierüber kein zu Recht beständiges Urtheil, und ich bin immer befugt, meiner eigenen, wenn schon vielleicht irrigen, Ueberzeugung zu folgen, so lang ich nur nicht widerrechtlich handle.

§. 121.

Der Mensch hat ein Recht auf Beförderung seiner sinnlichen Zwecke und Befriedigung seiner Neigungen, mithin auch auf die Totalität seiner sinnlichen Zwecke und Neigungen, Glückseligkeit, soweit das gleiche Recht andrer Menschen nicht verletzt wird.

Ob der Mensch hiebey seinen innern Pflichten gemäß oder zuwider, ob er klug oder unklug handelt, macht in Ansehung des Rechts keinen Unterschied. Eine Handlung des Andern bloß deswegen, weil sie unmoralisch oder dem Handelnden schädlich ist, mit Gewalt hindern zu wollen, ist rechtswidrig, wenn es noch so gut gemeinet ist.

§. 122.

Der Mensch hat ein Recht, die Gegenstände und Mittel für die Realisirung seiner Zwecke in Rücksicht auf Personen und Sachen frey zu wählen, soweit dadurch der Freyheit keines andern Vernunft Wesens entgegen gehandelt wird.

§. 123.

Ursprünglich hat daher jeder ein Recht zur
Er-

Erziehung eines Unmündigen. Unmündig heist ein Mensch, dessen physische und moralische Anlagen noch nicht bis zur Fähigkeit, seine Zwecke selbst zu verfolgen, entwickelt sind; Erziehung ist die Beförderung dieser Entwicklung. Das allgemeine, ursprüngliche Recht zur Erziehung eines Unmündigen beruht theils darauf, daß durch Erziehung die Freyheit eines Vernunftwesens nicht gestört, vielmehr befördert wird (§. 121.) theils auf der jedem obliegenden Pflicht, einen Unmündigen zu erziehen (§. 118.)

Die Pflicht zur Erziehung ist nur eine Gewissenspflicht; daher gibt es kein Recht der Unmündigen auf Erziehung, weil einer Gewissenspflicht kein Recht entspricht. Selbst auf Seiten der Eltern ist keine Rechtspflicht zur Erziehung und Ernährung ihrer Kinder vorhanden, wenn schon bey ihnen die Gewissenspflicht stärker ist, d. h. mehrere Verpflichtungsgründe vorhanden sind als bey Fremden. Die Kinder sind zufolge einer willkührlichen Handlung ihrer Eltern in die Sinnenwelt eingetreten; daher sind diese (in ihrem Gewissen) besonders verpflichtet, theils die Kinder mit ihrem Zustande zufrieden zu machen, (deren Glückseligkeit zu befördern), theils dafür zu sorgen, daß dieselben nicht durch Mangel an gehöriger Ausbildung künftig Andern zur Last fallen.

§. 124.

Ein Recht auf den Zweck schliesst auch ein
Recht

Recht auf die zu Erreichung desselben nothwendigen Mittel in sich. Der Erzieher eines Unmündigen hat also alle diejenigen Rechte, ohne welche der Zweck der Erziehung nicht erreicht werden kann; er ist mithin befugt, den Kindern Vorschriften für ihre Handlungen zu geben, und sie zu Befolgung derselben durch alle dienliche Mittel, wohin auch Züchtigung gehört, anzuhalten.

Züchtigung ist ein Uebel, welches einem Subjecte zugefügt wird, um Besserung desselben zu bewirken.

§. 125.

Gewalt über einen Andern (*potestas*) ist der Inbegriff der Rechte über denselben. Rechte über Andere sind Befugnisse, die Handlungen Anderer durch seinen Willen zu bestimmen. Der Inbegriff der Rechte des Erziehers über den Zögling heisst Erziehungsgewalt. Wird die Erziehung von den Eltern ausgeübt, so heisst diese Gewalt die *elterliche Gewalt* (*potestas parentalis*); ist der Erzieher ein Fremder, so heisst sie *vormundschaftliche Gewalt* (*potestas tutoria*). Der Grund der Erziehungsgewalt ist die Uebernahme der Pflicht zur Erziehung (§. 124.).

1. Vater und Mutter haben gleichen Antheil an der elterlichen Gewalt, insoferne der Grund derselben bey beyden gleich ist. — Die Einschränkung

dieser Gewalt auf den Vater im Röm. Recht beruht auf positiven Gründen.

2. Vormund (im Sinne der Naturrechts) ist derjenige, welcher Erzieher eines Unmündigen ist, ohne Erzeuger desselben zu seyn.

§. 126.

Den Rechten des Erziehers entspricht auf Seiten Anderer die allgemeine negative Verbindlichkeit, alle Handlungen zu unterlassen, durch welche der Zweck der Erziehung gehindert wird, insbesondere auch dem Erzieher den Zögling nicht vorzuenthalten.

§. 127.

Die Gränzbestimmung der ErziehungsGewalt ergibt sich aus dem Grunde derselben. Jeder Zwang des Erziehers gegen den Zögling, welcher nicht als Mittel für den Zweck der Erziehung nothwendig ist, ist rechtswidrig.

Daher haben die Eltern kein Recht, die Kinder zu tödten, oder sie als ihr Eigenthum zu behandeln. — Hierin unterscheidet sich die elterliche Gewalt nach dem Naturrechte von der väterlichen Gewalt nach dem Röm. Rechte, welches, ohne die Kinder zum wirklichen Eigenthum des Vaters zu machen, (denn sonst wäre die zwischen dem Vater und dem Sohn angenommene persönliche Einheit nicht möglich gewesen), gleichwohl dem Vater über seine Kinder zum Theil solche Rechte beylegt, welche sonst nur im Eigenthumsrechte begriffen sind.

§. 128.

§. 128.

Die Erziehungsgewalt hört auf, wenn der Zögling mündig wird. Der Zeitpunkt der Mündigkeit tritt ein, wenn der Zögling zu dem Vermögen gelangt, sich selbst zu erhalten, seine Zwecke nach eigener Einsicht zu verfolgen, und seine Rechte selbst zu verwalten.

1. Die Beendigung der Erziehungsgewalt nach dem Naturrecht (*emancipatio juris naturatis*) kann allmählig geschehen. So wie der Zögling die Fähigkeit erlangt, einzelne Rechte selbst zu verwalten, hört die Gewalt des Erziehers in Ansehung dieser einzelnen Rechte auf, und dauert in Rücksicht auf die übrigen fort, bis dasselbe auch diese selbst zu verwalten im Stande ist.
2. Durch die Mündigkeit wird der Zögling sein eigener Herr (*sui juris*). Er steht also nunmehr gegen seinen bisherigen Erzieher in ebendenselben Verhältnisse, wie gegen jeden andern Menschen.
3. Ueber das rechtliche Verhältniß der Eltern zu den Kindern sind vorzüglich zu bemerken: *Dissertation sur l'autorité paternelle, dont la premiere a remporté le prix, et les deux autres l'accessit dans l'assemblée publique de l'académie royale. Berlin 1794. (von Villeneuve, Daunou und Klein) von Globig über die Gründe und Gränzen der väterlichen Gewalt. Dresden und Leipz. 1789.*

§. 129.

Was kein Vernunftwesen, mithin der Freyheit nicht fähig, und daher kein Subject von Rechten ist, heisst *Sache*, und, insoferne solches nicht ursprünglich mit der Person eines vernünftigen Wesens verknüpft ist, in Beziehung auf dieses ein *äusserer Gegenstand*.

§. 130.

Eine Sache gebrauchen, heisst, mittelst derselben durch seine Willkühr Zwecke erreichen. Alles, wovon ein Gebrauch physisch möglich ist, ist ein Gegenstand der Willkühr.

§. 131.

Jeder Mensch hat ein angebournes Recht auf den Gebrauch aller äusserer Gegenstände. Denn, da das Rechtsgesetz sich blos auf die Form der Willkühr bezieht, und von der Materie derselben gänzlich abstrahirt (§. 34.), so kann dieses Gesetz in Ansehung keines äussern Gegenstands ein absolutes Verbot seines Gebrauchs enthalten, wodurch eine brauchbare Sache ausser aller Möglichkeit des Gebrauchs gesetzt würde. Daher ist jeder physisch mögliche Gebrauch einer Sache auch rechtlich möglich, wenn nur dabey die Willkühr der Form nach mit der äussern Freyheit Aller nach einem allgemeinen Gesetz zusammenstimmt.

f. *Kant* Rechtslehre. I. Th. I. Hauptst. §. 2.

§. 132.

§. 132.

Da der mögliche Gebrauch einer Sache jede Art der Verwendung derselben zu irgend einem Zweck in sich schließt (§. 131.), so ist in dem allgemeinen Gebrauchsrecht auch die Befugniß enthalten, eine Sache mit seiner Person auf solche Art zu verknüpfen, daß Andre von dem Gebrauche derselben ausgeschlossen werden. Diese Befugniß heißt das *Erwerbungsrecht*.

§. 133.

Das jedem Menschen angebohrne Gebrauchs- und das darin begriffene Erwerbungsrecht auf alle äußere Gegenstände heißt die *ursprüngliche Güter-Gemeinschaft* (*communio bonorum originaria*). Diese besteht darin, daß keinem von Natur ein ausschließendes Recht an äußern Sachen, jedem aber die Befugniß, sie zu gebrauchen und mithin auch ein ausschließendes Recht, daran zu erwerben, zusteht.

Die ursprüngliche Gemeinschaft ist demnach in der einen Rücksicht negativ, in der Andern positiv.

§. 134.

Die unveräußerlichen ursprünglichen Rechte des Menschen heißen *Menschenrechte*, *Rechte der Menschheit*. Darunter versteht man solche Rechte, welche sich auf die wesentlichen und nothwendigen

digen Eigenschaften der menschlichen Natur beziehen (§. 89.).

1. Die Rechte der Menschheit ergeben sich aus den wesentlichen Bestandtheilen der menschlichen Natur. Diese sind

A. *Sinnlichkeit* — Hierauf bezieht sich das Recht auf freyes Streben nach Glückseligkeit (§. 121.)

B. *Vernunft*.

a. *theoretische Vernunft* — Recht auf intellectuelle Vervollkommnung (§. 118.)

b. *praktische Vernunft*.

1. als *innere Gesetzgebung* — Recht auf sittliche Vervollkommnung (§. 119. 120.).

2. als *äußere Gesetzgebung* — Recht auf Behauptung der Würde, die dem Menschen als einem Subjecte von Rechten überhaupt zukommt. (§. 115.)

2. Versteht man unter Menschenrechten alle ursprüngliche Rechte des Menschen, so läßt sich nicht behaupten, daß Menschenrechte überhaupt unveräußerlich seyen. Im engern Sinn aber sind Menschenrechte nur diejenigen ursprünglichen Rechte, welche durch den wesentlichen Charakter der Menschheit nothwendig bestimmt sind, und in diesem Sinne muß ihre Unveräußerlichkeit behauptet werden.

Zweyter Abschnitt.

Hypothetisches oder bedingtes Naturrecht.

Einleitung.

§. 135.

Jedes erworbene Recht wird erst durch ein Factum wirklich. Damit aber ein Factum diese Wirkung haben könne, muß schon vorher ein Recht vorhanden seyn, welchem Andre zuwiderhandeln würden, wenn sie die Wirkung jener Thatsache nicht anerkennen wollten.

§. 136.

Bey jeder Erwerbung ist daher zu unterscheiden der *Rechtstitel* (*titulus juris*) und die *Erwerbeart* (*modus acquirendi*). Der Rechtstitel ist der Grund, warum durch ein Factum etwas erworben werden kann; das Factum selbst, wodurch vermöge des Rechtstitels etwas erworben wird, heißt die Erwerbeart.

§. 137.

Vor allem erworbenen Recht ist kein anderes als das angebörne Recht vorhanden. Der letzte Rechtstitel aller Erwerbung ist daher das jedem Menschen angebörne Gebrauchsrecht auf alle äußere Sachen (§. 132.)

§. 138.

Der Gegenstand der Erwerbung überhaupt
ist

ist entweder eine körperliche Sache oder die Causalität eines Andern. Ich erwerbe die Causalität eines Andern, wenn ich die Befugniss erhalte, ihn durch meine Willkühr zu etwas zu bestimmen, wozu er ursprünglich gegen mich nicht verbunden ist.

Freye Wesen, die selbst Subjecte von Rechten sind, können nicht (wie Sachen) der Substanz nach, sondern es kann nur dasjenige, was durch ihre Kräfte möglich ist, erworben werden.

§. 139.

Eine körperliche Sache, die mit der Person keines Andern rechtlich verknüpft ist, heisst *herrenlos (res nullius)*. Die Erwerbung einer herrenlosen Sache geschieht durch *einseitige* Willkühr.

§. 140.

Die Causalität eines Andern kann nur vermittelst der eigenen Willkühr desselben erworben werden, weil das Gegentheil die Möglichkeit der allgemeinen Freyheit aufheben würde. Diese Erwerbung geschieht also durch *zweyseitige* Willkühr.

§. 141.

Der Gegenstand der Causalität eines Andern ist entweder das Geben einer Sache (*obligatio dandi*) oder eine andre Handlung, welche sowohl im Thun als Unterlassen bestehen kann (*obligatio fa-*

faciendi). Beydes heisst *Leistung* (*praestatio*) und ist entweder eine einzelne Leistung oder eine Reihe von Leistungen.

§. 142.

Die Erwerbung durch einseitige Willkühr heisst *Occupation*; die Erwerbung durch zweyseitige Willkühr geschieht mittelst eines *Vertrags*. Daher theilt sich das hypothetische oder bedingte Naturrecht im Allgemeinen in die Lehre von der *Occupation* und von den Verträgen (*jus naturae factitium et pactitium*).

Erste Abtheilung.

Allgemeines hypothetisches Naturrecht.

Erstes Kapitel.

Von der Occupation und dem Eigenthum überhaupt.

§. 143.

Eigenthum (im formellen Sinne) ist das Recht zu jedem ausschliessenden Gebrauch einer Sache, soferne solcher nicht an sich widerrechtlich ist; oder: diejenige Verbindung eines Menschen mit einer Sache, vermöge deren ihm kein Anderer irgend einen nicht an sich widerrechtlichen Gebrauch derselben verwehren kann, ohne ihm Unrecht zu thun.

Eigenthum im materiellen Sinne ist die Sache, woran

ran man ein Eigenthumsrecht hat; derjenige, dem dieses Recht zusteht, heisst der Eigenthümer (*dominus*).

§. 144.

Detention oder *Besiz im weitem Sinne* ist das Verhältniss zu einer Sache, worin es physisch möglich ist, ausschliessend über dieselbe zu verfügen.

§. 145.

Besiz im engern und eigentlichen Sinne ist das Verhältniss zu einer Sache, worin jemand das physische Vermögen und zugleich die Absicht hat, zu seinen eigenen Zwecken ausschliessend über die Sache zu verfügen.

Der Besiz heisst *körperlich*, wenn er mit körperlicher Inhabung der Sache verbunden ist; ausser dem *Mentalbesiz*. (*corpore insistere — animo possidere*).

§. 146.

Besizergreifung ist die äussere Handlung, wodurch sich jemand in den Besiz einer Sache setzt.

§. 147.

Geschieht die Besizergreifung einer herrenlosen Sache in der Absicht, ihr Eigenthümer zu werden, so heisst sie *Occupation* oder *Zueignung*.

§. 148.

Durch Occupation wird ein Eigenthum erwor-

worben; denn die Occupation gründet sich auf ein angebohrnes Recht aller Menschen, das Erwerbungsrecht, welches ohne Wirkung wäre, wenn nicht durch die Ausübung desselben Andern die Verbindlichkeit, sich des Gebrauchs der occupirten Sache zu enthalten, aufgelegt würde.

1. *Grotius*, welcher eine ursprüngliche positive Gemeinschaft der Sachen, jedoch in einem andern als dem oben (§. 133.) angegebenen Sinn nimmt, und *Pufendorf*, welcher eine negative Gemeinschaft behauptet, gründen beyde den rechtlichen Ursprung des PrivatEigenthums auf eine Einwilligung aller übrigen Menschen zum Vortheil dessen, welcher sich eine Sache ausschliessend zueignen will. Allein einer solchen Einwilligung (wodurch ohnehin kein fortwährendes Eigenthum begründet werden könnte, weil wenigstens die später gebohrnen Menschen nicht daran gebunden wären) bedarf es nicht, weil dem angebohrnen Recht der Menschen an sich ein allgemeiner rechtlicher Wille entspricht, vermöge dessen der Act des Privatwillens eines jeden, der eine herrenlose Sache occupirt, für alle Uebrigen verpflichtend ist. f. *Kant* Rechtslehre I. Th. I. Hauptst. §. 6.

2. Die Priorität der Zeit ist bey der Occupation bloß der empirische Erkenntnißgrund für die ursprüngliche Erwerbung. Der Satz: *res nullius cedit primo occupanti*, ist also nur eine Regel der Subsumtion für die Urtheilskraft, weil
die

die Zeit an sich, als eine Form der Sinnlichkeit, einem Act keine rechtliche Dignität mittheilen kann. vergl. *Mellin* Grundlegung zur Metaphysik der Rechte S. 58.

3. Die Herrenlosigkeit einer Sache ist nicht der Rechtstitel der ursprünglichen Erwerbung, sondern nur die Bedingung, ohne welche diese nicht Statt hat.

§. 149.

Die rechtliche Wirkung der Occupation kann nicht auf die fortdauernde körperliche Inhabung eingeschränkt seyn, weil sonst nicht jeder an sich mögliche Gebrauch äußerer Gegenstände auch rechtlich möglich wäre. (§. 131.)

§. 150.

Da durch die Occupation Andern eine Verpflichtung aufgelegt werden soll (§. 148.), so muß die Occupation declarirt werden. Difs geschieht durch Zeichen d. h. durch äußere Merkmale, woran sich erkennen läßt, daß eine bisher herrenlose Sache nunmehr das Eigenthum eines Menschen sey, oder daß jemand die Sache mit seiner Person verknüpft habe.

§. 151.

Natürliche Zeichen des Eigenthums sind 1) der körperliche Besiz. 2) Die der Sache ertheilte Form. Durch die Formation verbindet der Mensch eine bisher herrenlose Sache mit einem Producte seiner Thätigkeit und dadurch mit sich selbst, so, daß

dafs nunmehr die Sache von Andern nicht mehr beliebig gebraucht werden kann, ohne eine Aeufserung fremder Thätigkeit zu verletzen, und auf diese Art dem Gesez der allgemeinen äufsern Freyheit entgegen zu handeln.

§. 152.

An allen herrenlosen Sachen kann ein Eigenthum erworben werden, auch an solchen, welche ohne ausschliessenden Besiz vollständig gebraucht werden können, oder welche sich durch den Gebrauch nicht erschöpfen lassen, (*res inexhausti usus*). Nur solche Sachen, welche der Mensch nicht in ein dem Eigenthumsrecht angemessenes Verhältnifs zu seinem physischen Vermögen setzen kann, können auch nicht occupirt werden.

§. 153.

Die Bestandtheile des Eigenthumsrechts sind 1) das Recht über die *Substanz* der Sache d. h. über die Sache selbst, an sich betrachtet, zu verfügen — *Proprietätsrecht*. 2) Das Recht über die *Accidenzen* der Sache, insoferne sie als Mittel zu Zwecken dienen können d. h. über den Nutzen der Sache zu verfügen — *Nutzungsrecht, Gebrauchsrecht im engeren Sinne (jus utendi fruendi causale)*. 3) Das Recht, über den *Besiz* der Sache zu verfügen — *Besizrecht (jus possidendi causale)*.

Vermöge des Proprietätsrechts ist der Eigenthümer be-

befugt, seine Sache zu verändern, zu zerstören, zu veräußern; vermöge des Nuzungs- und Bezugsrechts, solche selbst zu benutzen und zu besitzen, oder deren Benutzung und Besitz ändern zu überlassen. — In Rücksicht auf die letztere Befugnis unterscheidet der doctrinelle Sprachgebrauch *Civil-* und *Naturalbesitz*.

§. 154.

Accession überhaupt ist eine Begebenheit, wodurch eine Sache mit unserm Eigenthum verknüpft wird. Eine solche Verknüpfung kann auf zweyerley Art erfolgen: 1) indem eine Sache aus unserm Eigenthum entsteht, und unabhängig von demselben eine für sich bestehende Existenz erhält. Solche Sachen heißen *Früchte*. 2) indem eine Sache durch äußerlich wirkende Ursachen zu unserm Eigenthum hinzukommt, und mit demselben Ein Ganzes ausmacht. Difs heißt *Accession im engern Sinne*. Dasjenige, was durch diese Accession mit dem Eigenthum verbunden wird, heißt *Nebensache (accessorium)*; das Eigenthum selbst, zu welchem solches hinzukommt, wird in Beziehung auf dasselbe *Hauptsache (res principalis)* genannt.

§. 155.

Die Accession im engern Sinne erfolgt entweder durch die bloße Wirkung der Natur und zufällig (*accessio naturalis et fortuita*) oder durch die Wirkung absichtlicher menschlicher Thätigkeit
und

und Kunst (*accessio industrialis s. artificialis*). Dasjenige, was durch künstliche Accession zu einer Sache hinzukommt, ist entweder eine Materie oder eine Form; im letztern Fall erhält die künstliche Accession den Namen der *Specification*.

Man nimmt noch eine dritte Art von Accession an, welche die *vermischte* (durch Natur und Kunst zugleich) genannt wird, und rechnet dahin das Säen und Pflanzen. Allein dies ist nur eine Unterart der künstlichen Specification, wodurch eine Sache durch absichtliche Thätigkeit mit einer andern Materie verbunden wird, um sie zu gewissen Wirkungen fähig zu machen.

§. 156.

Die Früchte gehören zum Nutzen einer Sache; mithin steht die Perception derselben vermöge des Nuzungsrechts ausschliessend dem Eigenthümer der producirenden Sache zu.

§. 157.

Ist die accessorische Sache herrenlos, so kommt es darauf an, ob ein Andrer dieselbe noch occupiren kann, ohne das Eigenthumsrecht an der Hauptsache zu verletzen oder nicht. Im ersten Falle kann sie von jedem, im zweyten nur vom Eigenthümer der Hauptsache occupirt werden.

§. 158.

Ist die accessorische Sache etwas, was schon

vor-

vorher einem Andern gehört hat, so behält dieser auch nach der Verbindung das Eigenthum an seiner Sache, und, wenn sich dieselbe ohne Verletzung der Hauptsache wieder trennen läßt, so ist er befugt, diese Trennung vorzunehmen.

Dagegen stellt das Röm. Recht (ohne jedoch die Trennung, wo sie möglich ist, auszuschließen) den allgemeinen Grundsatz auf: *accessorium sequitur suum principale*. Hierdurch wird eine besondere (im Naturrecht überflüssige) Bestimmung nöthig, welche Sache jedesmal als die Haupt- oder als die Nebensache anzusehen sey. Nur bey der Vermischung flüssiger Körper, welche auch unter die Accessionen gerechnet wird, hat nach positivem Recht ein Gleiches Statt, wie nach dem Naturrecht; das Gemische wird gemeinschaftlich: eben weil sich für diesen Fall keine Bestimmung, was Haupt- oder Nebensache seyn soll, finden läßt.

§. 159.

Ist eine Specification vorgegangen, so bleibt die Sache mit der neuen Form dem vorigen Eigenthümer; denn ein abgesondertes Eigenthum an der Form ist nicht möglich: mithin erstreckt sich das Eigenthum der Materie nothwendig auch auf die Form.

1. Nach dem Röm. Rechte bleibt die formirte Sache nur dann dem vorigen Eigenthümer, wenn die Specification von der Art ist, daß sich die vorige Form wieder herstellen läßt.

2. Pro-

2. Producirt jemand aus seiner und einer fremden Materie zugleich einen neuen Körper, so ist das Product gemeinschaftlich, weil der Eigenthümer einer Sache, die mit der Sache eines andern verbunden wird, sein Eigenthum an jener behält (§. 158.). Das Röm. Recht spricht in diesem Falle das Product dem Specificanten allein zu.

§. 160.

So mancherley die Bestandtheile des Eigenthumsrechts (§. 153.) sind, so vielfach ist auch die mögliche Verletzung desselben durch Andere. Das Eigenthum wird daher verletzt 1) durch jede wider den Willen des Eigenthümers unternommene Veränderung, Beschädigung oder Zerstörung der Sache. 2) Durch widerrechtliche Hinderung des Gebrauchs und der Benutzung derselben. 3) Durch Entziehung des Besizers. Dem Eigenthümer steht dagegen das Vindicationsrecht und das Recht zum Ersaz zu.

§. 161.

Ein *redlicher Besizer* (*possessor bonae fidei*) ist derjenige, welcher von der Rechtmäßigkeit seines Besizers überzeugt ist; ein *unredlicher* (*possessor malae fidei*) welcher sich der Unrechtmäßigkeit seines Besizes bewußt ist. Ein Recht, in dessen redlichem Besize sich jemand befindet, heisst ein *vermeintes Recht* (*jus putativum*).

Bona fides ist überhaupt die Ueberzeugung, daß

man zu etwas berechtigt sey, *mala fides* ist das Bewußtseyn, daß man sich etwas anmaasse, ohne dazu berechtigt zu seyn.

§. 162.

Wer eine fremde Sache occupirt, in der redlichen Meynung, daß sie herrenlos sey, erwirbt ein vermeintes Eigenthum daran. Ein solches Eigenthum ist dem wahren Eigenthum vollkommen gleich, bis der Irrthum gehoben ist.

Eben so sagt das Röm. Recht: „*bona fides tantumdem possidenti praestat, quantum veritas*“ L. 136. D. de R. I.

§. 163.

Der putative Eigenthümer muß die Sache an den wahren Eigenthümer, wenn sich dieser darstellt, abtreten; hingegen bleibt jenem der Nutzen, welchen er bis dahin als redlicher Besizer rechtmäßigerweise (*suo jure*) gezogen hat; auch ist er dem wahren Eigenthümer wegen der mit der Sache vorgenommenen Veränderungen zu keinem Ersaz verbunden.

I. Nach dem Naturrecht ist ein redlicher Besizer auch nicht schuldig, dem sich meldenden wahren Eigenthümer der Sache die noch vorhandenen Früchte derselben herauszugeben. Denn während des redlichen Besizes hat er die Früchte mit vollem Rechte percipirt; da nun Früchte eine für sich bestehende Existenz haben, so bleiben

ben ihm solche, wenn auch die Hauptsache zurückgegeben werden muß. vergl. *Kant* Rechtslehre §. 39. Dieser Grundsatz des Naturrechts ist auch in der Preuss. Gesetzgebung angenommen: „Alle während des redlichen Besizers gezogenen Nuzungen und genoßenen Früchte sind und bleiben das Eigenthum eines redlichen Besizers — — ohne Unterschied, ob dieselben schon verzehrt, veräußert, oder noch wirklich vorhanden sind.“ Allgem. Landrecht für die Preuss. Staaten. Th. I. Tit. 7. §. 189. ff. 195. Das Röm. Recht hingegen spricht dem redlichen Besizer nur die verzehrten oder veräußerten Früchte zu. „*Dominus de fructibus consumtis agere non potest*; §. 35. I. de R. D. L. 4. §. 2. D. fin. regund. Die noch vorhandenen Früchte aber müssen nach Röm. R. an den Eigenthümer der Sache abgegeben werden. L. 22. C. de R. V.

2. Der redliche Besizer ist nur schuldig, dem wahren Eigenthümer die Sache in dem Zustande, worin sie sich wirklich befindet, zurückzugeben; er haftet nicht für Verschlimmerungen, welche sie etwa durch seine Nachlässigkeit erlitten hat. Den Grund dieses Rechtsfazes drückt das Röm. Recht sehr treffend so aus: *bonae fidei possessor, quia quasi rem suam neglexit, nulli querelae subiectus est*. L. 31. §. 3. D. de hered. petit.

§. 164.

Der unredliche Besizer ist als ein Beleidiger anzusehen, mithin gegen den wahren Eigenthümer zur vollen Schadloshaltung verbunden. Er

mufs sogar den zufälligen Schaden ersetzen, wenn nicht etwa dieser so beschaffen ist, daß er die Sache im Besiz ihres Eigenthümers auf gleiche Art betroffen hätte. Denn der zufällige Schaden, welcher sich an der Sache im Besiz ihres Eigenthümers nicht ereignet hätte, ist als eine Folge der widerrechtlichen Handlung des unredlichen Besizers anzusehen.

Dieser Satz ist auch in dem Röm. Recht angenommen. L. 15. §. f. D. de R. V.

§. 165.

Ist die Sache durch den Aufwand des Besizers erhalten, verbessert oder verschönert worden (*impensae necessariae, utiles, voluptuariae*), so läßt sich dasjenige, was an die Sache verwendet worden ist, entweder ohne Beschädigung derselben absondern oder nicht. Im ersten Fall ist sowohl der redliche als der unredliche Besizer zur Absonderung befugt; im zweyten Fall ist der Eigenthümer auch dem redlichen Besizer zu keinem Kostenersatz verbunden, weil niemand zu einer positiven Leistung anders als mit seinem Willen, oder wegen einer widerrechtlichen Handlung bestimmt werden kann.

Hierin weicht (durch Erhebung der Billigkeit zur vollkommenen Verbindlichkeit) das positive Recht von dem natürlichen ab, wenn jenes dem Eigenthümer die Erstattung der Erhaltungskosten gegen jeden Besizer, den Ersatz der Melio-

rationskosten aber gegen den redlichen Besizer auflegt, und nur bey den Verschönerungskosten in Ansehung des redlichen sowohl als des unredlichen Besizers den allgemeinen Grundsatz des Naturrechts beybehält.

§. 166.

Es gibt kein *Recht des unschädlichen Gebrauchs* auf eine fremde Sache (*jus innoxii usus*). Denn jeder Gebrauch einer fremden Sache, welcher gegen den Willen des Eigenthümers gemacht wird, ist schon an sich der allgemeinen Freyheit zuwider, es mag daraus Schaden für den Eigenthümer entstehen oder nicht.

Der bekannte Satz: *quod tibi non nocet, et alteri prodest, ad id potes compelli*, ist nach dem Naturrechte völlig ungegründet, im Röm. Recht aber (wo man sich auf L. 2. §. 5. D. *de aq. et aquae pluv. arc.* beruft) weder in der Art noch in der Allgemeinheit, wie jene Worte lauten, enthalten, überdies hier, wo blos von einem besondern Falle die Rede ist, ausdrücklich als ein auf bloßer Billigkeit, nicht auf dem strengen Rechte beruhender Satz anerkannt: „*haec aequitas suggerit, etsi jure deficiamus.*“ f. *Weber* von der natürlichen Verbindlichkeit. §. 101.

§. 167.

Es gibt kein *Recht des Nothgebrauchs*; denn dafs wäre ein Recht, in der Noth das Eigenthum des Andern zu verletzen, mithin in der Noth Unrecht

recht zu thun; welches widersprechend ist (§. 41.). Hat aber jemand in wahrer, wirklicher Noth gegen das Eigenthumsrecht des Andern gehandelt, so kann er nicht angehalten werden, Ersatz dafür zu leisten, weil eine in wahrer Noth begangene Handlung nicht juridisch behandelt (§. 42.), mithin auch keine besondere Verbindlichkeit daraus abgeleitet werden kann.

§. 168.

Das Eigenthum hört auf 1) durch Freyheit, wenn der Eigenthümer die Sache derelinquirt d. h. durch Worte oder Handlungen zu erkennen gibt, dafs er kein ausschliessendes Recht mehr an der Sache haben wolle. 2) Durch die Natur a) durch den Untergang der Sache b) durch den Tod des Eigenthümers.

§. 169.

Mit dem Tod eines Menschen hören alle seine Rechte, mithin auch seine Eigenthumsrechte auf; daher werden die Güter eines verstorbenen herrenlos. Es gibt also von Natur kein *Erbfolgerecht* d. h. kein ausschliessendes Recht gewisser Personen (z. B. der nächsten Verwandten) zur Erwerbung der Güter eines Verstorbenen, sondern es tritt in Ansehung derselben das allgemeine Occupationsrecht wieder ein.

§. 170.

§. 170.

Da jedes Recht, solange dessen Ausübung physisch möglich ist, nur mit dem Willen des Subjects, welchem es zusteht, aufhören kann, so kann auch das Occupationsrecht an den Gütern eines Verstorbenen, welches allen übrigen Menschen zusteht, nur mit dem Willen derselben aufhören. Daher hat nach dem Naturrecht ein *Testament* d. h. eine einseitige Willenserklärung eines Menschen, wer nach dessen Tode seine Güter haben soll, keine verbindliche Kraft.

Merkwürdig ist die Art, wie die Spur dieses naturrechtlichen Satzes sich im Röm. Rechte durch alle nach und nach eingeführten Formen der Testamente hindurch erhalten hat. I. Bey dem Testament *in comitiis calatis* gieng eine förmliche Rogation vor (*velitis, jubeatis, Quirites, uti Titius Valerio jure legeque heres fiet?*) wodurch die ganze Staatsgesellschaft gleichsam ihrem Occupationsrecht auf den künftigen Nachlaß zu Gunsten des ernannten Erben entsagte, und diesem ein ausschließendes Erwerbrecht zum Voraus garantirte. II. Bey dem Testament *per aes et libram* gieng eine förmliche Mancipation (feyerlicher Verkauf) vor; der Erblasser schloß einen *Vertrag* über sein gesammtes Vermögen, nur daß er dabey die freye Disposition über jedes einzelne Stük behielt, und auf diese Art auch das ganze Geschäft wieder umstossen konnte. s. *Hugo* Lehrbuch der Geschichte des Röm. Rechts

Rechts (Berlin 1799) §. 87. Freylich war bey diesem Act die *lex mancipationis* das Wichtigste; aber selbst darin, daß die Hauptsache in der Gestalt einer Nebenhandlung erscheinen mußte, scheint eine Anerkennung des ursprünglichen Grundsatzes zu liegen. III. Bey der neuen Art zu testiren liegt eine doppelte Fiction zum Grunde, vermittelt deren die Zeit der Errichtung des Testaments, die Zeit des Todes des Erblassers und die Zeit der Antretung der Erbschaft miteinander verknüpft werden, so, daß der Erblasser zur Zeit seines Todes sein Vermögen auf den Erben überträgt. s. *Rotgersii demonstrat. apodict. etc. de successione legitima* p. 82. vergl. *Tieftrunk* Untersuchungen über das öffentliche und Privatrecht I. Th. S. 462.

Zweytes Kapitel.

Von Verträgen überhaupt.

§. 171.

Dasjenige, was mit der Person eines Menschen rechtlich verknüpft, oder nur durch seine Kräfte möglich ist, ist ursprünglich nur der Causalität seiner Willkühr unterworfen; jeder aber kann über die Causalität seiner Willkühr überhaupt verfügen, mithin auch zum Besten eines Andern verfügen.

§. 172.

§. 172.

Ich verfüge über die Causalität meiner Willkühr zum Besten eines Andern, wenn ich ihn in den Besiz meiner Willkühr setze. Jemand ist in dem Besize meiner Willkühr in Ansehung eines Gegenstands, wenn er selbst vermöge seiner Willkühr über die Causalität der meinigen in Ansehung des Gegenstands verfügen d. h. mich zur Leistung desselben bestimmen kann, ohne der allgemeinen gesetzlichen Freyheit entgegen zu handeln.

§. 173.

Dadurch, daß sich der eine in den Besiz der Willkühr des Andern in Ansehung eines Gegenstands setzt, wird der Wille von beyden Ein Wille. Die Zusammenstimmung oder Vereinigung des Willens mehrerer in Rücksicht auf eine Leistung heisst *Einwilligung* (*consensus*).

§. 174.

Es existirt für einen Menschen überhaupt kein Wille des Andern, als inwieferne sich derselbe in der Sinnenwelt äußert; dasjenige aber, was als der Wille des Andern erscheint, gilt im äußern Verhältnisse seinem wirklichen Willen gleich.

§. 175.

Soll daher eine Willensbestimmung rechtliche Wirkungen hervorbringen, so muß sie auch äußerlich erkennbar seyn. Eine Handlung, wodurch
die

die Willensbestimmung des einen dem Andern erkennbar wird, heisst *Willenserklärung* (*declaratio voluntatis*), und, wenn dadurch mehrere die Vereinigung ihres Willens in Ansehung einer Leistung zu erkennen geben, *wechselseitige Willenserklärung* (*declaratio consensus*).

§. 176.

Die Erklärung, zu einer Leistung verbunden seyn zu wollen, heisst *Versprechen* (im rechtlichen Sinne). Die Erklärung, zu einer Leistung berechtigt seyn zu wollen, heisst *Annahme* des Versprechens.

1. Wer ein Versprechen ablegt, heisst *Promittent*; derjenige, dem es abgelegt wird, *Promissar*.
2. Nicht jede Aeufserung, etwas thun zu wollen, heisst ein Versprechen im rechtlichen Sinne; es muss darin auch die Erklärung, *verpflichtet seyn zu wollen*, enthalten seyn. *Dictum differt à promisso.* vergl. *Puffendorf de officio hom. et. civ. L. I. C. 9. §. 6.*

§. 177.

Ein angenommenes Versprechen heisst ein *Vertrag* (*pactum, conventio*). Durch das Versprechen erklärt der Promittent, dass er sein Recht, einen Gegenstand als seiner Willkühr unterworfen zu betrachten, in Beziehung auf den Promissar aufgeben wolle: durch die Annahme erklärt dieser, dass er das Recht, seine eigene Willkühr in Ansehung

sehung

fehung desselben Gegenstands geltend zu machen, auf sich übertragen wolle. Daher ist ein Vertrag, die Aeufserung der vereinigten Willkühr zweyer Menschen, wodurch etwas von dem einen auf den Andern übertragen wird.

§. 178.

Verträge sind rechtlich nothwendig; denn sonst wäre nicht jeder an sich mögliche Gebrauch der Gegenstände unserer Willkühr (wohin auch Uebertragung an Andere gehört) rechtlich möglich (§. 131.). Sind Verträge nothwendig, so müssen sie auch möglich seyn.

§. 179.

Sollen Verträge möglich seyn, so muß das Versprechen die Wirkung haben, daß der Promittent dadurch seine Verbindlichkeit, zu leisten, von der Gegenerklärung des Promissars abhängig macht. Erfolgt also diese, so ist der Promittent schlechterdings zur Leistung verbunden, und kann seine Willenserklärung nicht mehr auf eine rechtsgültige Weise ändern. Der Promissar ist nunmehr befugt, die Leistung zu fordern.

Diese Deduction der rechtlichen Gültigkeit der Verträge beruht, wie man sieht, auf den einfachen Sätzen, daß kein Vertrag möglich seyn würde, wenn nicht der Promittent durch sein Versprechen, sobald solches von dem Promissar

accep-

acceptirt ist, • unwiderruflich verbunden wäre; Verträge aber möglich seyn müssen, wenn jeder der allgemeinen Freyheit nicht widerstreitende Gebrauch der Gegenstände unsrer Willkühr Statt haben soll. Etwas Aehnliches sagt schon *Puffendorf*: „*generale officium ex lege naturali debitum est: ut quilibet fidem datam servet, seu, promissa et pacta expleat. Circa hoc enim si esset, plurima pars utilitatis periret, quae humano generi communicatis invicem operis ac rebus enasci apta est.*“ *De officio hominis et civis Lib. I. Cap. 9. §. 3.* Nur geht dieser Naturrechtslehrer bloß von der *Betrachtung des Nuzens* aus, ohne ein aus der Idee des Rechtsgesetzes, als eines bloß formalen Gesetzes, abgeleitetes *Princip der nothwendigen allgemeinen Brauchbarkeit* äußerer Gegenstände zum Grunde zu legen. Vergl. übrigens *Hobbes Leviathan c. 14. de cive c. 2. §. 4. c. 3. §. 1. Mendelsohn Jerusalem S. 45. Garve Anmerk. zum Cicero Th. I. S. 94. f. Feder Grundlehren zur Kenntniß des menschlichen Willens Th. II. §. 17. Hufeland Lehrsätze des Naturrechts (Jena 1795.) §. 269 — 272. Kant Rechtslehre I. Th. II. Hauptst. 2. Absch. Grolmann über die Rechtsgültigkeit der Verträge in dessen Magazin für die Philosophie des Rechts und der Gesetzgebung I. B. 1. Heft.*

§. 180.

Solange der Promissar das Versprechen nicht acceptirt hat, kann der Promittent solches wieder zurücknehmen. Sobald aber die Annahme erfolgt ist,

ist, so ist der Vertrag völlig zu Stande gekommen (*pactum perfectum*), und das Recht des Promissars auf die versprochene Leistung vollkommen begründet (*jus quaesitum*).

1. Die Acceptation kann auch einem Versprechen vorhergehen, wenn dieses auf einen vorher geschehenen Antrag dessen, der etwas vom Andern erwerben will, abgelegt wird. Eine Wiederholung der Annahme ist in einem solchen Fall nicht nothwendig.
2. Ein nicht acceptirtes Versprechen heißt *pollicitatio*. Eine besondere Art desselben ist das Gelübde, *votum*.
3. Bloße Tractaten d. h. gegenseitige Erklärungen zweyer Personen über die Art, wie sie einen Vertrag mit einander schließen wollen, sind nicht verbindlich, weil hier noch keine wirkliche Vereinigung beyder Willen vorhanden ist, sondern bloß vorbereitet wird.

§. 181.

Dasjenige, was unmittelbar durch einen Vertrag erworben wird, ist nicht die versprochene Sache selbst, sondern nur die Causalität des Andern in Ansehung dieser Sache. Durch den Vertrag entsteht also zunächst nur ein persönliches Recht d. h. ein Recht gegen eine gewisse Person, die Willkühr derselben zur Leistung einer Sache zu bestimmen. Erfolgt nun die Leistung, so wird die Sache durch Uebergabe (*traditio*) erworben,
und

und das persönliche Recht geht in ein dingliches über. Der Vertrag heisst alsdann *vollzogen* (*pactum consummatum*). (§. 172. 177.)

Die meisten Naturrechtslehrer behaupten das Gegentheil, und wollen hierin eine Abweichung des Röm. Rechts vom Naturrechte finden. *Grotius de Jure B. et P. lib. 2. cap. 6. §. 1. cap. 8. §. 25. Puffendorf de Jure N. et G. lib. 4. cap. 9. Hofbauer Naturrecht §. 300. 301. Anm. f. dagegen Kant Rechtslehre §. 20. 21.*

§. 182.

Ein Vertrag heisst *gültig*, wenn durch denselben das Recht, welches von dem einen auf den Andern übertragen werden soll, wirklich begründet wird. Die Gültigkeit eines Vertrags hängt ab 1) von dem Gegenstande, worüber derselbe geschlossen wird; 2) von den Vertragsschliessenden Personen, in Ansehung der Möglichkeit ihrer Einwilligung und der Art ihrer Willenserklärung.

Ein Vertrag, welcher gar keine rechtliche Wirkung zwischen dem Promittenten und Promissar hervorbringt, heisst *nichtig* (*pactum nullum*).

§. 183.

Man kann über alles Verträge schliessen, dessen Leistung physisch und rechtlich möglich ist.

1. Rechtlich unmöglich ist die Leistung, wenn sie ein an sich unübertragbares Recht zum Gegenstande

stande hat, oder dem Recht eines Dritten entgegen ist.

2. Bey einem Vertrag, wodurch jemand sich zum Sklaven hinzugeben (seine Person zum Eigenthum des Andern zu machen) verspricht, tritt physische und rechtliche Unmöglichkeit der Leistung zugleich ein.

§. 184.

Verträge schliessen kann jeder, der einwilligen kann. Zur Möglichkeit der Einwilligung wird Gebrauch des Verstandes sowohl überhaupt als auch zu der Zeit, wo der Vertrag geschlossen wird, erfordert.

Kinder, Wahnsinnige, Höchstbetrunkene u. d. gl. können keinen gültigen Vertrag eingehen.

§. 185.

Die Einwilligung muß in rechtlicher Hinsicht zureichend d. h. auf eine solche Art, daß kein äußerer Grund vorhanden ist, ihre Wirklichkeit zu bezweifeln, erklärt seyn.

Scherzhafte Aeufserungen, Complimente u. d. gl. begründen keine Verbindlichkeit.

§. 186.

Die Erklärung der Einwilligung kann geschehen: 1) *Ausdrücklich*, durch *willkührliche* Zeichen, welche nach einem allgemein angenommenen, mithin als bekannt vorauszusetzenden Gebrauche als Mit-

Mittel zur Bekanntmachung der Gedanken dienen (*consensus expressus*). 2) *stillschweigend*, durch *natürliche Zeichen* d. h. durch Handlungen, woraus sich die Einwilligung mit hinreichender Sicherheit erkennen läßt (*consensus tacitus*).

1. Hierauf bezieht sich die Eintheilung der Verträge in ausdrückliche und stillschweigende.
2. Handlungen, woraus sich die Einwilligung mit rechtlich zureichender Sicherheit schliessen läßt, heißen *sprechende Handlungen*, *Facta concludentia*. Sie können sowohl Begehrungs- als Unterlassungs- Handlungen seyn.

§. 187.

Handlungen, wodurch die Voraussetzung einer stillschweigenden Einwilligung rechtlich begründet wird, sind solche, die jemand, ohne entweder unvernünftig oder widerrechtlich zu handeln, nicht vornehmen könnte, wenn er nicht den Willen hätte, ein Recht auf den Andern zu übertragen.

1. Nach diesem Prinzip läßt sich auch die rechtliche Wirkung des Stillschweigens beurtheilen. Das bloße Stillschweigen an sich (*silentium simplex*) enthält keine Erklärung der Einwilligung. Hier heisst es: *qui tacet, non censentit. L. 142. D. de R. I.* Erfolgt aber das Stillschweigen unter solchen Umständen, wo es, ohne Voraussetzung der Einwilligung, unvernünftig oder rechtswidrig seyn würde (*silentium qualificatum*), so liegt

liegt darin eine stillschweigende Willenserklärung. Von diesem Falle gilt die Regel: „*qui tacet, consentire videtur.*“ C. 43. de R. I. in 6to.

2. Mit der stillschweigenden Einwilligung ist die *vermuthete* (*consensus praesumptus*) nicht zu verwechseln. Diese wird weder durch Worte noch durch Handlungen erklärt, sondern aus der bekannten Handlungsweise eines einzelnen Menschen oder der gewöhnlichen Handlungsweise aller Menschen bloß geschlossen. Da eine besondere Verbindlichkeit nicht anders als durch *wirkliche* Willenserklärung begründet wird, so kann aus einer *bloß vermutheten* Einwilligung kein Recht abgeleitet werden.

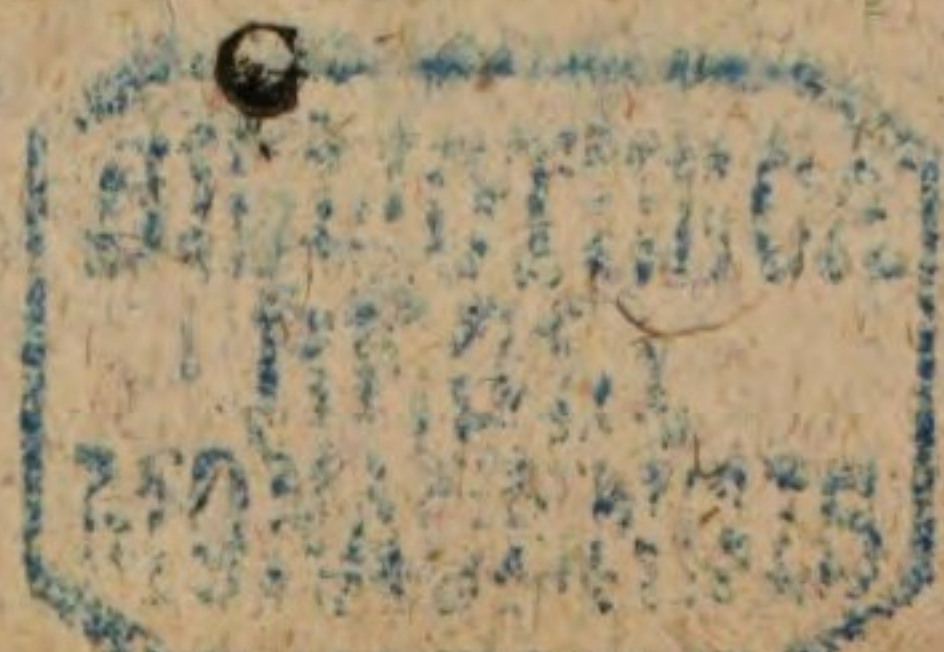
§. 188.

Zwang schließt wirkliche Einwilligung nicht aus; denn der Gezwungene wählt zwischen zwey Uebeln: demjenigen, das ihm angedroht oder zugefügt wird, und demjenigen, welches für ihn in dem durch Zwang bewirkten Entschlusse liegt. Wo aber Wahl ist, da ist eine Handlung der Willkühr (§. 7.). Daher macht der Zwang an und für sich einen Vertrag nicht ungültig.

Sehr treffend drückt sich hierüber das Röm. Recht aus: „*quamvis, si liberum esset, noluissem, tamen coactus volui.*“ L. 21. §. 5. D. quod metus causa.

§. 189.

Erzwungene Verträge sind daher nur insofern
 Groß Naturrecht. ferne



ferne ungültig, als der Zwang eine unrechtmäßige Handlung des Promissars ist; der widerrechtlich Zwingende erhält aus einem erzwungenen Vertrag deswegen kein Recht, weil niemand durch eine unrechtmäßige Handlung ein Recht erwerben kann.

§. 190.

Hieraus folgt: 1) ein durch rechtmäßigen Zwang bewirkter Vertrag ist vollkommen verbindlich. Rechtmäßig ist der Zwang, wenn er zum Schuz eines angegriffenen Rechts angewandt wird. 2) Ein Vertrag, worzu der Promittent von einem Dritten gezwungen worden ist, ist zwischen den Paciscenten vollkommen gültig, wenn nicht der Promissar durch wissentliche Benutzung des Gemüthszustands, worein der Promittent durch den Dritten versetzt worden war, an der unrechtmäßigen Handlung des letztern Antheil genommen hat.

Auf dem erstern Saze beruht die Gültigkeit der Friedensschlüsse, durch welche ein gerechter Krieg beendigt wird.

§. 191.

Betrug (dolus) ist die vorsätzliche Erwekung einer unrichtigen Vorstellung bey einem Andern, um ihm zu schaden. Ein durch Betrug veranlasseter Vertrag ist ungültig, weil der Betrüger aus seiner unrechtmäßigen Handlung kein Recht erwerben

ben kann; vielmehr ist dieser zum Ersaz des dadurch verursachten Schadens verbunden.

§. 192.

Ist die unrichtige Vorstellung des einen Paciscenten ohne Mitwirkung des Andern entstanden, so heisst dics ein *Irrthum (error)*. Ein durch Irrthum veranlafster Vertrag ist nur alsdann ungültig, wenn der Irrthum so beschaffen ist, dafs dadurch die wirkliche Vereinigung beyder Willen über dasjenige, was zum Wesen des Vertrags gehört, aufgehoben wird. Ein solcher Irrthum heisst *wesentlich*.

Dahin gehört ein Irrthum 1) über die Person desjenigen, für welchen aus dem Vertrag ein Recht entstehen sollte, 2) über die Individualität des versprochenen Objects oder solchen Eigenschaften desselben, die entweder ausdrücklich vorausgesetzt worden sind, oder nach der Natur des eingegangenen Vertrags nothwendig vorausgesetzt werden, 3) über die Art der Leistung, wenn jeder Theil mit dem Andern über eine andre Art von Leistung sich zu vereinigen glaubte. — Eben dics ist auch in dem positiven Recht angenommen. „*In omnibus negotiis contrahendis, si error aliquis intervenerit, ut aliud sentiat (puta) qui emit, aut qui conducit, aliud qui cum his contrahit: nihil valet, quod acti fit.*“
L. 57. D. de O. et. A. L. 18. D. de reb. cred.

§. 193.

Betrifft der Irrthum nur die Beweggründe,

welche den einen Paciscenten zu Eingehung des Vertrags bestimmt haben, (*error impellens*), so wird dadurch der Vertrag nicht ungültig; denn ein solcher Irrthum hindert die zur Wirklichkeit eines Vertrags erforderliche Vereinigung beyder Willen nicht, weil sich die Paciscenten nur über den Gegenstand des Vertrags, nicht über die Beweggründe zu Schließung desselben mit einander zu vereinigen haben.

1. Kein Paciscent kann die Gültigkeit eines Vertrags aus dem Grund anfechten, weil er sich dabey gewisse Voraussetzungen, die nicht an sich in der Natur des Vertrags liegen, gedacht habe.
In mente retenta nil operantur.

2. Ein von einem dritten gespielter Betrug, welchen die Paciscenten nicht gewußt und benutzt haben, ist ganz nach den Grundsätzen vom Irrthum zu beurtheilen.

§. 194.

Die Einwilligung bey einem Vertrage kann außer den wesentlichen Bestimmungen desselben auch zufällige betreffen. *Wesentliche* Bestimmungen bey einem Vertrage sind solche, ohne welche der Vertrag dasjenige nicht seyn würde, was er seinem Begriffe nach seyn soll; *zufällige*, welche zur Wirklichkeit eines Vertrags nicht nothwendig sind, und daher, wenn sie Statt haben sollen, ausdrücklich verabredet werden müssen.

1. Das

1. Das positive Recht unterscheidet noch eine dritte Art: *natürliche* Bestimmungen der Verträge, *naturalia s. regularia pactorum*. Darunter versteht man solche Bestimmungen, welche als vorhanden angenommen werden, wenn die Paciscenten das Gegentheil nicht besonders verabredet haben. Die Festsetzung derselben im positiven Rechte beruht auf der Nothwendigkeit gewisser Entscheidungsnormen für den Richter in Ansehung derjenigen Punkte, worüber die Parteyen selbst keine besondere Uebereinkunft getroffen haben.
2. Unter den zufälligen Bestimmungen sind vorzüglich zu bemerken: die Bedingung, die Zeitbestimmung und die Zweckbestimmung.

§. 195.

Bedingung (conditio) im weitern Sinn ist ein ungewisser Umstand, von welchem die Wirksamkeit eines Vertrags durch die Uebereinkunft der Partheyen abhängig gemacht wird. Ist dieser Umstand eine *künftige* Begebenheit, deren Erfolg abgewartet werden soll, so heisst derselbe *Bedingung im engern Sinne*.

1. Wird ein Vertrag unter einer Bedingung eingegangen, so heisst er ein *bedingter* Vertrag (*pactum conditionatum*); ausserdem ein *unbedingter* (*pactum purum*).
2. Eine Bedingung im weitern Sinne kann sich auf etwas Gegenwärtiges oder Vergangenes beziehen (*conditio in praesens vel in praeteritum collata*); die Ungewissheit ist alsdann blos subjectiv.

tiv, insoferne die Paciscenten die Wirklichkeit des Umstands noch nicht wissen; objectiv hingegen ist es bereits entschieden, ob der Vertrag wirksam sey, oder nicht. Daher kommt es, daß die Röm. Rechtsgelehrten eine auf die Gegenwart oder Vergangenheit bezogene Bedingung für keine wahre Bedingung gelten lassen. „*Quae enim per rerum naturam sunt certa, non morantur obligationem, licet apud nos incerta sint.*“ §. 6. *I. de V. O.* „*Nec placuit instar habere conditionis sermonem, qui non ad futurum, sed ad praesens tempus refertur, etsi contrahentes rei veritatem ignorant.*“ *L. 120. D. eod.* „*Nulla est conditio, quae in praeteritum confertur, vel quae in praesens.*“ *L. 10. in f. D. de condit. instit.*

3. Ein Umstand, wovon die Wirksamkeit des Vertrags der Natur der Sache nach, auch ohne Uebereinkunft der Parteyen, abhängt (*conditio, quae tacite inest*), ist keine Bedingung im rechtlichen Sinne.

§. 196.

Eine Bedingung ist in Ansehung ihres Einflusses auf die Wirksamkeit eines Vertrags entweder *aufschiebend* (*conditio suspensiva*) oder *auflösend* (*conditio resolutiva*), je nachdem durch den Eintritt derselben die Wirksamkeit des Vertrags erst vollendet oder wieder aufgehoben werden soll.

§. 197.

In Ansehung der Art, wie eine Bedingung
in

in Erfüllung geht, läßt sich ein dreyfacher Unterschied denken. Die Erfüllung derselben hängt ab 1) bloß von der Willkühr des Paciscenten, für welchen aus dem Vertrag ein Recht entstehen soll; dann heißt die Bedingung *potestativ*. 2) Bloß vom Zufall d. h. von einem der Willkühr des Paciscenten nicht unterworfenen Ereigniß. Eine solche Bedingung heißt *zufällig*. 3) Von beyden zugleich d. h. von der Willkühr des Paciscenten in Verbindung mit einem Ereigniß, welches nicht in dessen Macht steht. Difs wird eine *vermischte* Bedingung genannt.

1. Eine Bedingung heißt *affirmativ* oder *negativ*, je nachdem die Wirksamkeit des Vertrags von dem Eintreffen oder Nichteintreffen des vorausgesetzten Umstandes abhängig gemacht wird.
2. Ist die Wirklichwerdung eines zu Bedingung gemachten Umstands unmöglich, so wird die Bedingung selbst unmöglich genannt.
3. Was kein Gegenstand eines gültigen Vertrags ist (§. 183.), kann auch nicht zur Bedingung gemacht werden.

§. 198.

Solang es noch unentschieden ist, ob die aufschiebende Bedingung in Erfüllung gehen wird oder nicht (*conditio pendet*), so besteht die Wirkung des Vertrags darin, daß dem Promissar seine rechtlichbegründete Hoffnung durch den Promit-

mittenten nicht vereitelt werden darf. Geht die aufschiebende Bedingung in Erfüllung (*conditio existit*), so kann der Promissar die versprochene Leistung fordern; ist hingegen die Nichterfüllung der Bedingung entschieden (*cond. deficit*), so zerfällt der ganze Vertrag.

Daher ist ein Vertrag von Anfang an nichtig, wenn die demselben affirmativ beygefügte aufschiebende Bedingung unmöglich ist, denn in diesem Fall ist die Nichterfüllung der Bedingung sogleich entschieden. Ist hingegen eine solche Bedingung negativ beygefügt, so ist sie der rechtlichen Wirkung nach als nicht beygefügt, und der Vertrag als unbedingt anzusehen; denn in diesem Fall ist die Erfüllung der Bedingung sogleich entschieden. Damit stimmt auch das Röm. Recht überein § 10. I. *de inutil. stipulat. L. 1. §. 11. D. de O. et A. L. 7. D. de V. O.*

§. 199.

Ist ein Vertrag unter einer auflösenden Bedingung eingegangen, so erwirbt der Promissar sogleich das ihm eingeräumte Recht, verliert aber solches wieder, wenn die Bedingung zur Wirklichkeit kommt.

§. 200.

Die rechtliche Wirkung einer Bedingung tritt nur dann ein, wenn die Erfüllung derselben gerade auf die im Vertrag bestimmte Art erfolgt. Daher

her erwirbt der Promissar kein Recht, wenn die zufällige Suspensivbedingung durch seine eigene Veranstaltung, oder die potestative durch Zufall wirklich wird; und das Recht des Promissars hört nicht auf, wenn die zufällige Resolutivbedingung durch die Bemühung des Promittenten, oder die potestative durch Zufall in Erfüllung geht.

§. 201.

Ist dem Vertrag eine *Zeitbestimmung* beygefügt (*pactum sub die*), so wird dadurch entweder festgesetzt, daß die vertragsmäßige Leistung erst von einer bestimmten Zeit an, oder daß solche nur bis zu einer bestimmten Zeit soll gefordert werden können, (*pactum ex die — in diem*). Im ersten Falle ist die Zeitbestimmung einer suspensiven, im zweyten einer resolutiven Bedingung gleich zu achten.

1. Es läßt sich auch eine Combination beyder Arten von Zeitbestimmung denken, so, daß die vertragsmäßige Leistung erst von einer bestimmten Zeit an und nur bis zu einer bestimmten Zeit soll gefordert werden können.
2. Nach dem Naturrechte hat eine Zeitbestimmung immer die Wirkung einer Bedingung, wenn schon der künftige Eintritt des bestimmten Zeitpunkts gewiß ist, wegen der noch immer übrig bleibenden Ungewißheit, ob die Paciscenten denselben erleben werden. Anders verhält sich diß in einem
nem

nem positiven Recht, welches Erbfolge einführt, vermöge deren das bereits erworbene Recht des Promissars auf die Erben desselben übergeht.

§. 202.

Zwekbestimmung (modus) ist die Bestimmung des Erfolgs, welcher vermittelt der Leistung des einen Paciscenten von dem Andern hervorgebracht werden soll. Ein solcher Vertrag heisst *Modalvertrag (pactum sub modo)*.

§. 203.

Die rechtliche Wirkung eines Modalvertrags hängt davon ab, ob der Zwek als bloßes Gegenversprechen oder als auflösende Bedingung festgesetzt worden ist. Im ersten Falle kann, nachdem die Leistung erfolgt ist, Erfüllung des Zweks oder Ersaz des durch die Nichterfüllung desselben verursachten Schadens gefordert werden; im zweyten Falle berechtigt die Nichterfüllung des Zweks zur Zurückforderung dessen, was geleistet worden ist.

Gegenversprechen (*repromissio*) ist ein Versprechen, welches in Beziehung auf ein andres Versprechen abgelegt wird.

§. 204.

Ein Vertrag, worin nur Ein Versprechen enthalten ist, heisst ein *einfacher (pactum simplex)*, ein Vertrag, welcher mehrere Versprechen enthält,

hält, heisst ein *zusammengesetzter* (*pactum compositum*). Dieser besteht entweder darin, dass der eine Paciscent dem Andern mehrere Leistungen verspricht, oder dass beyde Paciscenten sich gegenseitig eine Leistung versprechen. Im letztern Falle heisst der Vertrag *gegenseitig* (*pactum reciprocum*).

§. 205.

Wenn in einem Vertrag mehrere Leistungen versprochen werden, so geht die Willenserklärung der Paciscenten entweder dahin, dass alle Leistungen geschehen sollen (*pactum copulativum*) oder dahin, dass nur eine der mehreren Leistungen erfolgen soll (*p. alternativum*). Hat bey einem alternativen Vertrag der Promissar sich die Wahl zwischen den mehreren Leistungen nicht ausdrücklich ausbedungen, so steht solche dem Promittenten zu, weil in Ansehung dessen, was durch den Vertrag nicht bestimmt worden, der Promissar nicht in den Besitz der Willkühr des Promittenten gekommen ist, mithin dñsfalls die ursprüngliche Freyheit des letztern fortdauern muss.

Auf gleiche Art entscheidet das Röm. Recht L. 10. §. ult. D. jure dot. L. 2. §. 3. D. de eo quod certo loco.

§. 206.

Bey einem gegenseitigen Vertrag bedingen sich Versprechen und Gegenversprechen wechselseitig.

weise. Hat also der eine Theil geleistet, so ist der Andre gleichfalls zur Leistung verbunden, keiner aber kann vom Andern die Leistung eher fordern, als bis er seinerseits geleistet hat, es müßte dann seyn, daß die Verbindlichkeit, zuerst zu leisten, für den einen Paciscenten durch ausdrückliche Verabredung oder durch die Natur des Vertrags selbst begründet wäre.

§. 207.

Kein Paciscent kann das bestehende Vertrags-Verhältniß einseitig abändern oder aufheben. Daher kann kein Theil ohne Einwilligung des Andern von dem Vertrag wieder abgehen, oder einem unbedingt abgeschlossenen Vertrag eine Bedingung beyfügen.

§. 208.

Ein Vertrag, wobey sich die Paciscenten die Freyheit vorbehalten haben, einseitig wieder davon abzugehen, heißt ein *widerruflicher* Vertrag (*pactum revocabile*). Wird die Erfüllung eines Vertrags von einer ganz uneingeschränkten und unbestimmten Willkühr des Promittenten abhängig gemacht; so entsteht aus einem solchen Vertrag gar kein Recht; denn ein Recht hat jemand nur auf dasjenige, was er vom Andern auch gegen dessen Willen fordern kann. In diesem
Sinn

Sinn ist also ein widerruflicher Vertrag nicht denkbar.

Damit stimmt auch das Röm. Recht überein. „*stipulatio non valet, in rei promittendi arbitrium collata conditione.*“ L. 17. D. de V. O. „*Illam autem stipulationem: si volueris dari? inutilem esse constat.*“ L. 46. §. 3. D. eod.

§. 209.

Ist hingegen die Freyheit des einseitigen Rücktritts vom Vertrag auf eine gewisse Zeit eingeschränkt, oder von einer gewissen Begebenheit, wenn schon diese in der Willkühr des Promittenten selbst steht, abhängig gemacht, so ist ein solcher widerruflicher Vertrag eben so rechtsgültig, als jeder Andere unter einer auflösenden Bedingung eingegangener Vertrag.

§. 210.

Statt der im Vertrag festgesetzten Leistung kann eine Andre gleichbedeutende, wenn jene möglich ist, weder von Seiten des Promissars gefordert, noch diesem von dem Promittenten aufgedrungen werden (§. 207.).

§. 211.

Ein Dritter erwirbt Rechte aus dem Vertrag zweyer Anderer, wenn er demselben beytritt. Einem Vertrag beytreten, heist erklären, daß man
aus

aus dem Vertrag zweyer Andrer mit deren Einwilligung berechtigt seyn wolle.

§. 212.

Ein Vertrag hört auf, wenn die dadurch begründete Verbindlichkeit erfüllt ist, oder nicht mehr erfüllt werden soll, oder nicht mehr erfüllt werden kann. Der erste und zweyte Fall entsteht durch willkührliche Handlungen der Paciscenten, der Dritte durch äufsere Umstände.

§. 213.

Willkührliche Handlungen, wodurch ein Vertrag aufhört, sind: 1) Zahlung, 2) einseitiger Rücktritt, wenn solcher vorbehalten war (§. 209), 3) ein neuer Vertrag, wodurch der vorige aufgehoben wird.

1. *Zahlung (solutio) im weitern Sinne* ist jede Erfüllung einer vertragsmäfsigen Verbindlichkeit; geschieht solche durch Gebung einer versprochenen Sache, insbesondere einer Geldsumme, so heisst sie *Zahlung im engern Sinne*. Auf gleiche Art werden Promittent und Promissar bey jedem Vertrag Gläubiger und Schuldner im weitern Sinne, und wenn der Vertrag eine Leistung in Gelde betrifft, Gläubiger und Schuldner im engern Sinne genannt.

2. Leistung einer andern Sache anstatt der im Vertrag versprochenen heisst *Gebung an Zahlungsstatt (datio in solutum)*. Sie hebt die Verbindlichkeit des Schuldners nur alsdann auf, wenn der Gläubiger einwilligt (§. 210.).

3. Soll

3. Soll die Zahlung den Schuldner von seiner Verbindlichkeit befreyen, so muß sie an den Gläubiger selbst (entweder unmittelbar oder mit dessen Willen mittelbar) und auf die im Vertrag bestimmte Weise (z. B. in Ansehung der Zeit, des Orts, des Quantums u. f. w.) geschehen.

§. 214.

Aeußere Umstände, wodurch ein Vertrag aufhört, sind 1) der Tod des Promittenten oder des Promissars; 2) ein Zufall, wodurch die versprochene Sache zu Grunde geht (*debitor speciei liberatur per interitum rei*) oder dem Promittenten die Verrichtung der versprochenen Handlung unmöglich wird; 3) eine Veränderung solcher Umstände, deren Fortdauer die ausdrücklich verabredete oder vermöge der Natur des Vertrags stillschweigend vorausgesetzte Bedingung der fortdauernden Verbindlichkeit ausmacht.

- I. Nur unter der angegebenen Bestimmung enthält jeder Vertrag die stillschweigende Clausel: *wenn die Umstände dieselben bleiben (rebus sic stantibus)*. Außerdem läßt sich nicht behaupten, daß die Verbindlichkeit aus einem Vertrag aufhöre, wenn nach Schließung desselben eine solche Veränderung der Umstände sich ereignet, daß man annehmen muß, der Promittent würde den Vertrag nicht geschlossen haben, wenn er diese Veränderung vorausgesehen hätte. Uebrigens erweitern zuweilen die positiven Gesetze den

den naturrechtlichen Umfang jener Clausel. Beyspiele hievon aus dem Röm. Rechte finden sich in *L. 8. L. f. C. de revoc. donat. L. 3. C. de loc. cond.* s. Weber von der natürl. Verbindlichkeit (§. 90.).

2. Wird dem Promittenten die Leistung nicht unmöglich gemacht, sondern nur erschwert, so hört dadurch seine Verbindlichkeit nicht auf; hingegen steht ihm ein Recht zum Ersaz gegen denjenigen zu, der die Erschwerung durch eine widerrechtliche Handlung verursacht hat.

§. 215.

Ein *Erbvertrag* (*pactum successorium*) d. h. ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern ein ausschließendes Recht zur Erwerbung seines Nachlasses einräumt, ist nach dem Naturrecht ohne Wirkung. Denn durch einen Vertrag wird nicht die versprochene Sache selbst, sondern nur ein persönliches Recht auf die Leistung derselben, oder die Willkühr des Promittenten in Ansehung der Sache erworben (§. 181.). Nach dem Tode des Promittenten kann also der Erbvertrag nicht mehr wirksam seyn, weil der Promittent nicht mehr leisten, und seine Willkühr nicht mehr bestimmt werden kann. Gegen die Ueberlebenden aber hat der Promissar kein Recht erworben, weil ein Vertrag kein dingliches, gegen Alle wirksames Recht auf eine Sache bewirkt.

Auch das Röm. Recht erklärt die Erbverträge für

un-

ungültig, nicht sowohl, weil sie für lebensgefährlich, als vielmehr, weil sie für widersinnig gehalten wurden. f. Hugo Rechtsgeschichte §. 87. *Stift 16. J. 1811*
vergl. Heydenreich System des Naturrechts. II. Th. S. 80. ff. Klein Grundsätze der natürl. Rechtswissenschaft. §. 297.

Zweyte Abtheilung.

Besonderes hypothetisches Naturrecht.

Einleitung.

§. 216.

Gesellschaft ist der Zustand mehrerer zu Erreichung eines gemeinschaftlichen Zwecks gegenseitig verpflichteter Personen.

§. 217.

Diejenigen Verhältnisse, welche den Gegenstand des hypothetischen Naturrechts ausmachen, lassen sich in zwey Hauptclassen theilen. Sie können entweder ohne Errichtung einer Gesellschaft Statt haben, oder entstehen nur durch Errichtung einer Gesellschaft. Daher theilt sich das besondere hypothetische Naturrecht in das aufsergesellschaftliche und das gesellschaftliche.

Erste Unterabtheilung.

Besonderes außergesellschaftliches hypothetisches Naturrecht.

Erstes Kapitel.

Eintheilungen des Eigenthums.

§. 218.

Die Eintheilungen des Eigenthums beziehen sich theils auf Theilnahme mehrerer Personen an den im Eigenthum begriffenen Rechten, theils auf Einschränkungen in der Ausübung dieser Rechte.

§. 219.

Steht das Eigenthum einer Sache nach allen seinen Bestandtheilen mehreren Personen zu, so heist es *Gesammteigenthum*, und der Antheil eines jeden wird *Miteigenthum* (*condominium*) genannt.

Dem *Gesammteigenthum* ist entgegengesetzt das *Alleineigenthum* (*dominium solitarium*).

§. 220.

Das *Gesammteigenthum* entsteht entweder durch gemeinschaftliche Occupation oder durch einen Vertrag, wodurch entweder mehrere eine Sache gemeinschaftlich erwerben, oder der bisherige Alleineigenthümer das *Miteigenthum* an seiner Sache auf einen andern überträgt.

§. 221.

Bey dem *Gesammteigenthum* machen die
meh-

mehrern Miteigenthümer zusammen den Eigenthümer der Sache aus; daher können sie auch nur alle zusammen über die Sache, foweit sie gemeinschaftlich ist, rechtsgültig verfügen.

§. 222.

Stehen die verschiedenen Bestandtheile des Eigenthumsrechts verschiedenen Personen zu, so heißt das Eigenthum *getheilt* (*dominium divisum*) und der Antheil eines jeden wird *unvollständiges Eigenthum* (*dominium minus plenum*) genannt.

Von den drey Bestandtheilen des Eigenthumsrechts (§. 153.) ist das Proprietätsrecht wesentlich; daher setzt der Begriff des getheilten Eigenthums nothwendig voraus, daß diejenigen, zwischen welchen dasselbe Statt hat, alle an der Proprietät Theil haben, wenn schon das Nuzungs- und Besitzrecht einem allein zusteht. Hierauf bezieht sich die Unterscheidung des sogenannten Ober- und Untereigenthums (welches letztere auch aus Misverstand des zufällig entstandenen lateinischen Ausdrucks, *dominium utile*, Nuzungs- oder nuzbares Eigenthum genannt wird). Daß übrigens die Eintheilung des Eigenthums in vollständiges und unvollständiges keine logische Eintheilung (der Gattung in ihre Arten) sey, ist schon von mehreren bemerkt worden. s. *Hoffbauer* Untersuchungen über die wichtigsten Gegenstände des Naturrechts S. 161. 162. dessen Naturrecht (Halle 1798) §. 292. Anm. 1. *Jakob* philosoph. Rechtslehre §. 286.

§. 223.

Das getheilte Eigenthum entsteht durch einen Vertrag, wodurch der Eigenthümer einer Sache die in dem Eigenthum begriffenen Rechte zum Theil auf einen Andern überträgt.

§. 224.

Das Eigenthum heisst *eingeschränkt* (*dominium restrictum s. limitatum*), wenn der Eigenthümer einer Sache, vermöge des einem Andern daran zustehenden Rechts, die in dem Eigenthum begriffenen Rechte nicht auf jede an sich erlaubte Art auszuüben befugt ist.

§. 225.

Das eingeschränkte Eigenthum entsteht durch einen Vertrag, wodurch der Eigenthümer einer Sache einem Andern verspricht, zu dessen Vortheil sich gewisser Arten der Ausübung seines Eigenthumsrechts zu enthalten.

Ein Recht, vermöge dessen der Eigenthümer einer Sache einen gewissen Gebrauch derselben entweder selbst unterlassen oder einem Andern gestatten muß, welchen er ausserdem entweder selbst vornehmen oder dem Andern verwehren dürfte, heisst eine *Servitut*.

Z w e y t e s K a p i t e l.

Verschiedene Arten der Verträge.

§. 226.

Die rechtliche Wirkung eines jeden Vertrags
be-

besteht darin, daß eine Person von der andern etwas erwirbt. Die Erwerbung beruht entweder darauf, daß eine neue Verbindlichkeit begründet, oder daß eine vorige Verbindlichkeit wieder aufgehoben wird (*pactum obligatorium — liberatorium*).

§. 227.

Die Erwerbung durch einen Vertrag geschieht entweder nur auf Seiten des einen Paciscenten oder auf Seiten von beyden. Im ersten Falle heist der Vertrag ein *unentgeltlicher, wohlthätiger* (*pactum gratuitum s. beneficium*); im zweyten ein *entgeltlicher, lästiger* Vertrag (*pactum onerosum*).

§. 228.

Der Gegenstand eines Vertrags überhaupt ist entweder eine Handlung oder eine Sache zum Eigenthum oder zum Gebrauche. Bey lästigen Verträgen insbesondere kann Sache für Sache, oder Sache für Handlung, oder Handlung für Handlung versprochen werden.

Die versprochene Handlung kann sowohl eine Begehrungs- als Unterlassungshandlung seyn. Z. B. von einem gewissen Rechte keinen Gebrauch zu machen. (*Entsagung, renunciatio*).

§. 229.

Sachen, deren Gebrauch auch ohne Verzehrung oder Veräußerung nicht möglich ist, heissen

ver-

verzehrbar, verbrauchbar Sachen. Dergleichen Sachen werden durch andere von ebenderselben Quantität und Qualität vollkommen ersetzt, und können auf diese Art wieder erstattet werden. In dieser Rücksicht heißen sie *fungible* Sachen (*res, quae functionem in suo genere recipiunt*).

§. 230.

Schenkungsvertrag (*pactum donationis*) ist ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern das Eigenthum einer Sache unentgeltlich zu übertragen verspricht.

1. Die sogenannte *donatio modalis* ist keine wahre Schenkung, denn der *modus* ist als eine Vergeltung anzusehen, es mag derselbe zum Besten des Schenkers oder eines Dritten oder sogar des Beschenkten selbst gereichen. Hingegen eine *belohnende* Schenkung (*donatio remuneratio*) ist eine wahre Schenkung, insofern die Belohnung kein Gegenstand einer rechtlichen Schuldigkeit ist.

2. Schenkungen von Todeswegen, welche den künftigen Nachlaß des Schenkers zum Gegenstand haben, und erst nach dessen Tode ein Recht begründen sollen, kennt das Naturrecht eben so wenig als Verfügungen von Todeswegen überhaupt.

§. 231.

Der *Leihvertrag* (*pactum de commodando*) ist ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern eine
nicht

nicht fungible Sache zu einem bestimmten Gebrauche unentgeltlich zu überlassen sich verpflichtet. Die wirkliche Uebergabe der Sache heisst das *Verleihen* (*commodatum*), wodurch der Empfänger (*commodatarius*) zufolge des vorhergegangenen Vertrags verbunden wird, die Sache nach geendigtem Gebrauche an den *Verleiher* (*commo- dans*) zurückzugeben.

1. Der Empfänger darf keinen Andern als den vertragsmässigen Gebrauch von der geliehenen Sache machen, und daher auch dieselbe ohne Einwilligung des Verleihers nicht weiter verleihen; dagegen haftet er auch nicht für den Nachtheil, den die Sache durch die natürliche Wirkung einer zweckmässigen Behandlung erleidet.
2. Unvermuthetes eigenes Bedürfniss der verliehenen Sache berechtigt den Verleiher nicht zur frühern Zurückforderung. Das positive Recht kann hierin die Billigkeit zur vollkommenen Verbindlichkeit erheben. f. §. 214. Anm. 1.
3. Ist die Art und Dauer des Gebrauchs nicht bestimmt (*precarium*), so ist der Empfänger die Sache auf Verlangen dessen, der ihm solche überlassen hat, zu jeder Zeit zurückzugeben schuldig.

§. 232.

Der *Darlehnvertrag* (*pactum de mutuo*) ist ein Vertrag, wodurch jemand sich verpflichtet, dem Andern eine fungible Sache eigenthümlich zu übergeben, mit der Bedingung, dass er sie durch eine
ande-

andere Sache von gleicher Quantität und Qualität wiedererstatten soll. Die wirkliche Uebergabe der Sache heisst das *Darlehn* (*mutuum*), wodurch der Empfänger (*mutuans*) vermöge des vorhergegangenen Vertrags dem Gebenden (*mutuo dans*) zur Wiedererstattung verbunden wird.

1. Die *Paciscenten* heissen, wenn das Darlehn erfolgt ist, *Gläubiger* und *Schuldner im engeren Sinne*. (§. 213. Anm. 1.).
2. Das Darlehn kann sowohl entgeltlich als unentgeltlich seyn. Eine Vergeltung, welche der Schuldner dem Gläubiger für den Gebrauch der dargelehnten Sache zu entrichten verbunden ist, heisst *Zins*, *Interesse* (*usura*). Das Verhältniß der Zinsen zu dem Quantum des Darlehns hängt lediglich von der Uebereinkunft der *Paciscenten* ab; das Naturrecht kennt keinen Wucher, als welcher ein durch positive Geseze bestimmtes Maafs von Zinsen voraussetzt.

§. 233.

Der *Verwahrungs* - oder *Hinterlegungsvertrag* (*pactum de deponendo*) ist ein Vertrag, wodurch jemand sich verpflichtet, die Sache eines Andern unentgeltlich zu verwahren. Die wirkliche Uebergabe heisst die *Niederlegung* (*depositum*), wodurch der Empfänger (*Depositar*) zufolge des vorhergegangenen Vertrags verbunden wird, die Sache mit derjenigen Sorgfalt, welche zur Abwendung des Verlusts oder einer Beschädigung erforderlich ist,

ist, zu verwahren und auf Verlangen des Deponenten zu jeder Zeit zurückzugeben.

Der Depositär ist nicht befugt, die ihm anvertraute Sache zu gebrauchen, wenn ihm solches nicht von dem Deponenten besonders bewilligt worden ist. *Depositum irregulare.*

§. 234.

Tauschvertrag im weitern Sinn ist jeder Vertrag, wodurch eine wechselseitige Veräußerung versprochen wird; *im engern Sinn* ein solcher, wodurch jemand sich verpflichtet, dem Andern das Eigenthum einer Sache gegen das Eigenthum einer andern Sache zu übertragen.

1. Auch hier ist *pactum de permutando* und *permutatio* zu unterscheiden.
2. In einem noch weitern Sinne kann jeder entgeltliche Vertrag ein Tauschvertrag genannt werden.

§. 235.

Der *Kaufvertrag (emptio venditio)* ist ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern eine Sache (*Waare, merx*) gegen eine bestimmte Geldsumme (*Kaufpreis, Kaufschilling, pretium*) eigenthümlich zu übergeben sich verpflichtet.

1. Geld heisst eine Sache, deren Werth zum Maassstab des Werths aller andern Sachen (zum allgemeinen Tauschmittel) dient. *Pretium eminens, vulgare.*
2. Der Gegenstand des Kaufvertrags ist entweder eine bereits existirende und in der Gewalt des Ver-

Verkäufers befindliche Sache oder nicht. In letzterm Falle betrachtet man die Sache entweder als etwas ungewisses und zufälliges, oder als etwas, dessen Existenz nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge erwartet werden kann. Jenes heisst *emtio spei*; dieses *emtio rei speratae*..

§. 236.

Der *Miethvertrag über Sachen* (*locatio conductio rerum*) ist ein Vertrag, wodurch jemand den Gebrauch seiner Sache einem Andern gegen eine bestimmte Geldsumme zu überlassen verspricht.

1. Die Paciscenten heissen Vermiether, Verpächter (*locator*), und Miethmann, Pächter (*conductor*); die Vergeltung heisst Mieth - oder Pacht-Zins (*locarium*).
2. Kauf bricht nach dem Naturrechte nicht Miethe; denn der Verkäufer kann seinem Miethmanne selbst nicht vor geendigter Miethzeit den Gebrauch der Sache entziehen, mithin die Befugniss dazu auch nicht auf den Käufer übertragen. Im Röm. Recht wird das Gegentheil angenommen; das Preussische Gesetzbuch hingegen verordnet: „durch einen freywilligen Verkauf wird in den Rechten und Pflichten des Miethers oder Pächters nichts geändert.“ Allgem. Landr. Th. I. tit. 21. §. 358.
3. Der Miethmann ist zur Ueberlassung des ihm eingeräumten Rechts an einen Dritten (*Afftervermiethung, sublocatio*) ohne Einwilligung des Vermiethers nicht berechtigt; denn dis wäre eine einseitige Abänderung des zwischen beyden bestehenden Vertragsverhältnisses (§. 207.). Da-
mit

mit stimmt im Allgemeinen das Preuss. Gesetzbuch (Allgem. Landr. a. a. O. §. 309.), nicht aber das Röm. Recht (*L. 6. C. de loc. cond.*) überein.

§. 237.

Der *Miethvertrag über Dienste* (*locatio conductio operarum*) ist ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern gegen eine Vergeltung Dienste zu leisten verspricht.

1. Dienste sind Handlungen, die jemand zum Vortheil des andern nach dessen Vorschrift verrichtet.
2. Die Vergeltung, welche für die Dienstleistung versprochen wird, heisst *Lohn* (*merces*); derjenige, welcher Dienste zu leisten verspricht, heisst der *Gedungene*, *Lohndiener* (*locator operarum*); derjenige, welchem Dienste versprochen werden, der *Dingende* (*conductor operarum*).
3. Auf die Art der Dienste kommt es nach dem naturrechtlichen Begriffe dieses Vertrags nicht an. Das Röm. Recht schränkt denselben auf gemeine Dienste ein d. h. auf solche, zu deren Verrichtung mehr körperliche Kräfte und mechanische Fertigkeiten als Geistestalente erforderlich sind (*operae illiberales*).
4. Ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern nicht bloß einzelne Arbeiten zu leisten, sondern ihm ein bestimmtes Product derselben (ein fertiges Werk) gegen eine Vergeltung zu liefern verspricht, heisst *locatio conductio operis*. Die Paciscenten werden *Besteller* und *Unternehmer* genannt.

§. 238.

Wird durch den Miethvertrag eine Reyhe von Dienstleistungen auf eine Zeitlang gegen einen festgesetzten Lohn versprochen, so entsteht das Verhältniß zwischen Herrn (*herus*) und Knecht. Ein solches dienstherrliches Verhältniß kann nur durch einen Vertrag begründet werden, nach dessen Inhalt auch die Verbindlichkeiten beyder Theile zu bestimmen sind.

1. *Leibeigenschaft* ist nicht in Ansehung der Verbindlichkeiten, die sie enthält (Zinsen und Frohndienste), sondern nur insofern dem Naturrecht entgegen, als solche auf die Nachkommen auch ohne deren Einwilligung forterbt.
2. Das Verhältniß zwischen Herrn und Knecht ist keine Gesellschaft, weil zwischen beyden kein gemeinschaftlicher Zweck vorhanden ist (§. 216.).

§. 239.

Der *Bevollmächtigungsvertrag* (*mandatum*) ist ein Vertrag, wodurch jemand dem Andern verpflichtet, ein Geschäft in dessen Namen zu verrichten.

1. Im Namen eines Andern handeln, heißt, eine Handlung, mit der Wirkung vornehmen, daß sie in Ansehung der daraus entstehenden Rechte und Verbindlichkeiten als eine Handlung des Andern betrachtet wird.
2. Die Willenserklärung, wodurch jemand dem Andern das Recht ertheilt, ein Geschäft für ihn zu betreiben, heißt der Auftrag oder die Vollmacht.

Durch

Durch die Annahme des Auftrags kommt der Vertrag zu Stande. Die Paciscenten heißen der Bevollmächtigte, Gewaltgeber, Principal (*mandans*), und der Bevollmächtigte, Gewalthaber (*mandatarius*).

3. Der Bevollmächtigungsvertrag kann sowohl ein entgeltlicher als ein unentgeltlicher Vertrag seyn. In beyden Fällen unterscheidet sich der Bevollmächtigte von dem Lohndiener (*locator operarum*) dadurch, daß jener *im Namen* des Bevollmächtigten handelt.
4. Die Besorgung eines fremden Geschäfts ohne Auftrag (*negotii gestio*) ist für denjenigen, dessen Geschäft geführt wird, nicht verbindlich (§. 187. Anm. 2.)

§. 240.

Der Bevollmächtigte ist verbunden, das übernommene Geschäft mit derjenigen Aufmerksamkeit, welche zur möglichvollständigsten Erreichung des Zwecks erforderlich ist, zu betreiben, und die Grenzen der ihm durch den Auftrag ertheilten Befugniß nicht zu überschreiten.

§. 241.

Hat jemand einen Andern für seinen Bevollmächtigten gegen einen Dritten erklärt, so erwirbt der Bevollmächtigte aus der Handlung des Bevollmächtigten mit dem Dritten Rechte gegen diesen, und dieser gegen den Bevollmächtigte. Denn indem der Dritte in Rücksicht auf jene Erklärung mit dem

dem Bevollmächtigten handelt, willigt er stillschweigend ein, die Handlung desselben als eine Handlung des Bevollmächtigten anzusehen.

1. Waren der Vollmacht Einschränkungen beygefügt, welche dem Dritten nicht zugleich mit der Vollmacht bekannt gemacht worden sind, so sind sie in Ansehung des Dritten ohne Wirkung. Für den Mandanten ist also das mit dem Dritten eingegangene Geschäft verbindlich, wenn gleich solches der *geheimen Instruction* des Mandatars entgegen seyn sollte. Dagegen ist dieser seinem Mandanten zum Ersatz des aus Ueberschreitung der geheimen Instruction entstehenden Schadens verbunden.

§. 242.

Ein Vertrag, wodurch jemand dem andern ein Recht einräumt, vermöge dessen die Beforgnis der Verletzung eines andern, schon vorhandenen, Rechts entfernt wird, heisst ein *Sicherungsvertrag* (*pactum cautionis*).

1. Das Recht, welches sichergestellt wird, heisst das *Hauptrecht* (*jus principale*); das Recht, welches zur Sicherstellung eingeräumt wird, das *Hülfsrecht* (*jus subsidiarium s. accessorium*). Der Vertrag, durch welchen ein Hülfsrecht begründet wird, heisst in Beziehung auf den Vertrag, woraus das Hauptrecht entsteht, ein *Nebenvertrag* (*p. accessorium*).

2. Durch Sicherstellung eines Rechts kommt zu der demselben entsprechenden Verbindlichkeit noch eine

eine andre hinzu; daher heist jene *verstärkt* (*obligatio corroborata*).

§. 243.

Die Sicherstellung eines Rechts geschieht entweder durch die Person des Verpflichteten selbst, oder durch eine andere Person oder durch eine Sache. Das erste hat Statt bey der Conventionalstrafe, das zweyte bey der Bürgschaft, das dritte bey der Verpfändung.

Betheuerung ist eine feyerliche Versicherung. Der *Eid* (*juramentum*) ist eine religiöse Betheuerung d. h. eine Versicherung, deren Feyerlichkeit darin besteht, daß sie mit bestimmter Erinnerung an die Gottheit als ein allwissendes und gerechtes Wesen abgelegt wird. Durch den Eid wird die Verbindlichkeit des Schwörenden nicht objectiv, sondern nur subjectiv (im Gewissen des Schwörenden) verstärkt. Der Eid ist also nur zufälligerweise ein Sicherheitsmittel, insoferne der Berechtigte zu der durch religiöse Ideen belebten und befestigten Moralität des Verpflichteten Zutrauen hat. (Uebrigens kann der Eid sowohl zur Bekräftigung einer Zusage (*juramentum promissorium*) als zur Bekräftigung einer Aussage (*jur. assertorium*) gebraucht werden. Hier ist nur vom erstern die Rede).

§. 244.

Conventionalstrafe überhaupt ist ein Uebel, welchem sich jemand auf den Fall, wenn er seine
Ver-

Verbindlichkeit aus dem Hauptvertrag ganz oder zum Theil nicht erfüllen würde, durch einen Nebenvertrag unterwirft. Sie kann, wenn sie in einer besondern Leistung besteht, entweder bloß als Entschädigung wegen nicht gehörig erfolgender Erfüllung, oder als Aequivalent für die Erfüllung der Hauptverbindlichkeit selbst festgesetzt werden. Im ersten Falle heißt sie *Conventionalstrafe im engern Sinne*; im zweyten *Wandelpön* (*mulcta poenitentialis*). Nur durch diese, nicht durch jene wird der Verpflichtete von der Hauptverbindlichkeit frey.

1. Die Conventionalstrafe kann auch in Beschränkung der persönlichen Freyheit bestehen.
2. Eine Art von Wandelpön ist die *Draufgabe* (*arrha*), wenn verabredt wird, daß gegen Verlust oder Wiedererstattung derselben einseitiger Rücktritt von dem Hauptvertrage Statt haben soll (*arrha liberatoria*). Außerdem kann die Draufgabe oder das Angeld auch bloß zum Zeichen des völlig abgeschlossenen Vertrags dienen (*arrha probatoria s. confirmatoria*).

§. 245.

Bürgschaft (fidejussio) ist ein Vertrag, wodurch sich jemand dem Andern verpflichtet, ihm in dem Falle, wenn sein Schuldner nicht zahlen würde, an dessen Stelle Zahlung zu leisten.

1. Aus dem angegebenen Begriffe der Bürgschaft folgt, daß der Bürge sogleich, wenn der Hauptschuld-

schuldner nicht zur gehörigen Zeit zahlt, zur subsidiarischen Zahlung angehalten werden könne. Nur wenn die Bürgschaft auf den Fall, daß der Schuldner nicht würde zahlen können, eingegangen ist, steht dem Bürgen die Befugniss zu, die Zahlung solange zu verweigern, bis alle zweckdienliche Zwangsmittel gegen den Hauptschuldner umsonst versucht worden sind. — Das (neuere) Röm. Recht betrachtet in der Regel jede Bürgschaft aus dem letztern Gesichtspunkte; daher die *Rechtswohlthat der Vorausklage* (*beneficium ordinis s. excussionis*).

2. In der Bürgschaft an sich liegt keine Verpflichtung des Hauptschuldners, den Bürgen wegen der dem Gläubiger geleisteten Zahlung zu entschädigen. (Daher ist nach Röm. R. Cession der Hauptschuld an den Bürgen nöthig, wenn sich dieser nicht auf ein Mandat oder eine Geschäftsführung berufen kann, um von dem Hauptschuldner die Wiedererstattung dessen, was an den Gläubiger gezahlt worden ist, zu erhalten.) Hat aber der Hauptschuldner dem Bürgen Entschädigung versprochen, so kann auch für dieses Versprechen wiederum Bürgschaft geleistet werden.

§. 246.

Der *Pfandvertrag* (*pactum pignoratitium*) ist ein Vertrag, wodurch jemand einem Gläubiger das Recht überträgt, sich im Falle der Nichtzahlung durch Veräußerung einer bestimmten Sache schadlos zu halten. Dieses Recht heisst das *Pfand-*

recht, und der Gläubiger, dem es eingeräumt wird, der *Pfandgläubiger*.

1. Das Pfandrecht ist ein dingliches Recht, d. h. es kann gegen jeden Besizer der verpfändeten Sache geltend gemacht werden, weil jeder neue Besizer nicht mehr Recht an der Sache durch Uebertragung erhalten kann, als der Uebertragende selbst daran hatte.
2. Die Einräumung eines Pfandrechts geschieht entweder mit oder ohne Uebergabe der verpfändeten Sache an den Gläubiger — *Pfand im eigentlichen Sinne, Faustpfand; Hypothek*.
3. Gebrauchen darf der Gläubiger die ihm verpfändete Sache nicht, wenn ihm nicht der Gebrauch derselben durch einen besondern Vertrag eingeräumt worden ist, z. B. bey einem Darlehn statt der Zinsen (*antichresis*).

§. 247.

Rechte und Verbindlichkeiten aus einem Vertrag werden durch einen neuen Vertrag entweder bloß aufgehoben, oder es wird zugleich ein neues Vertragsverhältniß an die Stelle des vorigen gesetzt. Das erstere geschieht theils durch den *Erlassungsvertrag* (*pactum remissorium*) wodurch der eine Theil den andern von der gegen ihn übernommenen Verbindlichkeit entbindet, theils durch eine Uebereinkunft, wodurch beyde Theile einander von der in einem gegenseitigen Vertrag übernommenen Verbindlichkeit entbinden (*mutuus dis-*
sen-

sensus). Das letztere erfolgt, wenn entweder das Object der Verbindlichkeit, oder die Person des Verpflichteten oder die Person des Berechtigten abgeändert wird. Dahin gehört Novation, Delegation und Cession.

Compensation d. h. gegenseitige Aufhebung einer wechselseitigen Schuld setzt einen doppelten Erlassungsvertrag voraus. Das Naturrecht kennt daher (so wie das ältere Röm. Recht bey den *contractibus stricti juris*) keine *nothwendige Compensation*.

§. 248.

Novation im weitern Sinne ist ein Vertrag, wodurch die bisherige Verbindlichkeit in eine neue verwandelt wird; die Verwandlung mag nun das Object oder das Subject der Verbindlichkeit betreffen. *Novation im engern Sinn* ist ein Vertrag, wodurch der Schuldner zu einem andern Gegenstand oder einer andern Art von Leistung, als vorher bestimmt war, sich verpflichtet.

Ein Vergleich (*transactio*) d. h. ein Vertrag, wodurch ein Streit oder Zweifel über Rechte durch wechselseitiges Geben oder Erlassen gehoben wird, ist entweder als Novation oder Erlassungsvertrag zu betrachten.

§. 249.

Delegation ist ein Vertrag, durch welchen jemand sich einem Gläubiger verpflichtet, die Ver-

bindlichkeit seines bisherigen Schuldners an dessen Stelle zu übernehmen, so, daß der Gläubiger zugleich dem bisherigen Schuldner seine Verbindlichkeit erläßt.

1. Delegiren heißt soviel als substituiren. Der bisherige Schuldner wird der *Delegant*, der neue Schuldner der *Delegat*, der Gläubiger der *Delegatar* genannt.
2. Die Delegation enthält einen doppelten Vertrag, und unterscheidet sich hierin von der *Expromission*, wodurch jemand einen Gläubiger anspricht, statt seines Schuldners Zahlung zu leisten, ohne daß zugleich der Gläubiger diesen von der bisherigen Verbindlichkeit für entbunden erklärt. Expromission ist nach dem Naturrecht keine Tilgungsart einer Verbindlichkeit, weil ein bestehendes Vertragsverhältniß ohne Einwilligung beyder Theile nicht abgeändert werden kann (§. 207.).
3. *Afsignation* ist ein Vertrag, wodurch ein Schuldner seinen Gläubiger bevollmächtigt, bey einem Dritten die Leistung in Empfang zu nehmen. Leistet der Dritte (*Afsignat*) nicht, so kann sich der Gläubiger (*Afsignator*) immer noch an seinen Schuldner (den *Afsignanten*) halten. Anweisung ist keine Zahlung.

§. 250.

Cession ist ein Vertrag, durch welchen jemand sein persönliches Recht gegen einen andern, mit dessen Einwilligung, auf einen Dritten überträgt.

1. Der

1. Der bisherige Gläubiger heisst der *Cedent*, der neue Gläubiger der *Cessionar*, derjenige, dessen Schuld abgetreten wird, der *cedirte Schuldner* (*debitor cessus*).
 2. Die Cession beruht nach dem Naturrecht auf einem doppelten Vertrag, weil zur Gültigkeit derselben die Einwilligung des Schuldners, einem andern als dem bisherigen Gläubiger zu leisten, erforderlich ist; das Gegentheil wäre einseitige Abänderung des zwischen beyden Theilen bestehenden Vertragsverhältnisses (§. 207.).
-

Zweyte Unterabtheilung.

Natürliches Gesellschaftsrecht.

Erstes Kapitel.

Von den Gesellschaften überhaupt.

§. 251.

Gesellschaft im formellen Sinn ist das rechtliche Verhältniss mehrerer Menschen, die sich zu Erreichung eines gemeinschaftlichen Zwecks gegenseitig verpflichtet haben. Jeder einzelne von ihnen heisst ein *Mitglied der Gesellschaft*, *Gesellschafter* (*membrum societatis, socius*), und der Inbegrif derselben heisst *Gesellschaft im materiellen Sinne*.

1. Das zufällige d. h. durch keine Verpflichtung zu einem gemeinschaftlichen Zweck bestimmte Beyeinanderseyn mehrerer Menschen ist keine Gesellschaft im rechtlichen Verstande.
2. Jeder, der nicht Mitglied einer Gesellschaft ist, heisst

heißt in Beziehung auf dieselbe ein *Auswärtiger* (*extraneus*).

§. 252.

Eine Gesellschaft heißt *einfach*, wenn sie aus einzelnen Individuen besteht, *zusammengesetzt*, wenn ihre Mitglieder selbst wieder Gesellschaften sind. Zum Begriff einer zusammengesetzten Gesellschaft gehört, daß die mehrern Gesellschaften, woraus sie besteht, sich zu einem gemeinschaftlichen Zweck vereinigt haben.

Sind die Mitglieder einer Gesellschaft alle zugleich Mitglieder einer andern Gesellschaft, ohne daß zwischen beyden Gesellschaften ein gemeinschaftlicher Zweck vorhanden ist, so existiren dieselben nur nebeneinander, ohne mit einander Eine Gesellschaft auszumachen. *Societas societatem pervadit.*

§. 253.

Dasjenige, was durch die gemeinschaftlichen Bemühungen der Gesellschaftsglieder bewirkt werden soll, macht das *gemeine Beste* (*Bonum publicum*) der Gesellschaft aus. Der Zustand, in welchem das gemeine Beste ohne Hinderniß erreicht werden kann, oder: der Zustand der ungehinder-ten Erreichbarkeit des Gesellschaftszweks heißt das *Wohl der Gesellschaft* (*salus societatis*).

Gesellschaftliche Angelegenheiten sind die besondere Zwecke einer Gesellschaft, welche dem Hauptzweck untergeordnet sind, und sich zu demselben wie Mittel verhalten.

§. 254.

§. 254.

Ursprünglich hat kein Mensch das Recht, andere zu Beförderung seines Zwecks gegen ihren Willen zu bestimmen; mithin beruht jede Gesellschaft auf einem Vertrag, wodurch für jeden Einzelnen die Verbindlichkeit, zur Beförderung des gemeinschaftlichen Zwecks mitzuwirken, und das Recht von allen übrigen, die Mitwirkung zu demselben zu fordern, entsteht. Dieser Vertrag, wodurch die Gesellschaft ihre *Existenz* erhält, heißt der *Vereinigungsvertrag* (*pactum unionis*.)

Diejenigen, welche den Vereinigungsvertrag nicht mit eingegangen haben, können nur durch einen besondern Vertrag Mitglieder der Gesellschaft werden. Dieser Vertrag heißt der *Aufnahmevertrag* (*pactum receptionis*). Soweit dieser Vertrag die Rechte und Verbindlichkeiten der später eintretenden Mitglieder nicht besonders bestimmt, treten in Ansehung derselben die Bestimmungen des Vereinigungsvertrags ein.

§. 255.

Insoferne durch den Zweck der Gesellschaft die Art und Weise, wie derselbe durch gemeinschaftliche Thätigkeit bewirkt werden soll, nicht von selbst nothwendig bestimmt ist, muß solche durch einen besondern Vertrag festgesetzt werden. Dieser Vertrag, wodurch die Gesellschaft eine bestimmte *Form* erhält, heißt der *Verfassungsvertrag* (*pactum ordinationis*.)

Ver-

Verfassung einer Gesellschaft im weitem Sinne heisst der Inbegriff der in Beziehung auf den gemeinschaftlichen Zweck bestehenden Einrichtungen. Diejenige Einrichtung, von welcher die übrigen Einrichtungen der Gesellschaft abhängen, wird ihre *Grundverfassung* (*Constitution*) genannt.

§. 256.

Die Mitglieder einer Gesellschaft machen in Rücksicht auf ihre Vereinigung eine *moralische Person* aus. Eine solche moralische Person hat alle Rechte einer physischen Person, welche mit dem Begriff eines collectiven Subjects von Rechten vereinbar sind.

§. 257.

Die Rechte einer Gesellschaft sind ihrer Materie nach 1) solche, welche der Gesellschaft gegen ihre Mitglieder zustehen — *innere* Rechte der Gesellschaft (*jura societatis immanentia*). Der Inbegriff derselben heisst das *einheimische* Gesellschaftsrecht (*jus soc. domesticum*). 2) Solche, welche zwischen der Gesellschaft und andern Menschen ausser derselben Statt haben — *äussere* Rechte der Gesellschaft (*jura societ. transeuntia*). Der Inbegriff derselben heisst das *auswärtige* Gesellschaftsrecht (*jus soc. extraneum*).

§. 258.

Das einheimische Gesellschaftsrecht ist im
All-

Allgemeinen das Recht der Gesellschaft, von ihren Mitgliedern diejenigen Handlungen zu fordern, welche entweder aus der Natur des gemeinschaftlichen Zwecks sich nothwendig ergeben, oder durch besondere Verabredungen festgesetzt sind.

§. 259.

Das auswärtige Gesellschaftsrecht beruht auf dem Verhältnisse der Gesellschaft als einer moralischen Person zu Auswärtigen, und besteht daher in dem *Rechte der gesellschaftlichen Persönlichkeit*. Difs ist das Recht, als Gesellschaft zu existiren, und unabhängig von allen Auswärtigen, für den gemeinschaftlichen Zweck thätig zu seyn.

§. 260.

In Ansehung ihrer Entstehungsart sind die Rechte einer Gesellschaft entweder *ursprüngliche*, welche mit der Gesellschaft selbst wirklich sind, oder *erworbene*, welche der Gesellschaft nur zufolge besonderer Thatfachen zustehen.

Zu den erstern gehören diejenigen, welche die Mitglieder der Gesellschaft sogleich bey ihrer Vereinigung unter sich festgesetzt haben, oder welche sich aus dem Hauptzwek der Gesellschaft als nothwendige Folgen ergeben, und aus diesem Grunde von Anfang an mit der Gesellschaft selbst wirklich sind. Leztre werden auch *wesentliche* Rechte der Gesellschaft oder gesellschaftliche Rechte im engern Sinne (*jura societatis socialia*) genannt.

§. 261.

§. 261.

Das allgemeine ursprüngliche Recht einer Gesellschaft, der Verfassung gemäß dasjenige, was in Beziehung auf den gemeinschaftlichen Zweck geschehen soll, unter sich festzusetzen und zur Wirklichkeit zu bringen, heißt die *Gesellschaftsgewalt* (*potestas socialis*). Die Ausübung dieser Gewalt wird die Regierung der Gesellschaft (*Regimen societatis*) genannt.

In einem weitem Sinne versteht man unter Gesellschaftsgewalt den Inbegriff aller Rechte einer Gesellschaft.

§. 262.

Die Gesellschaftsgewalt enthält zwey Hauptbestandtheile: die *anordnende* oder *verfügende* Gewalt (*potestas rectoria*) und die *ausübende* oder *vollziehende* Gewalt (*potestas executoria*). Ein nothwendiges Mittel, diese beyden Gewalten auszuüben, ist das *Recht der Aufsicht* (*potestas inspectoria*) d. h. das Recht, von allem demjenigen, was auf den Zweck der Gesellschaft Beziehung hat, Nachricht einzuziehen.

§. 263.

Dasjenige, was alle einzelne Mitglieder der Gesellschaft als den für sie verbindlichen Willen der Gesellschaft anzuerkennen schuldig sind, heißt der *allgemeine Wille*, der *Gesamtwille* der Gesellschaft.

schaft. Ursprünglich ist dieser nichts anders als der wirkliche Wille der sämtlichen Mitglieder. Soll daher der allgemeine Wille von dem Willen aller Einzelnen verschieden seyn können, so muß dies durch einen besonderen Vertrag, welcher als ein Verfassungsvertrag zu betrachten ist (§. 255.), festgesetzt werden.

Diejenige Einrichtung einer Gesellschaft, vermöge deren es möglich ist, daß etwas als rechtlicher Wille der Gesellschaft gilt, was nicht alle einzelne Mitglieder derselben wirklich gewollt haben, heißt *Verfassung im engeren Sinne*.

§. 264.

Eine Gesellschaft, worin allen Mitgliedern das Recht der unmittelbaren Theilnahme an Bestimmung des Gesellschaftswillens zusteht, heißt eine *gleiche* Gesellschaft. Im entgegengesetzten Falle wird die Gesellschaft eine *ungleiche* genannt.

Mit der Gleichheit oder Ungleichheit einer Gesellschaft ist die Gleichförmigkeit oder Ungleichförmigkeit derselben nicht zu verwechseln.

§. 265.

Der erklärte Gesamtwille einer Gesellschaft in Ansehung eines bestimmten Gegenstands heißt *Gesellschaftsschluss* (*conclusum societatis*); die Willenserklärung eines einzelnen Mitgliedes in Rücksicht auf den abzufassenden Gesellschaftsschluss heißt *Stimme* (*votum, suffragium*). Das *Stimmrecht*

recht (*jus votandi, jus suffragii*) ist das Recht, seine Stimme mit der Wirkung zu geben, dafs darauf bey Abfassung des Gesellschaftschlusses Rücksicht genommen werden mufs.

Eine blos *rathgebende* Stimme (*votum consultativum*) im Gegensatz einer *entscheidenden* (*votum decisivum*) ist keine Stimme im rechtlichen Sinne.

§. 266.

In einer gleichen Gesellschaft steht jedem Mitglied ein Stimmrecht zu; jedoch hört die Ausübung dieses Rechts in einem einzelnen Fall auf (*die Stimme ruht*), wenn ein Mitglied zu Abfassung des Gesellschaftschlusses nicht mitwirken kann, oder nicht mitwirken will, oder nicht mitwirken darf. Dahin gehört 1) wenn der Gegenstand der Berathschlagung ein Mitglied selbst betrifft, weil alsdann der Wille desselben blos als Privatwille, nicht als constituirender Theil des allgemeinen Willens betrachtet werden kann. 2) Wenn ein Mitglied sich seines Stimmrechts ausdrücklich oder stillschweigend begibt. 3) Wenn ein Mitglied eine solche Handlung begangen hat, womit nach der Verfassung der Gesellschaft der Verlust des Stimmrechts auf eine Zeitlang verknüpft ist (*suspensio à voto*).

§. 267.

Solange der Beschluss noch nicht abgefasst
ist,

ist, kann jedes Mitglied seine Stimme wieder ändern; denn bis dahin ist die Stimme jedes einzelnen Mitglieds eine einseitige Willenserklärung, welche den Erklärenden nicht bindet.

§. 268.

Die Art, wie die Stimmen abgegeben werden, hängt von der Verfassung der Gesellschaft ab. In dieser Rücksicht unterscheidet man *Viril-* und *Curiat-* Stimmen, je nachdem die Stimmen von sämtlichen Mitgliedern einzeln oder von mehrere zusammen genommen, denen miteinander nur Eine Stimme zusteht, abgelegt werden.

§. 269.

Die Stimmen sind in Rücksicht auf das Verhältniß ihrer Zahl zur Zahl der votirenden Mitglieder entweder *einhellig* (*vota unanimia*), wenn sämtliche Mitglieder zu einem abzufassenden Schluss übereinstimmen, oder *getheilt* (*vota divisa*), wenn eine solche allgemeine Uebereinstimmung nicht vorhanden ist. Im letztern Falle sind sie entweder *gleich getheilt* (*vota paria*), wenn eben so viele Stimmen für eine Bestimmung des abzufassenden Gesellschafts schlusses vorhanden sind als für eine andere, oder *ungleich getheilt* (*vota imparia*), wenn für eine Bestimmung des abzufassenden Gesellschafts schlusses mehr Stimmen vorhanden sind als für eine andere (*vota majora et minora*).

§. 270.

§. 270.

Die Stimmenmehrheit ist *absolut*, wenn von zwey entgegengesetzten Bestimmungen des abzufassenden Gesellschaftschlusses für die eine mehr als die Hälfte aller Stimmen vorhanden ist; *relativ*, wenn von mehr als zwey entgegengesetzten Bestimmungen des abzufassenden Gesellschaftschlusses sich mehr Mitglieder für die eine erklären, als für jede andere einzeln genommen.

§. 271.

Durch Stimmenmehrheit kommt nur dann ein Gesellschaftschluß zu Stande, wenn dies durch einen besondern Vertrag festgesetzt ist. Außerdem muß Stimmeneinhelligkeit vorhanden seyn, weil ursprünglich der Gesamtwille der Gesellschaft von dem Willen aller Einzelnen nicht verschieden ist (§. 263.), mithin ohne eine besondere Uebereinkunft die mehrern Stimmen zu Bewirkung des Gesellschaftschlusses nicht hinreichend sind.

1. Da Stimmenmehrheit ursprünglich nicht gilt, so kann sie nur durch Stimmeneinhelligkeit eingeführt werden.
2. Durch Einführung der relativen Stimmenmehrheit ist auch die absolute eingeführt, aber nicht umgekehrt.
3. Die vernünftigere, bessere Stimmen (*vota saniora*) haben kein rechtliches Uebergewicht, weil über den innern Gehalt einer Stimme keinem

nem Mitglied ein Entscheidungsrecht gegen das andere zusteht. *Vota non debent ponderari, sed numerari.*

4. Wenn ein Beschluss durch Stimmenmehrheit zu Stande kommt, so sind diejenige Mitglieder, welche die Minorität ausmachen, rechtlich so zu betrachten, als hätten sie wirklich eingewilligt. Die Persönlichkeit der Gesellschaft ist in der jedesmaligen Majorität vollständig vorhanden.

§. 272.

Die rechtliche Wirkung der Stimmenmehrheit erstreckt sich nur auf solche Angelegenheiten, bey welchen jedes Mitglied als dem Gesellschaftswillen unterworfen angesehen werden kann; sie gilt also nicht in solchen Sachen, welche die Rechte der Einzelnen (*jura singulorum*) betreffen. Es kann daher durch Stimmenmehrheit nichts festgesetzt werden, was entweder den Rechten eines Mitglieds an der Gesellschaft selbst oder den Rechten desselben außer seinem Verhältniß zu der Gesellschaft entgegen wäre.

Eine merkwürdige Anwendung dieses naturrechtlichen Sazes findet sich im Westphäl. Frieden Art. V. §. 52. „*In omnibus negotiis, ubi status tanquam unum corpus considerari nequeunt, sola amicabile compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.*“

§. 273.

Sind in einer Gesellschaft, worin die absolute
Stim-

Stimmenmehrheit eingeführt ist, die Stimmen gleich getheilt, so kommt kein Beschluß zu Stand, sondern die Sache bleibt in der Lage, worin sie vorher war (*decisio per calculum Minervae*). Eine Ausnahme ist alsdann, wenn ein Mitglied vorhanden ist, welchem verfassungsmäßig das Recht zusteht, durch seine Willenserklärung im Fall einer Stimmengleichheit den Gesellschaftsschluß zu bestimmen.

1. Eine Willenserklärung, wodurch die Wirkung der Stimmengleichheit aufgehoben wird, heißt *entscheidende Stimme im engeren Sinne*. Entscheidend im weiteren Sinn ist jede Stimme, insofern solche der sogenannten rathgebenden Stimme entgegengesetzt wird (§. 265. Anm.).
2. Ueber den *Calculus Minervæ* f. *Joh. Ulr. de Cramer Pr. Calculo Minervæ suos terminos vindicans. Marb. 1733. Opp. Tom. II. num. XVIII. Aug. Corn. Stockmann de calculo Minervæ. Sect. II. Lips. 1796.*

§. 274.

Das Subject, welchem die Regierung einer Gesellschaft (§. 261.) zusteht, heißt der *Regent* der Gesellschaft (*rector societatis*.) Ist dieses Subject eine von der Gesellschaft verschiedene (physische oder moralische) Person, so heißt solches das *Oberhaupt* der Gesellschaft, und das Recht desselben wird *Oberherrschaft* (*imperium societatis*) genannt.

§. 275.

§. 275.

Ursprünglich steht die Regierung nur der ganzen Gesellschaft zu; soll sie also einem von der Gesellschaft verschiedenen Subjecte zukommen, so muß sich das Recht desselben auf einen besondern Vertrag, welcher der *Unterwerfungsvertrag* (*pactum subjectionis*) genannt wird, gründen.

Eine Gesellschaft, worin Oberherrschaft eingeführt ist, ist eine ungleiche Gesellschaft (§. 264.).

§. 276.

In Beziehung auf den Oberherrn sind die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft *Unterthanen*, und als solche verbunden, den Willen desselben als den allgemeinen Willen der Gesellschaft anzuerkennen.

§. 277.

Die Oberherrschaft ist *ihrer Natur nach* eingeschränkt durch den Zweck und die Verfassung der Gesellschaft. Der Oberherr kann also nichts verfügen, was mit dem Zweck der Gesellschaft in keiner Verbindung steht, oder den Rechten der einzelnen Mitglieder an der Gesellschaft entgegen ist.

§. 278.

Die Oberherrschaft ist *positiv* eingeschränkt, wenn bey Ausübung derselben andere, durch die

Gros Naturrecht.

K

Vere

Verfassung bestimmte, Personen durch ihre Einwilligung mitzuwirken befugt sind. Solche Personen sind, in Ansehung ihrer verfassungsmässigen Mitwirkung bey Ausübung der Oberherrschaft, von dem Oberherrn völlig unabhängig,

§. 279.

Die Oberherrschaft beruht auf einem Vertrag; sie kann also weder dem Oberherrn entzogen, noch von ihm niedergelegt werden, aufser in solchen Fällen, worinn überhaupt die rechtliche Wirkung eines Vertrags aufhört.

§. 280.

Diejenigen, welche zu Besorgung bestimmter gesellschaftlicher Angelegenheiten fortdaurend bevollmächtigt, und hiebey von dem Regenten abhängig sind, heissen *Beamte* der Gesellschaft. Sie werden insbesondere *Repräsentanten* der Gesellschaft genannt, wenn sie die äussere Rechte derselben zu verwalten haben. Ist ihnen die Leitung und Anordnung der Geschäfte, welche die Gesellschaft betreffen, im Allgemeinen übertragen, so heissen sie *Directoren* oder *Vorsteher* der Gesellschaft.

§. 281.

Eine Gesellschaft kann entweder blos auf eine bestimmte Zeit oder ohne Bestimmung ihrer Dauer

Dauer eingegangen werden. Im ersten Falle heist sie eine *temporäre*, im zweyten eine *beständige* Gesellschaft (*societas perpetua*).

1. Die Dauer einer temperären Gesellschaft kann sowohl ausdrücklich als stillschweigend (durch die Natur ihres Zweks) bestimmt seyn.

2. *Ewige* Gesellschaften (*soc. aeternae* s. *immortales*) werden diejenigen genannt, welche durch immerwährenden Eintritt neuer Mitglieder in die Stelle der abgehenden fortdauern. Die Eingehung einer ewigen Gesellschaft ist nur insoferne denkbar, als die sich vereinigenden Mitglieder darüber *miteinander übereinkommen*, daß sie den Zutritt neuer Mitglieder immerfort zulassen oder durch alle rechtmässige Mittel befördern wollen.

§. 282.

Der Grund, warum eine Gesellschaft aufhört, liegt theils in der Art ihrer ursprünglichen Vereinigung, wenn die Zeit, auf welche sie eingegangen war, verfloßen, ihr Zweck erreicht, oder die festgesetzte Bedingung ihrer Auflösung eingetreten ist; theils in einem nachherigen Erfolg, wenn entweder alle Mitglieder in die Aufhebung der Gesellschaft einwilligen, oder die Erreichung ihres Zweks unmöglich wird.

§. 283.

Aus einer Gesellschaft, die auf eine ausdrücklich oder stillschweigend bestimmte Zeit eingegan-

gen ist, kann kein einzelnes Mitglied einseitig heraustreten, wenn es sich diese Befugniss nicht besonders vorbehalten hat. Insoferne hingegen bey einer beständigen Gesellschaft (§. 281.) nicht angenommen werden kann, daß jedes einzelne Mitglied sich zur immerwährenden Theilnahme am Vereine verpflichtet habe, steht es jedem frey, die Gesellschaft zu verlassen, wenn nur die noch in die Zeit seiner Theilnahme fallenden Verbindlichkeiten von ihm erfüllt werden.

§. 284.

Kein Mitglied kann aus einer Gesellschaft wider seinen Willen ausgeschlossen werden; das Recht eines jeden zur Theilnahme an der Gesellschaft dauert solange, als diese selbst besteht, wenn nicht die Aufnahme bloß auf eine Zeitlang oder unter einer resolutiven Bedingung (wohin auch die durch die Verfassung bestimmte Strafe der Ausschliefung zu rechnen ist) geschehen war. Außerdem ist die Gesellschaft befugt, einem Mitgliede, welches seine Verbindlichkeiten gegen die Gesellschaft nicht erfüllt, die Theilnahme an den Rechten eines Gesellschaftsmitglieds zu verweigern.

§. 285.

Unter den vielen an sich möglichen Privatgesellschaften zeichnen sich zwey Verbindungen durch ihre Wichtigkeit für die Cultur der Mensch-

heit

heit vorzüglich aus, und werden defswegen in dem natürlichen Gesellschaftsrechte besonders abgehandelt. Diese sind: die Ehe und die Kirche.

Gewöhnlich macht man die sogenannten *häuslichen* und die kirchlichen Gesellschaften zum Gegenstand des besondern Gesellschaftsrechts, und begreift unter den erstern nicht nur die Ehe, sondern auch das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern und zwischen Herrn und Diener. Allein die beyden leztern Verhältnisse sind keine Gesellschaften, weil weder dem einen noch dem andern ein gemeinschaftlicher Zwek zum Grunde liegt.

Zweytes Kapitel.

V o n d e r E h e.

§. 286.

Die *Ehe* (*matrimonium, conjugium*) ist eine zwischen Personen verschiedenen Geschlechts zu ausschließender naturgemäßer Befriedigung des Geschlechtstrieb's eingegangene Gesellschaft.

Man muß nicht vergessen, daß hier von der Ehe nur in rechtlicher, nicht in moralischer oder anderer Hinsicht die Rede ist.

§. 287.

Die Ehe kann, wie jede Gesellschaft, nur durch einen Vertrag (*Ehevertrag, pactum matrimoniale*) eingegangen werden.

Der Unterschied zwischen dem Ehevertrag und dem Eheverlöbniß (*Sponsalia*) bezieht sich auf

Förm-

Förmlichkeiten, womit nach positiven Gesezen die Erklärung der ehelichen Einwilligung geschehen muß. Nach dem Naturrecht ist das Eheverlöbniß nur als ein Ehevertrag, dessen Vollziehung noch aufgeschoben werden soll, zu betrachten.

§. 288.

Aufser dem auf Befriedigung des Naturtriebs beyder Geschlechter bezogenen Hauptzwek der Ehe können noch besondere Zweke (Nebenzweke) Statt haben, deren rechtliche Gültigkeit davon abhängt, daß sie nicht rechtswidrig und nicht dem Hauptzwek der Ehe entgegen feyen.

Die Nebenzweke können sich theils auf die sich vereinigende Personen selbst — gegenseitige Beyhülfe; theils auf die Wirkungen ihrer Vereinigung — Erzeugung und Erziehung der Kinder beziehen.

§. 289.

Monogamie ist eine einfache Ehe eines Mannes mit einem Weibe; *Polygamie* ist eine mehrfache gleichzeitige Ehe entweder eines Mannes mit mehrern Weibern (*Polygynie*) oder eines Weibes mit mehrern Männern (*Polyandrie*) oder mehrerer Männer mit mehrern Weibern (*Gemeinschaft der Weiber*). Alle diese Arten von ehelicher Gesellschaft sind rechtlich möglich, weil dadurch an sich der gesezlichen Freyheit anderer nicht entgegen gehandelt wird.

Kants Behauptung, daß die Monogamie allein
recht-

rechtmäßig sey (Rechtslehre I. Th. II. Hauptst. 3. Abschn. §. 25. 26.) beruht auf der unerwiesenen und unerweislichen Voraussetzung, daß eine Person, die einer andern den Gebrauch ihrer Geschlechtsorgane gestattet, sich selbst zur Sache mache. Wenn aber auch diese Voraussetzung als richtig angenommen würde, so liefse sich doch, was die daraus gezogene Folgerung betrifft, nicht absehen, wie eine Verbindung, welche auf den Gebrauch der Geschlechtsorgane des andern eingegangen wird, dadurch sollte rechtmäßig werden können, daß dieser Gebrauch und das darin (nach der Voraussetzung) liegende Hingeben seiner Person als Sache wechselseitig und auf beyden Seiten gleich ist? Mit andern Worten: wie dadurch, daß beyde sich gegenseitig zur Sache machten, die Persönlichkeit eines jeden von ihnen wieder hergestellt werden sollte?

§. 290.

Hindernisse der Ehe sind 1) Unfähigkeit zur Erfüllung des ehelichen Zwecks. 2) Ein bereits erworbenes Recht eines Dritten, welches durch Eingehung der Ehe gekränkt würde z. B. eine bereits eingegangene monogamische Verbindung.

Es ist an sich nicht rechtswidrig, mit den nächsten Blutsverwandten eine Ehe einzugehen, weil dadurch die Freyheit Aller nach einem allgemeinen Gesez nicht unmöglich gemacht wird. — Der wichtigste politische Grund der positiven Eheverbote wegen naher Verwandtschaft ist die Absicht, der Unzucht und frühen Verführung in dem vertrauten Familienumgange vorzubeugen.

§. 291.

§. 291.

Die Ehe kann, wie jede Gesellschaft, auf bestimmte oder unbestimmte Zeit eingegangen werden.

Der Unterschied zwischen *Concubinatus* und Ehe beruht blos auf positiven Bestimmungen.

§. 292.

Die Verbindlichkeiten der Ehegatten gegen einander werden durch den Ehevertrag bestimmt; diejenigen, welche sich auf den wesentlichen Zweck der Ehe beziehen, werden unter dem Namen der *ehelichen Pflicht im engern Sinne* begriffen, und bestehen theils in wechselseitiger Gewährung des Beyschlafs, theils in Enthaltung von dem Beyschlaf mit andern Personen. Die Erfüllung der ehelichen Pflicht in der letztern Rücksicht heisst *eheliche Treue im engern Sinne*, und die Verletzung derselben *Ehebruch (adulterium)*.

Die engere Bedeutung, welche durch den Sprachgebrauch der ehelichen Pflicht, der ehelichen Treue und dem Ehebruch (worunter im Allgemeinen jede Verletzung der durch den Ehevertrag bestimmten Verbindlichkeiten verstanden werden kann) beygelegt wird, dient zur Rechtfertigung des (§. 286.) angegebenen naturrechtlichen Begriffs der Ehe. Dieser Sprachgebrauch ist um so merkwürdiger, da das positive Recht Erzeugung und Erziehung der Kinder, nebst wechselseitiger Beyhülfe, zum Zweck der Ehe macht.

§. 293.

§. 293.

In der Natur der ehelichen Gesellschaft liegt kein Grund zu einer Oberherrschaft des einen Ehegatten über den Andern.

§. 294.

Aufhebung der Ehe (*Ehescheidung, divortium*) erfolgt auf eben die Art, wie die Aufhebung einer Gesellschaft überhaupt. Außerdem ist die Verletzung der ehelichen Pflicht im engeren Sinne (§. 292.) ein Grund für den gekränkten Ehegatten zur einseitigen Trennung der Ehe, weil hier der Natur der Sache nach, weder Leistung noch Ersatz möglich ist.

Drittes Kapitel.

Von der Kirche.

Moses Mendelssohn Jerusalem. Berlin 1783.

Zöllner über Moses Mendelssohn Jerusalem. Berlin 1783.

Versuch eines natürlichen Kirchenrechts aus der Natur des Begriffs Kirche entwickelt. Berlin 1799.

§. 295.

Gottesdienst ist der Inbegriff von Handlungen, welche zur sinnlichen Darstellung religiöser Ueberzeugungen und Gefühle dienen.

§. 296.

Kirche im rechtlichen Sinne, Religionsgesellschaft
(eccle-

(*ecclesia*) ist eine Gesellschaft von Menschen, welche sich zu gemeinschaftlicher Begehung des Gottesdienstes vereinigt haben.

Wenn man auch der Eintheilung des Gottesdienstes in *innere* und *äussere* Realität zugesteht, so kann doch nur der letztere als Zweck der Kirche, welche mit dem Endzweck der Mitglieder der Kirche nicht zu verwechseln ist, angesehen werden.

§. 297.

Eine Kirche ist praktisch möglich; denn jeder ist befugt, zu Beförderung seiner Zwecke überhaupt, mithin auch zu Beförderung seiner religiösen Zwecke, sich mit Andern zu verbinden. Sie entsteht, wie jede Gesellschaft, nur durch einen Vertrag (*kirchlicher Vereinigungsvertrag*).

§. 298.

Gemeinschaftlicher Gottesdienst setzt gemeinschaftliche religiöse Ueberzeugungen bey den Mitgliedern der Kirche voraus. Die einzelnen Sätze, worin die Ueberzeugung der Mitglieder der Kirche übereinstimmt, heissen kirchliche Dogmen; der Inbegrif derselben wird das *Symbol der Kirche* genannt.

Der *Materie* nach ist in jeder Kirche ein Symbol vorhanden; die *formelle* Aufstellung eines kirchlichen Symbols aber kann eine doppelte Bestimmung haben: 1) auszudrücken, was jetzt die Mitglieder der Kirche für wahr halten — *kirchliche Con-*

Confession ; Glaubensbekenntniss. 2) wenn Lehrer angestellt sind, diesen eine (positive oder negative) Norm für ihren Lehrvortrag zu geben — *kirchlicher Lehrbegriff.*

§. 299.

Ein Vertrag, wodurch unabänderliche Ueberzeugung für die Zukunft versprochen wird, ist nichtig, weil unsere Ueberzeugung nicht von unserer Willkühr abhängt, mithin auch kein Gegenstand eines Versprechens seyn kann. Daher können die Mitglieder der Kirche durch keinen Vertrag ein unabänderliches Symbol unter sich festsetzen.

Da die Lehrer der Kirche eben so wenig als andere Mitglieder unabänderliche Ueberzeugung von gewissen Lehren geloben können, so kann der Religionseid der Lehrer nur einen zweyfachen Inhalt haben: 1) die Versicherung der gegenwärtigen Ueberzeugung. 2) das Versprechen, gewisse bestimmte Lehren, oder wenigstens nichts, was ihnen entgegen wäre, vorzutragen. Hat der Religionseid die zweyte Bedeutung, so ist es dem Rechte nach nicht nothwendig, daß der Lehrer selbst auch von den Sätzen, welche ihm zur positiven oder negativen Norm seines Vortrags dienen, überzeugt sey oder bleibe. Nur wenn die eigene Ueberzeugung des Lehrers die Bedingung ausmacht, unter welcher ihm der Auftrag der Belehrung ertheilt worden ist, hört dieser Auftrag auf, wenn der Lehrer eine veränderte Ueberzeugung äussert.

§. 300.

Insofern die Kirchengemeinschaft gewisse religiöse Ueberzeugungen, worin sämmtliche Mitglieder der Kirche mit einander übereinstimmen, voraussetzt (§. 298.), kann kein Mitglied sich verpflichten, in derselben Kirche immer zu bleiben (§. 299.).

§. 301.

Wenn sich mehrere einfache kirchliche Gesellschaften zu gleichförmiger Begehung des Gottesdiensts mit einander verbinden, so entsteht eine zusammengesetzte Kirche. Diese heisst eine *allgemeine* Kirche, und die einfachen, woraus sie besteht, werden *kirchliche Gemeinden*, oder *besondere Kirchen* genannt. Die besondern Kirchen verhalten sich zu der allgemeinen, wie die einzelnen Individuen zu der besondern.

§. 302.

Kirchengewalt (*potestas ecclesiastica*) im *weitem Sinne* ist der Inbegriff aller Rechte einer Kirche; *im engern Sinne* versteht man darunter das ursprünglich jeder Kirche zustehende Recht, dasjenige, was in Beziehung auf den kirchlichen Zweck geschehen soll, unter sich festzusetzen und zur Wirklichkeit zu bringen. Die Ausübung dieser Gewalt heisst das *Kirchenregiment* (*regimen ecclesiasticum*). (vergl. §. 261.)

Die

Die Kirchengewalt theilt sich wie die Gesellschaftsgewalt überhaupt in die *anordnende* und *vollziehende*; ein nothwendiges Mittel zu Ausübung derselben ist die *kirchliche Aufsicht* (*inspectio ecclesiastica*).

§. 303.

Die Kirchengewalt kann an dem Symbol nichts ändern, weil die Kirche selbst nur durch das Symbol besteht, mithin auch die Kirchengewalt durch dasselbe bestimmt und begrenzt ist.

§. 304.

Hingegen ist in der Kirchengewalt die Befugnis begriffen, die Hindernisse des kirchlichen Zwecks zu entfernen, und die zur Erreichung desselben erforderlichen Mittel anzuordnen; insbesondere enthält dieselbe das Recht, die Form des Gottesdiensts (*Liturgie*) festzusetzen (*jus liturgicum*).

1. Die Liturgie ist die Bestimmung der Art und Weise, wie der gemeinschaftliche Gottesdienst be-
gangen werden soll. Das Recht der Liturgie erstreckt sich nur auf dasjenige, was nicht durch das Symbol selbst bestimmt ist (*adiaphora*).

2. Kirchengesetze sind verbindliche Vorschriften, welche den Mitgliedern der Kirche durch die Kirchengewalt in Beziehung auf den kirchlichen Zweck gegeben werden.

3. Insoferne das Recht der *Büchercensur* als ein Bestandtheil der Kirchengewalt betrachtet wird, hat dasselbe nur gegen solche Bücher statt, wodurch
der

der Zwek der kirchlichen Gesellschaft unter ihren Mitgliedern gehindert wird, und kann daher nur gegen Volksschriften, nie aber gegen Schriften, die blos für das gelehrte Publicum bestimmt sind, ausgeübt werden.

§. 305.

Zur Kirchengewalt gehört auch das Recht, Beamte anzustellen. Diese haben entweder solche gesellschaftliche Angelegenheiten zu besorgen, welche bey jeder andern Gesellschaft vorhanden seyn können (z. B. Verwaltung des Kirchenvermögens) oder solche, die der kirchlichen Gesellschaft eigenthümlich sind. Unter die Beamten der leztern Art gehören diejenigen, welchen die Verrichtung gottesdienstlicher Gebräuche (*Priester*) oder die Belehrung und Erbauung der Mitglieder der Kirche übertragen ist (*Lehrer und Seelsorger*). Die kirchlichen Beamten sind immer der Kirchengewalt unterworfen und verantwortlich.

§. 306.

Ursprünglich ist die Kirche eine gleiche Gesellschaft, und der Gesamtwille derselben von dem wirklichen Willen ihrer einzelnen Mitglieder nicht verschieden. Soll daher Stimmenmehrheit in der Kirche gelten, oder die Ausübung der Kirchengewalt einem von der Kirche im Ganzen verschiedenen Subjecte zustehen, so ist dazu ein besonderer Vertrag (*kirchlicher Verfassungsvertrag*) erforderlich. Dasjenige

nige Subject, welchem von der Kirche die Ausübung der Kirchengewalt (durch den *kirchl. Unterwerfungsvertrag*) übertragen wird, heisst das *Oberhaupt* der Kirche, welches sowohl eine physische als moralische Person seyn kann.

Das Oberhaupt der Kirche kann keine andere Rechte haben, als welche in der Kirchengewalt begriffen sind, ist also auch nicht befugt, an dem Symbol, oder demjenigen, was durch das Symbol schon bestimmt ist, etwas abzuändern, und eben so wenig, Unabänderlichkeit desselben festzusetzen. s. *Gottl. Hufeland* über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen. Jena. 1788.

§. 307.

Nur durch den einstimmigen Willen sämmtlicher Mitglieder kann das Symbol der Kirche geändert werden; alsdann aber entsteht eine neue Kirche.

Bey der Frage: ob eine solche neue Kirche ihre vorigen Rechte behalte, ist zwischen ursprünglichen und erworbenen Rechten zu unterscheiden. Jene bestimmen sich von selbst nach dem neuen Vereinigungsvertrag; diese bleiben der neuen Kirche, wenn sie nicht unter der ausdrücklichen Bedingung des fortdauernden Bekenntnisses gewisser Lehren erworben worden sind.

Zweyter Haupttheil.

Das natürliche Staatsrecht.

Einleitung.

§. 308.

Der Staat ist nicht bloß als Maasregel der Klugheit oder Product der Noth zu betrachten; die Nothwendigkeit desselben läßt sich analytisch aus dem Begriffe des Rechts selbst entwickeln.

f. *Kant* Rechtslehre §. 42. 44.

§. 309.

Im Naturstand ist alles Eigenthum nur provisorisch; denn die Forderung der allgemeinen Anerkennung desselben ist nur verbindlich unter der Bedingung der Uebernahme gleicher Verbindlichkeit gegen jeden andern, wofür aber in jenem Zustande keine Gewährleistung vorhanden ist.

Die beyden Sätze: außer dem Staate gibt es kein Eigenthum, und: außer dem Staate ist alles Eigenthum nur provisorisch, dürfen nicht mit einander verwechslet werden. f. *Kant* Rechtslehre §. 8. 9.

§. 310.

Im Naturstand ist jeder sein eigener Richter. Ist nun zwischen zwey Menschen der Gegenstand ihres Rechts streitig, so erscheint der Wille eines jeden von ihnen in diesem Verhältniß als Privatwille,

wille, welcher als solcher dem Andern kein Gesetz auflegen kann. Mithin ist in jenem Zustande keine rechtliche Entscheidung, sondern nur Beendigung des Streits durch gütliche Uebereinkunft oder Gewalt möglich, mithin die Realisirung des Rechts dem Zufall überlassen.

§. 311.

Im Naturstand ist zwar das Recht des Beleidigten im Allgemeinen unbestimmbar; gleichwohl ist dasselbe in jedem einzelnen Falle durch die redliche Unterwerfung des Beleidigers unter das Rechtsgesetz begrenzt. Da nun die Redlichkeit der Unterwerfung nicht äußerlich erkennbar ist, der Beleidiger aber, nachdem er sich wirklich dem Rechtsgesetze wieder unterworfen hat, dem fortgesetzten Zwange des Beleidigten mit Recht widersteht, so ist in jenem Zustand immerwährende Gefahr endloser Feindseligkeiten vorhanden.

f. *Fichte* Grundlage des NaturRechts. 1 Th. S. 109. ff.

§. 312.

Ein Zustand, worin das Recht eines jeden ohne Sicherstellung dem Zufall und der Gewalt überlassen ist, ist mit der Freyheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetze unverträglich, mithin rechtswidrig.

§. 313.

Hierauf gründet sich die nothwendige Forderung des Rechtsgesezes, daß ein Zustand errichtet werde, worin das Recht eines jeden gesezlich bestimmt, und durch hinreichende äußere Gewalt gesichert sey.

§. 314.

Eine Gesellschaft, die zum Zweck hat, alle Rechte ihrer Mitglieder zu sichern, heist eine *bürgerliche Gesellschaft*. Eine Gesellschaft zu Sicherung aller Rechte ihrer Mitglieder durch eine öffentliche d. h. jede Privatgewalt überwiegende Gewalt heist ein *Staat* (*civitas, res publica*).

Wer Mitglied eines Staats ist, heist *Staatsgenosse, Bürger*; jeder Andre heist in Beziehung auf diesen Staat ein *Auswärtiger*.

§. 315.

Das natürliche Staatsrecht stellt entweder die Rechte und Verbindlichkeiten eines Staats gegen seine Mitglieder überhaupt, die Verfassung mag seyn, welche sie will, oder in Beziehung auf eine besondere Verfassung dar. Jenes heist das *absolute* oder *unbedingte*, dieses das *hypothetische* oder *bedingte* natürlich allgemeine Staatsrecht (*jus publicum universale absolutum — hypotheticum*),

Erstes Hauptstück.

*Absolutes oder unbedingtes natürliches
Staatsrecht.**Thomas Hobbes* f. §. 69.*Jo. Bodinus de republ. L. IV. Paris. 1584. f.**Ulr. Huber de jure civitatis Lib. III. Franck.*1672. 4. cum comment. *Chr. Thomasii et Nic.**Lynker. cura Jo. Chrph. Fischer. Francof.**et Lips. 1752. 4.**John Locke two treatises of government. Lon-**don 1690. 8. deutsch. Sena 1716. franz. Amst. 1754.**Algernon Sidney discourses concerning go-**vernment. London 1704. f. neueste Ausgabe. Lon-**don 1763. gr. 8. französisch übersezt von Sam-**son. Haye 1702. III. T. 12. Paris 1756. IV. T.*

12. deutsch mit Anmerkungen und Abhandlungen

von *Chr. Dan. Ehrhard. 2 B. Leipz. 1794.*8. im Auszug von *L. H. Jakob. Erf. 1795.**Just. Hen. Böhmer Introductio in jus publi-**cum universale. Halae 1709. ed. III. 1755.**God. Ern. Fritsch jus publicum universale,**Jen. 1734.**J. J. Rousseau du Contrat social ou principes du**droit politique. Amsterd. 1762. 12. u. m.**Joh. Heinr. v. Justi die Natur und das Wesen*der Staaten; mit Anmerkungen von *Heinr.**Gottfr. Scheidemantel. Mitau. 1771.**H. G. Scheidemantel Staatsrecht nach der Ver-*

nunft und Sitten der vornehmsten Völker betrach-

tet. 3 Th. *Jena 1770—1773.*

Desſelben allgemeines Staatsrecht überhaupt und nach der Regierungsform. Jena. 1775.

Car. Ant. de Martini positiones de jure civitatis ed. 2. Vindob. 1773.

J. F. L. Schrodt systema juris publici universalis. Bamb. 1780.

Versuch eines systemat. Lehrbuchs des natürlichen Staatsrechts. Altona 1790.

Aug. Lud. Schlötzer allgemeines Staatsrecht und Staatsverfassungsglehre. Gött. 1793.

Th. Schmalz das natürliche Staatsrecht. Königsberg. 1794.

K. H. Heydenreich Grundsätze des natürl. Staatsrechts und seiner Anwendung. II Th. Leipz. 1795.

C. U. D. de Eggers institutiones juris civitatis publ. et gentium universalis. Hafniae 1796.

J. E. Hoffbauer allgemeines Staatsrecht. Halle. 1797.

Erster Abschnitt.

Von der Entstehung des Staats und der Staatsgewalt überhaupt.

§. 316.

Der Staat ist eine Gesellschaft (§. 314.). Da jede Gesellschaft einen Vertrag voraussetzt, so kann die Existenz des Staats, wenn derselbe einen rechtlichen Ursprung haben soll, nur auf einen Vertrag gegründet werden. Dieser Vertrag heisst der *allgemeine Staatsvertrag*.

Der

Der *juridische* Ursprung des Staats ist mit dem *historischen* Ursprunge nicht zu verwechseln. Jeder Staat, er mag in der Wirklichkeit entstanden seyn, wie er will, muß, insofern er ein rechtliches Institut seyn soll, als auf einem Vertrag beruhend gedacht werden. „Dieser Vertrag ist keineswegs als ein *Factum* vorauszusetzen nöthig; gleichsam als wenn aus der Geschichte allererst bewiesen werden müßte, daß ein Volk, in dessen Rechte und Verbindlichkeiten wir als Nachkommen getreten sind, einmal wirklich einen solchen Actus verrichtet haben müsse, um sich an eine schon bestehende bürgerliche Verfassung für gebunden zu achten. Sondern es ist eine *bloße Idee der Vernunft*, die aber ihre unbezweifelte Realität hat.“ *Kant* in der Berlin. Monathssch. Sept. 1793. S. 249. *Reinhold* Aphorismen über das äußere Recht überhaupt und insbesondere das Staatsrecht (Auswahl vermischter Schriften. Jena 1797.) §. 5.

§. 317.

Der Staatsvertrag kann sowohl ausdrücklich als stillschweigend (durch Theilnahme an solchen Vortheilen, welche nur den Staatsgenossen gegen Uebernahme der aus dem Verein entspringenden Verbindlichkeiten zustehen) eingegangen werden.

§. 318.

Der Staat wirkt durch öffentliche Gewalt oder durch allgemeinen Zwang. Zwang ist nur rechtmäß.

mässig gegen Angriff auf Rechte, oder als Mittel, Rechte zu schützen. Mithin kann der Zweck des Staats kein andrer seyn, als Schutz aller Rechte, oder allgemeine rechtliche Sicherheit.

1. Da der Staat durch allgemeinen Zwang wirkt, so kann der Staatszweck nicht bestehen in demjenigen, was von der Wirkung äußerer, vom Menschen unabhängiger Dinge auf die Sinnlichkeit, und von der individuellen Empfänglichkeit eines jeden für jene Wirkung abhängt — *Glückseligkeit*; noch in demjenigen, was nur durch die innere, freye Selbstthätigkeit eines jeden möglich ist — *Moralität*. Den Andern wider seinen Willen glücklich oder sittlichgut machen zu wollen, ist eine an sich widersprechende und zugleich widerrechtliche Unternehmung. Zwar ist Glückseligkeit und Sittlichkeit der nothwendige Zweck aller im Staate lebenden Menschen, aber darum nicht der Zweck des Staats selbst.

2. Die Gewährung der rechtlichen Sicherheit, welche den Zweck des Staats ausmacht, muß sowohl gegen die Mitglieder des Staats selbst, als gegen Auswärtige geschehen. Jenes heißt *innere*, dieses *äußere* Sicherheit.

§. 319.

Wohl des Staats (*salus publica*) ist der Zustand der ungehinderten Erreichbarkeit des Staatszwecks.

Das Wohl des Staats ist nicht zu verwechseln mit der Glückseligkeit der Staatsgenossen. Die Ver-
wechs-

wechslung beyder Begriffe macht den bekannten Saz: salus publica suprema lex esto, zur gefährlichsten Waffe für den Despotismus.

§. 320.

Der Staat wirkt durch Vereinigung der Kräfte Aller; diese vereinigten Kräfte müssen eine bestimmte Richtung bekommen. Dasjenige, was den vereinigten Kräften aller die Richtung auf den Staatszwek gibt, heist der *allgemeine Wille* im Staate.

Der allgemeine Wille im Staate kann von den Willen aller Einzelnen geschieden seyn; er besteht aber wesentlich darin, daß alle Bürger rechtlich so zu betrachten sind, als hätten sie insgesamt eingewilligt.

§. 321.

Der allgemeine Wille im Staate ist nothwendigerweise nur *Einer*, denn es soll durch denselben eine gleichförmige Richtung aller Kräfte auf Ein Ziel hervorgebracht werden. Er muß *unwiderstehlich* seyn; denn wenn dem allgemeinen Willen irgend ein Privatwille widerstehen könnte, so wäre keine Vereinigung aller Kräfte möglich. Es kann keinen höhern Willen geben, auf den man sich gegen den allgemeinen Willen berufen könnte (er ist *inappellabel*); denn er ist der einzige rechtliche Bestimmungsgrund der vereinigten Kräfte zur Hervorbringung der zum Staatszwek erforderlichen Wirkungen.

§. 322.

§. 322.

Aus dem Begriffe des Staats ergeben sich die Bestandtheile des allgemeinen Staatsvertrags, welche als sovieler besondere Verträge, die zusammen das rechtliche Fundament eines Staats ausmachen, gedacht werden können. Die Willen derer, welche Staatsgenossen werden wollen, müssen übereinstimmen 1) in Ansehung des Zwecks, eine Verbindung zu stiften, worin die Rechte Aller gesichert werden sollen — *bürgerlicher Vereinigungsvertrag* (*pactum unionis civilis*), 2) in Ansehung des Mittels, eine Verbindung zu stiften, worin die Rechte Aller durch eine höchste Gewalt gesichert werden sollen. Dieser Vertrag bestimmt die Art, wie der allgemeine Wille im Staate festgesetzt und ausgeführt werden soll, und heist daher der *bürgerliche Verfassungsvertrag* (*pactum ordinationis civilis*). Insofern nun durch den Verfassungsvertrag ein Subject constituit wird, durch welches der allgemeine Wille festgesetzt und ausgeführt werden soll, wird 3) noch ein Vertrag nothwendig, wodurch sich die Bürger gegen jenes Subject zum Gehorsam verpflichten, und sich für Unterthanen desselben erklären — *bürgerlicher Unterwerfungsvertrag* (*pactum subjectionis civilis*).

§. 323.

Der Staat ist eine moralische oder mystische
Per-

Person; denn er besteht aus einem Inbegriff mehrerer zu einem gewissen Zweck vereinigter Menschen, denen in Beziehung auf ihre Vereinigung gewisse Rechte und Verbindlichkeiten zukommen.

Dieselbe Anzahl von Menschen, welche als Staatsgenossen vereinigt sind, kann auch noch als zu andern gemeinschaftlichen Zwecken vereinigt gedacht werden, und macht in dieser Rücksicht nicht den Staat (im eigentlichen Sinne) sondern die *Gesellschaft im Staat* aus, welche letztere immer als Privatgesellschaft zu betrachten ist, obgleich sie alle Bürger zusammen umfaßt.

§. 324.

Derjenige Theil des Erdbodens, welcher sich in dem Eigenthum des Staats oder der Staatsbürger befindet, heißt das *Staatsgebiet (territorium)*. Die Eigenthümer der einzelnen Theile des Staatsgebiets heißen *Grundeigenthümer*.

1. Einwohner überhaupt (*incolae*) sind Bürger, die ihren beständigen Aufenthalt im Staatsgebiete haben. Sie sind entweder Grundeigenthümer oder bloße Einwohner. Von letztern können wiederum unterschieden werden die bloße *Beywohner (accolae)*, welche zwar unter dem Schutze des Staats ihren beständigen Aufenthalt im Staatsgebiete haben, aber die Rechte der Staatsbürger nicht in ihrem vollen Umfange genießen. Die rechtlichen Verhältnisse derselben hängen von den besondern Bestimmungen des Aufnahmvertrags ab. vergl. §. 254.

2. Innerhalb der Gränzen, worin sich das Staatsgebiet befindet, kann auch fremdes d. h. weder dem Staate noch den Staatsbürgern gehöriges Eigenthum seyn. Daher läßt sich von dem geographischen Umfange des Gebiets nicht immer auf gleichen politischen Umfang schließen.

§. 325.

Jeder, der auf irgend eine Art, sey es durch äußeres Eigenthum oder durch persönliche Kräfte fähig ist, zum Zwecke des Staats beyzutragen, ist auch fähig, Mitglied des Staats zu werden.

1. Zum Begriff eines Staats gehört die Vereinigung von Grundeigenthümern nicht wesentlich; es können daher bloße Einwohner eben so gut Bürger seyn als Grundeigenthümer, und mit diesen gleiche Rechte genießen.
2. Verschiedenheit der Religion begründet an sich keine Verschiedenheit der bürgerlichen Rechte. Nur in dem Verhältniß, wie jemand durch seine Religion an Erfüllung aller bürgerlichen Verbindlichkeiten gehindert wird, kann er auch nicht auf Theilnahme an allen bürgerlichen Rechten Anspruch machen.

§. 326.

Niemand wird als Bürger eines Staats geboren; denn die eigene Einwilligung der Unmündigen ist physisch unmöglich, und die Einwilligung der Eltern für die Kinder, so, daß diese dadurch gebunden würden, ist rechtlich unmöglich.

§. 327.

§. 327.

Dadurch, daß der Mensch in den Staat tritt, kündigt er sich als einen rechtlichen d. h. die Rechte anderer zu achten geneigten Menschen an; denn nur unter der Bedingung dieser Geneigtheit ist er überhaupt fähig, Bürger zu seyn. Seine Rechtlichkeit nicht anerkennen, heißt daher, ihn nicht als Bürger anerkennen. Hierauf beruht das jedem Bürger zustehende Recht auf äußere Anerkennung seiner Rechtlichkeit, oder das *Recht auf Ehre und guten Namen*.

Der Eintritt in den Staat als die Ankündigung der Geneigtheit, die Rechte Anderer zu achten, gibt dem Menschen einen Werth, dessen äußere Anerkennung die *bürgerliche Achtung* heißt. Das Recht auf *Ehre und guten Namen* besteht darin, daß dieser Achtung weder *unmittelbar* (durch verächtliche, beschimpfende Aeufserungen, *Injurien im eigentlichen Sinne*), noch *mittelbar* (durch Andichtung widerrechtlicher Handlungen, *Verläumdungen*) entgegen gehandelt werden darf. — Ueber diese Materie sind zu vergleichen: Grolmann über Ehre und guten Namen (in dessen Magazin für die Philosophie des Rechts und der Gesetzgebung I. B. 1. Heft. N. I.) und v. Almendingen Grundzüge zu einer neuen Theorie über Verletzungen des guten Namens und der Ehre (in *Grolmann's* Magazin für die Philosophie und Geschichte des Rechts und der Gesetzgebung I. B. 1—3. St. N. I. u. IV.)

§. 328.

Hat der Bürger bey dem Eintritt in den Staat sich nicht besonders verpflichtet, eine bestimmte Zeit lang darin zu bleiben, so kann ihm der Austritt aus demselben niemals verwehrt werden, vorausgesetzt, daß er die noch in die Zeit seiner Theilnahme am Staatsvereine fallenden Verbindlichkeiten erfüllt hat (§. 283).

§. 329.

Dasjenige Subject, welchem durch den Unterwerfungsvertrag das Recht übertragen ist, den allgemeinen Willen festzusetzen und auszuführen, dessen Wille also in den Staatsangelegenheiten als der allgemeine Wille zu betrachten ist, heisst der *Oberherr des Staats*, das *Staatsoberhaupt* (*imperans, le Souverain*).

1. Die Oberherrschaft im Staat enthält nothwendig das Recht, die Mittel zu Erreichung des Staatszweks durch eine völlig unabhängige und unbedingt gültige Wahl zu bestimmen.
2. Der Inbegriff der Bürger im Verhältniß zum Oberherrn heisst das *Volk* (*populus*.)

§. 330.

Der Inbegriff der Rechte des Oberherrn im Staat als solchem, heisst 1) *Staatsgewalt*, weil diese Gewalt nur zum Zweck des Staats constituiert ist.
 2) Die *höchste Gewalt* oder *Souverainität*, weil ihr jede

jede Privatgewalt untergeordnet seyn muß. 3) *Majestät*, weil dasjenige, dem alles untergeordnet ist, eine *über alles erhabene Würde* hat.

1. Die Majestät ist von Gott, insofern es Pflicht ist, im Staate zu leben, jede Pflicht aber als eine Vorschrift der Gottheit betrachtet werden kann. — Ueber die verschiedenen Erklärungsarten jenes Sazes so wie des Titels: *von Gottes Gnaden* f. die Einheit des Staats und der Kirche (ohne Drukort 1797.) S. 70. f.

2. Die Majestät ist, insoferne der Staat mit allen seinen Rechten auf einem Vertrage beruht, *vom Volk*, aber nicht *bey* dem Volk. Die Rechte, welche vor dem Unterwerfungsvertrag noch in den Händen der sämmtlichen Bürger sind, erhalten erst den Namen *Majestät*, wenn sie auf ein bestimmtes Subject übertragen sind. f. *Andr. Jos. Schnaubert D. de principe legibus suis obligato* (Jenae 1793.) §. 3.

§. 331.

Die Ausübung der höchsten Gewalt im Staate heisst *die Regierung des Staats*, die *Staatsverwaltung* (*regimen publicum*). Dasjenige Subject, welchem das Recht zur Regierung in eigenem Namen zusteht, (der Oberherr) heisst der *Regent* des Staats.

§. 332.

Die Staatsgewalt erstreckt sich auf alles, was 1) an sich durch Vertrag bestimmbar, und 2) zugleich zum Zweck des Staats nothwendig ist.

Miss-

Mißbrauch der Staatsgewalt zu andern Zwecken als dem Staatszweck heißt *Tyranny*.

§. 333.

Der Wille des Regenten ist der Ausdruck des allgemeinen Willens, und dieser tritt an die Stelle des Willens aller Einzelnen. Daher kann der Regent im Staate nichts verfügen, was nicht der vereinigte Wille aller einzelnen seyn *könnte*.

§. 334.

Der Inhaber der Staatsgewalt ist zu keiner Verfügung berechtigt, zu welcher er nicht zugleich verpflichtet ist. Denn er hat seine Rechte nur um des Staatszwecks willen, zu dessen Beförderung er verpflichtet ist.

§. 335.

Die Wirksamkeit der Staatsgewalt wird bestimmt durch den Staatszweck, und dieser ist für alle Mitglieder des Staats ebenderselbe. Daher kann der Regent im Staate nichts verfügen, was der rechtlichen Gleichheit der Bürger entgegen wäre. Diese beruht auf zwey Stücken, welche nicht von einander getrennt werden dürfen: 1) daß alle Bürger unter gleichen Umständen gleiche Rechte haben, und 2) daß es keinem Bürger verwehrt oder unmöglich gemacht werde, sich in die Umstände zu versetzen, mit welchen gewisse Rechte verbunden sind.

Die

Die rechtliche Gleichheit der Bürger kann keine andre als eine *relative* seyn.

§. 336.

Der Staatsgewalt find alle Personen im Staate, sowohl die physischen als die moralischen, unterworfen. Eine Gesellschaft, deren Zweck oder Wirksamkeit dem Staatszweck und der Staatsgewalt nicht untergeordnet ist, darf im Staate nicht geduldet werden.

Eine solche Gesellschaft wird ein *Staat im Staate* (*status in statu*) genannt.

§. 337.

Die Gesellschaft im Staate (§. 323. Anm.) verhält sich zum Staate, wie jede andere Privat-Person ~~gesellschaft~~. Der Regent ist daher berechtigt, und verpflichtet, die Gesellschaft im Staate bey ihren Rechten zu schützen, und sie von allem, was dem Staatszweck entgegen ist, abzuhalten.

§. 338.

Insbesondere ist auch die Kirche der Staatsgewalt unterthan. Der Regent hat in Ansehung derselben eben die Rechte, wie in Ansehung jeder andern Privatgesellschaft. Der Inbegrif dieser Rechte heisst das *Majestätsrecht über die Kirche* (*jus majestaticum circa sacra*).

Das Staatsoberhaupt kann auch zugleich kirchliches Oberhaupt seyn, aber letzteres nur vermöge einer

ner besondern Uebertragung von der kirchlichen Gesellschaft. Ist eine solche Uebertragung geschehen, so sind immer die Handlungen des Regenten als Inhaber der Staatsgewalt von den Handlungen desselben als Inhabers der Kirchengewalt wohl zu unterscheiden.

§. 339.

In dem Majestätsrecht über die Kirche ist enthalten 1) das Recht, die Kirche gegen jede Verletzung ihrer gesellschaftlichen Rechte zu schützen (*jus advocatiae ecclesiasticae*). 2) Das Recht, die Ausübung des Gottesdiensts, soweit solche dem Zweck des Staats entgegen ist, einzuschränken oder ganz aufzuheben (*jus reformandi*).

§. 340.

Auch Fremde sind für die Zeit ihres Aufenthalts im Staatsgebiete, und diejenigen welche daselbst bloß Grundstücke besitzen, in Ansehung derselben der Staatsgewalt unterworfen (*subditi temporarii — forenses*).

§. 341.

Durch den Staatsvertrag hat jeder Bürger sich des Rechts der Selbstvertheidigung begeben, und den Schutz seiner Rechte an die Staatsgewalt übertragen. Nur wenn die öffentliche Macht entweder gar nicht, oder nicht schnell genug wirken kann, um einen unerseztlichen Schaden von einem Bürger

Bürger abzuwenden, tritt das Recht der Selbsthülfe oder der Nothwehr wieder ein.

§. 342.

Dem Staatszweck müssen alle Privatzwecke untergeordnet seyn; daher kann die Staatsgewalt, wenn der Staatszweck nicht anders zu erreichen ist, bis zur Einschränkung oder Aufhebung erworbener Rechte, jedoch, vermöge des Principes der rechtlichen Gleichheit, nicht anders als gegen Schadensersatz, fortschreiten. Die Staatsgewalt in dieser Ausdehnung heisst *Machtvollkommenheit* (*plenitudo potestatis*), und das Recht hiezu wird das *äußerste Recht* (*jus eminens*) genannt.

§. 343.

Kein Bürger hat ein zu Recht beständiges Urtheil über die Regentenhandlungen des Oberherrn; denn es wäre überall keine bürgerliche Verfassung möglich, wenn dem Bürger das Recht zustünde, die Verfügungen der höchsten Gewalt mit der Wirkung zu beurtheilen, daß er sein Gehorchen oder Nichtgehorchen darnach bestimmen dürfte. Daher ist dem Bürger in keinem Falle Widerstand gegen Regentenhandlungen des Oberherrn erlaubt.

Als Regentenhandlungen sind nicht solche Handlungen des Oberherrn anzusehen, wodurch er den mit dem Volke geschlossenen Grundvertrag vorsätzlich bricht. Vielmehr vernichtet dadurch

der Oberherr selbst seine Regentenqualität, indem er das Fundament seiner eigenen Gewalt aufhebt. — Vergl. *Kant* über den Gemeinpruch: was in der Theorie richtig ist, gilt darum noch nicht in der Praxis — nebst *Genz* und *Rechberg* Anmerkungen darüber — Berlin. Monatsschrift 1793. 1794. *Antimachiavell*, oder über die Gränzen des bürgerlichen Gehorsams. Halle 1794. *Feuerbach* Antihobbes, oder über die Gränzen der höchsten Gewalt. Erfurt 1798.

§. 344.

Der Bürger ist befugt, über die Verfügungen des Oberherrn sein Urtheil sowohl gegen diesen selbst (durch Vorstellungen) als auch öffentlich innerhalb der Gränzen der dem Staatsoberhaupte gebührenden Ehrerbietung zu äußern. Denn der Staatszweck macht es nicht nothwendig, daß der Bürger seine Einsicht verläugne, obgleich derselbe seinen Gehorsam nicht von seiner Einsicht abhängig machen darf.

Jedem Regenten, welcher guten Willen hat, muß es höchst willkommen seyn, freymüthige Urtheile über seine Verfügungen zu vernehmen. Hierin, verbunden mit der Bereitwilligkeit, gerechten Beschwerden abzuhelpen, liegt das sicherste Verwahrungsmittel gegen — Staatsrevolutionen.

§. 345.

Der Oberherr hat die Regierung des Staats
durch

durch den Unterwerfungsvertrag übernommen. Hieraus folgt: 1) er kann die Regierung nicht veräußern; denn sein Recht ist, wie (nach dem Naturrechte) jedes Vertragsrecht, ein ganz persönliches Recht (*jus personalissimum*); 2) er kann die Regierung nicht nach eigener Willkühr niederlegen; denn er hat sich in jenem Vertrag zur Regierung verpflichtet; er kann also seine vertragsmäßige Verbindlichkeit nicht einseitig aufheben, und aus eben diesem Grunde 3) auch nicht der Regierung durch die Willkühr der Unterthanen ersetzt werden.

Zweyter Abschnitt.

Von den einzelnen Bestandtheilen der Staatsgewalt.

§. 346.

Die einzelnen Befugnisse, welche in dem allgemeinen Rechte der Staatsgewalt enthalten sind, werden *Gewalten*, *Hoheiten*, *Majestätsrechte*, *Regalien* (*potestates*, *pouvoirs*) genannt. Sie beziehen sich theils auf die Form der Wirksamkeit der Staatsgewalt überhaupt, theils auf die einzelnen Gegenstände derselben. In der ersten Rücksicht heißen sie *allgemeine*, in der zweyten *besondere* Hoheitsrechte.

§. 347.

Dem Oberherrn ist die Bestimmung und Aus-
M 2 füh-

führung des allgemeinen Willens übertragen. Die Staatsgewalt enthält daher zwey allgemeine Bestandtheile: 1) die Befugniß, dasjenige, was in Beziehung auf den Staatszwek geschehen soll, rechtsgültig festzusetzen — *gesetzgebende, verfügende, anordnende Gewalt* (*potestas legislativa s. rectoria.*) 2) Die Befugniß, dasjenige, was in Beziehung auf den Staatszwek rechtsgültig festgesetzt ist, zur Wirklichkeit zu bringen — die *vollstreckende, vollziehende, ausübende Gewalt im weitern Sinne* (*potestas executiva sensu latiori*).

§. 348.

Der Wille des Regenten, von welchem alle im Staate geltende Geseze ausgehen, kann ursprünglich entweder ausdrücklich, oder stillschweigend (durch Genehmigung einer ohne ausdrückliche Erklärung des Gesetzgebers als verbindlich angenommenen Norm) erklärt werden. Auf die letztere Art entsteht eine *rechtliche Gewohnheit*, ein *Gewohnheitsrecht* (*jus consuetudinarium*).

I. Alle Erfordernisse zur Entstehung eines Gewohnheitsrechts lassen sich auf die zwey Punkte zurückführen: 1) daß eine gewisse Handlungsweise bisher als verbindlich beobachtet, und 2) daß solche vom Regenten genehmigt worden sey. Uebrigens kann eine ursprünglich als Gewohnheit eingeführte Norm in der Folge vom Gesetzgeber auch durch ausdrückliche Erklärung bestätigt werden.

2. Der

2. Der Regent kann nicht nur neue Gesetze geben, sondern auch erklären, daß die Gesetze eines andern Staats in dem seinigen gelten sollen (*receptio legum*).

§. 349.

Ist der Sinn eines Gesezes nach den Regeln der Auslegungskunst nicht bestimmbar, so steht nur dem Gesetzgeber das Recht zu, darüber eine Entscheidung zu geben. Eine solche Auslegung heißt *authentisch*, und ist wie ein neues Gesez zu betrachten.

Auch die authentische Erklärung eines Gesezes kann von der gesetzgebenden Gewalt entweder ausdrücklich oder stillschweigend gegeben werden. Im ersten Falle heißt sie *authentische Erklärung im engern Sinne*, im zweyten *Usualerklärung*. Der authentischen Interpretation überhaupt steht die *doctrinelle* entgegen, welche nach den Regeln der Auslegungskunst geschieht.

§. 350.

Den Gesezen sind alle Unterthanen in gleicher Lage auf gleiche Weise unterworfen. Der Regent hingegen ist an die positiven Privatgesetze nicht gebunden, theils weil er sich zur Beobachtung derselben in dem Unterwerfungsvertrag nicht verpflichtet hat, und nicht hat verpflichten können, theils weil gegen ihn kein Zwang ausgeübt werden kann.

1. Die

1. Die Verbindlichkeit, positiven Gesezen zu gehorchen, beruht auf dem Unterwerfungsvertrag. In diesem Vertrag versprechen Alle, daß sie dem Oberherrn gehorchen wollen; der Oberherr selbst aber verspricht keinen Gehorsam. „*Neque teneatur is, cui summum imperium commissum est, legibus civilibus; hoc enim est, obligari sibi, neque cuicumque civium.*“ *Hobbes de cive. VI, 14.*
2. Die positiven Privatgesetze sind Zwangsgeseze. Wer also ihnen unterworfen seyn soll, muß gezwungen werden können. Der Regent kann aber nicht gezwungen werden; weder von sich selbst, weil es widersprechend ist, sich selbst zu zwingen: noch von Andern, weil im Staate der Zwang rechtmäßigerweise nur durch den Oberherrn ausgeübt werden kann. „Das Oberhaupt hat allein die Befugniss zu zwingen, ohne selbst einem Zwangsgesez unterworfen zu seyn. Es ist aber Alles, was unter Gesetzen steht, in einem Staat Unterthan, mithin dem Zwangsrecht unterworfen; einen Einzigen (physische oder moralische Person) *das Staatsoberhaupt*, durch das aller rechtliche Zwang allein ausgeübt werden kann, *ausgenommen*. Denn könnte dieser auch gezwungen werden, so wäre er nicht Oberhaupt.“ *Kant* in der oben angeführten Abh. — Berlin. Monatschr. Sept. 1793.

§. 351.

Soll der Wille des Gesetzgebers für die Unterthanen verbindlich seyn, so muß ihnen derselbe bekannt gemacht werden. Die Handlung, wodurch

durch die Kenntniss eines Gesezes allen denjenigen, welche dadurch verpflichtet werden sollen, möglich gemacht wird, heisst die *Promulgation* des Gesezes. Sobald das Gesez gehörig promulgirt ist, ist solches für jeden, der es bey Anwendung der schuldigen Aufmerksamkeit wissen kann, verbindlich.

§. 352.

Die durch Promulgation einmal begründete Gültigkeit eines Gesezes dauert solange fort, bis das Gegentheil festgesetzt ist. Der Regent ist aber befugt, die bisher bestehenden Geseze abzuändern oder aufzuheben (*legem abrogare, legi derogare, subrogare, obrogare.*)

§. 353.

Dem Gesetzgeber steht die Befugniss zu, Ausnahmen von allgemeinen Gesezen zu machen. Solche Ausnahmen werden entweder ohne Unterschied der Personen oder für gewisse Gattungen von Personen oder für einzelne Personen gemacht.

f. Christian Dan. *Erhard* Versuch einer Critik des allgemeinen Gesezbuchs für die Preufs. Staaten. 1. Th. 1. B. S. 184. ff.

§. 354.

Ausnahmen von allgemeinen Gesezen ohne Unterschied der Personen sind rechtmässig, insofern die ausgenommenen Fälle so beschaffen sind, dass

dafs bey ihnen der Grund der allgemeinen Verordnung nicht eintritt.

§. 355.

Ausnahmen von allgemeinen Gesezen für gewisse Classen von Personen, wodurch einem Theil der Bürger gesezliche Vorrechte (*Privilegien im weitern Sinne, jura singularia*) ertheilt werden, sind rechtmässig, insoferne die dadurch entstehende Einschränkung der Rechte der übrigen Bürger zur Beförderung des Zweks der Gesetzgebung im Ganzen erforderlich ist.

§. 356.

Ausnahmen von allgemeinen Gesezen für einzelne Personen heissen *Privilegien im engern und eigentlichen Sinne*. Sie bestehen entweder darin, dafs ein Einzelner von einer Allen obliegenden Verbindlichkeit losgesprochen, oder darin, dafs ein Allen zustehendes Recht einem Einzelnen ausschliessend zugesprochen wird. Ein solches Privilegium ist rechtmässig, insofern in einem besondern, vom Gesetzgeber nicht vorhergesehenen und also auch im Geseze nicht bestimmten, Falle das Wohl des Staats eine Ausnahme vom Geseze nothwendig macht.

1. Ein Privilegium im engern Sinne bezieht sich entweder auf eine einzelne Handlung — *Dispensation*; oder auf eine Reyhe gleichartiger Handlungen — *Privilegium im engsten Sinne*.

2. Je-

2. Jedes Privilegium, welches für den Staatszweck entweder gleich Anfangs unnütz war, oder in der Folge unnütz wird, kann und soll aufgehoben werden; denn die Ertheilung oder Fortdauer eines solchen Privilegiums ist ungerecht. Der Privilegirte kann disfalls auf keinen Ersatz Anspruch machen, weil Verbindlichkeit zum Ersatz nur bey Beeinträchtigung eines Rechts Statt hat, in dem vorausgesetzten Fall aber ein Recht entweder von Anfang an nicht vorhanden war, oder in der Folge wieder aufgehört hat.
3. Man pflegt auch solche Rechte, welche nach der besondern Verfassung eines Staats nur zufolge einer vom Regenten oder im Namen des Regenten ertheilten Concession ausgeübt werden dürfen, *Privilegien* zu nennen. Bey Privilegien in dieser Bedeutung tritt Verbindlichkeit zur Entschädigung ein, wenn sie um des Staatszwecks willen aufgehoben werden müssen (§. 342.).

§. 357.

Die *vollziehende Gewalt im weitern Sinne* begreift unter sich: 1) Die Befugniss, das Verhältniss einzelner Fälle zu dem Geseze rechtskräftig zu bestimmen — *richterliche Gewalt* (*potestas iudiciaria*). 2) Die Befugniss, zu bewirken, dass in den einzelnen Fällen dasjenige, was dem Geseze gemäfs ist, wirklich geschehe — *vollziehende Gewalt im engern Sinne* (*potestas executoria sensu strictiori*.)

Die

Die vollziehende Gewalt im engern Sinne begreift das *Recht des Befehlens* (*jus mandandi*) insofern unter sich, als Befehle blos solche Vorschriften sind, wodurch die Vollziehung eines Gesetzes für den einzelnen Fall näher bestimmt wird.

§. 358-

Um die Staatsgewalt nach allen ihren Theilen ausüben zu können, liegt dem Oberherrn die Pflicht der *Aufsicht* d. h. der ununterbrochenen Aufmerksamkeit auf den Zustand, die Verhältnisse und Bedürfnisse des Staats ob. Kann diese Pflicht in besondern Fällen ohne Zwang gegen diejenigen, von welchen die nöthigen Nachrichten einzuziehen sind, nicht erfüllt werden, so ist der Oberherr zum Gebrauch des Zwangs befugt. Diese Befugniß heißt das *Recht der Obergaufsicht, die obergaufsichende Gewalt* (*jus supremæ inspectionis*.)

Das Recht der Obergaufsicht steht dem Regenten sowohl gegen einzelne Menschen im Staat als gegen ganze Gesellschaften zu, insbesondere, was letztere betrifft, 1) gegen die *Kirche*, um versichert zu seyn, daß im Innern einer solchen Gesellschaft, welche mit besonderer Kraft auf die Gemüther der Menschen wirkt, nichts vorgehe, was dem Staatszweck entgegen ist. Difs heißt die *weltliche Aufsicht* über die Kirche (*inspectio secularis circa ecclesiam*), und ist wesentlich verschieden von der kirchlichen Aufsicht, welche der Kirche selbst als ein Gesellschaftsrecht zu-

zusteht; 2) gegen *geheime* Gesellschaften, weil bey diesen, ihrer eigenthümlichen Beschaffenheit wegen, die Gefahr für den Staatszwek dringender werden kann. — Geheim sind Gesellschaften in Ansehung ihres Zweks oder ihrer Mitglieder oder beyder zugleich.

§. 359.

Kann der Regent die Staatsgewalt nach ihren verschiedenen Gegenständen nicht unmittelbar selbst ausüben, so ist er befugt, untergeordnete Gehülfen anzustellen. Diese Befugniss heisst das *Recht der Aemter* (*jus munerum*). Ein *Staatsbeamter* (*officialis publicus*) ist derjenige, welchem, unter Abhängigkeit vom Regenten, die Ausübung eines Theils der Staatsgewalt fortwährend übertragen ist.

1. Unterschied eines eigentlichen Amts von einer Commission. Adjunction. Substitution. Expectanz. Leztere ist nach dem allgemeinen Staatsrechte nur in dem besondern Falle zulässig, wenn sie das einzige Mittel ist, einen künftig zu besorgenden Mangel an einem tauglichen Beamten zu verhüten.
2. Die Bürger heissen in Beziehung auf den Regenten Unterthanen; in Beziehung auf den ihnen vorgesezten Beamten *Untergebene*.

§. 360.

Ein einzelner Bürger kann zur Uebernahme eines Amts nur dann, wenn kein anderer, der die dazu erforderlichen Fähigkeiten besitzt, vorhanden
ist,

ist, jedoch nicht anders als gegen verhältnismässige Entschädigung, gezwungen werden.

§. 361.

Der Beamte hat unter Abhängigkeit vom Regenten einen Theil der Staatsgewalt auszuüben (§. 359.). Hieraus folgt: 1) der Regent ist befugt, dem Beamten die Art, wie er sein Amt verwalten soll, vorzuschreiben. Der Inbegrif der Vorschriften über die Art und Gränze der Amtsverwaltung heisst die *Instruction des Beamten*. 2) Der Regent kann sich der besondern Aufsicht über die Beamten niemals gänzlich begeben. Diese Aufsicht erstreckt sich nicht nur auf die Erfüllung der Amtspflichten, sondern auch auf das Privatleben des Beamten, insoferne solches auf die Amtstreue und das Amtsansehen Einfluss hat.)

§. 362.

Ob und wieviel Belohnung für die dem Staate zu leistenden Dienste (*Besoldung*, *Salarium*) der Beamte erhalten soll, hängt in jedem einzelnen Falle von dem zwischen dem Regenten und demjenigen, welcher das Amt übernimmt, geschlossenen Vertrag ab. Der Regent hat aber die Pflicht, keine andere als zweckmässige Besoldungen zu bewilligen.

- I. Besoldungen müssen zweckmässig seyn, 1) in Ansehung der *Quantität*. Unverhältnissmässig grosse Be-

Besoldungen sind dem Rechte des Staats, im Namen dessen der Regent den besondern Vertrag mit dem Beamten schließt, unverhältnißmässig geringe Besoldungen sind der Staatsklugheit entgegen. Die Bestimmung der Quantität hängt vorzüglich davon ab, daß Besoldungen als Entschädigung theils für die Kosten der Vorbereitung, theils für die Entziehung oder Beschränkung anderer Erwerbquellen anzusehen sind; 2) in Ansehung der *Qualität*. Sie dürfen nicht mit der Natur und dem Zweck des Amts im Widerspruch stehen. Dahin gehören vorzüglich solche Arten von Besoldungen, welche dem amtlichen Ansehen, oder dem Zutrauen der Untergebenen gegen den Beamten entgegen sind (z. B. Strafgehalte als Theil der Besoldung).

2. Die Besoldung kann auch zum Theil in dem Genusse gewisser Auszeichnungen in der bürgerlichen Gesellschaft (Rang) bestehen. Daher ist das Recht der Aemter zugleich ein *Recht der Ehren und Würden* (*jus honorum*).

§. 363.

Der Regent ist nicht befugt, einem Beamten das ihm übertragene Amt, dessen er sich nicht durch pflichtwidriges Betragen verlustig gemacht hat, nach bloßem Gutbefinden wieder zu entziehen. Denn was der vereinigte Wille des Volks über die Beamte nicht verfügen könnte, das kann auch der Regent über sie nicht verfügen (§. 334). Nun kann es unmöglich Wille des Volks seyn, daß

dafs Staatsbeamte nach blofser Willkühr ihres Amts sollen entsetzt werden können, weil ohne Aufsicht auf lebenslängliche Versorgung Mangel an Männern entstehen würde, welche durch vieljährige Vorbereitung und mit Verabsäumung anderer Erwerbquellen sich die zur Verwaltung eines Amts erforderliche Geschiklichkeit erworben hätten; was dem Wohl des Staats entgegen ist.

1. f. *Kant* philosoph. Rechtslehre §. 49. *lit. D.* —

Wird die Frage: ob der Regent den Beamten willkührlich (ohne Urtheil und Recht) entlassen könne? blos aus dem Gesichtspunkt eines Privatvertrags betrachtet, so hat man einen Mandatsvertrag, wo es freylich dem Mandanten frey steht, dem Mandator das übertragene Geschäft wieder abzunehmen, und solches entweder selbst zu verrichten, oder einem Andern zu übertragen. Diese Einseitigkeit in der Beurtheilung ist auch wohl die Hauptursache, warum die vorliegende Frage von vielen bejaht wird. Allein die Anstellung eines Beamten ist eine Regentenhandlung, bey welcher der Gesichtspunkt des öffentlichen Rechts entscheidend seyn muß, weil dasjenige, was im Namen des Staats geschieht, dem Wohl desselben nicht entgegen seyn darf.

2. Nur insofern, als gegen die willkührliche *Niederlegung* eines Amts (*resignatio officii*) ein gleicher Grund des öffentlichen Wohls eintritt, wie gegen die willkührliche Entlassung der Beamten, ist auch jene nicht erlaubt. Difs würde
statt

statt haben, wenn durchaus kein zum Amte tauglicher Nachfolger aufzufinden wäre. vergl. §. 360.

3. Ueber die Lehre von Staatsämtern sind zu bemerken: *Seuffert* von dem Verhältnisse des Staats und der Diener des Staats gegen einander. Würzburg 1793. von der *Becke* von Staatsämtern und Staatsdienern. Heilbronn 1797.

§. 364.

Der Hauptgegenstand der Wirksamkeit des Staats ist die Regulirung und Sicherung des rechtlichen Zustandes. Der Inbegrif der hierauf unmittelbar sich beziehenden Rechte heist die *Justizgewalt* oder *Justizhoheit*, welche in das Recht der Justizgesetzgebung, und das Recht der Gerichtsbarkeit nebst dem Executionsrecht in Justizsachen zerfällt.

§. 365.

Durch die Justizgesetzgebung wird theils bestimmt, wie weit die Rechte eines jeden gehen, theils wie derjenige, welcher sie verletzt, bestraft werden soll. Jenes heist *bürgerliche*, dieses *peinliche* Gesetzgebung (*legislatio civilis — criminalis*).

Die Geseze, welche von der Civil- oder Criminal-Justizgesetzgebung herrühren, werden im ausnehmenden Sinne *Geseze* genannt.

§. 366.

§. 366.

Die bürgerliche Gesezgebung kann auch solche rechtliche Bestimmungen festsetzen, welche in dem Naturrechte nicht enthalten sind, insoferne die Festsezung solcher Bestimmungen theils durch einen Vertrag möglich, theils zum Zweck des Staats nothwendig ist (§. 332).

Die Frage: ob das Naturrecht durch positive Geseze abgeändert werden könne? läßt sich nur durch Unterscheidung beantworten. Das Naturrecht bestimmt sowohl die unveräußerlichen als die veräußerlichen Rechte des Menschen. Durch Festsezung des Gegentheils der erstern würde das Naturrecht wirklich abgeändert; eine solche Abänderung des Naturrechts aber ist rechtlich unmöglich. Bey den leztern ist ihrer Natur nach die Möglichkeit einer besondern Bestimmung durch die Willkühr des Berechtigten nicht ausgeschlossen. Hier kann nur die positive Gesezgebung dasjenige im Allgemeinen festsetzen, was von Einzelnen durch ihren Privatwillen festgesetzt werden könnte. Diese Operation ist aber eigentlich keine Abänderung, sondern vielmehr eine Anwendung des Naturrechts auf die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens; denn die Freyheit, etwas anderes durch Willkühr festzusezen, rührt selbst aus dem Naturrechte her. Aus diesem Gesichtspunkte kann das positive Recht als angewandtes Naturrecht betrachtet werden. vergl. *Hufeland* Lehrsätze des Naturrechts §. 562. Anm. 2.

§. 367.

§. 367.

Der Gesetzgeber ist demnach befugt, theils neue Erwerbarten von Rechten als gültig festzusetzen, theils die an sich gültigen Erwerbarten aufzuheben, einzuschränken oder von gewissen Bedingungen und Erfordernissen abhängig zu machen. Eben so können auch die Arten, wie Rechte aufhören, eingeschränkt oder erweitert werden.

§. 368.

Das natürliche Recht des Menschen, durch Mittheilung seiner Ideen, Kenntnisse und Meynungen sich selbst und andern Belehrung zu verschaffen, ist der Einschränkung durch positive Geseze nur insofern unterworfen, als durch die Art und den Inhalt der Mittheilung Rechte (des ganzen Staats oder einzelner Bürger) gekränkt werden.

§. 369.

Die *peinliche Gesetzgebung* beschäftigt sich mit Bestimmung des Uebels, welches einem Bürger wegen einer von ihm begangenen Rechtsverletzung zugefügt werden soll. Ein solches Uebel heisst *bürgerliche Strafe* (*poena forensis*), und ein Gesetz, worin ein Uebel als nothwendige Folge einer rechtswidrigen Handlung bestimmt wird, ein Strafgesetz (*lex poenalis*).

C. H. Gros D. de notione poenarum Forensium.

Erl. 1798.

Gros Naturrecht.

N

§. 370.

§. 370.

Der Zweck des Staats ist Sicherheit aller Rechte; dem Zweck des Staats sind also alle Handlungen entgegen, wodurch Rechte verletzt werden. Solche Handlungen müssen überhaupt verhütet werden, wenn der Zweck des Staats erreicht werden soll.

§. 371.

Der Entstehungsgrund rechtswidriger Handlungen liegt in der Vorstellung der aus ihnen entspringenden Lust, mithin in der Sinnlichkeit, als dem Vermögen, Lust und Unlust zu empfinden. Die Verhütung kann also bewirkt werden durch eine entgegengesetzte Wirkung auf die Sinnlichkeit d. h. dadurch, daß mit der Vorstellung rechtswidriger Handlungen die Vorstellung einer aus ihnen entstehenden, überwiegenden Unlust verknüpft, mithin dem Reiz ein Gegenreiz, der Neigung eine Abneigung entgegengesetzt, und so die eine Triebfeder durch die andere aufgehoben wird.

§. 372.

Der Staat muß daher, um die Unterlassung rechtswidriger Handlungen zu bewirken, in den Bürgern die sichere Erwartung begründen, daß aus der Befriedigung des Triebs zu rechtswidrigen Handlungen ein größeres sinnliches Uebel entstehen werde, als aus der Nichtbefriedigung desselben.

ben. Eine solche Erwartung wird begründet 1) durch Androhung einer Strafe in einem Gesez, und 2) durch wirkliche Vollziehung des Strafgesetzes, wenn die bedrohte Handlung dennoch geschieht, weil Drohungen, die nicht in Erfüllung giengen, ohne Wirkung seyn würden. Hierauf beruht das *Strafrecht des Staats*.

§. 373.

Der Zweck der Strafgesetze ist demnach kein anderer als Abschrökung aller Bürger von Handlungen, die der rechtlichen Sicherheit entgegen sind. Jeder andere Zweck liegt entweder außer der Sphäre der Rechte des Staats oder außer dem Wirkungskreise der Strafgesetzgebung.

Von dem Zweck der *Strafgesetzgebung* ist zu unterscheiden der Zweck der *Zufügung der Strafe*. Dieser geht zunächst und unmittelbar auf das Strafgesetz selbst, um das Ansehn desselben aufrecht zu erhalten.

§. 374.

Verbrechen im *objectiven* Sinne ist eine rechtswidrige, durch ein Strafgesetz verbotene Handlung; im *subjectiven* Sinne eine willkührliche Uebertretung eines Strafgesetzes. Der Begriff eines Verbrechens setzt einen Staat voraus, weil solches ohne ein Strafgesetz nicht denkbar, ein Strafgesetz aber nur im Staate möglich ist.

§. 375.

Jedes Verbrechen enthält eine Beleidigung des Staats, entweder *unmittelbar*, wenn dadurch Rechte des Staats selbst, als einer moralischen Person, verletzt werden — *Staatsverbrechen*, oder *mittelbar*, wenn dadurch Rechte einzelner Personen verletzt werden — *Privatverbrechen*.

Ein Staatsverbrechen geht entweder gegen die moralische Persönlichkeit des Staats überhaupt (Hochverrath und Majestätsverbrechen), oder gegen einzelne Theile der Staatsgewalt (z. B. Aufruhr, Tumult, unerlaubte Selbsthülfe u. d. gl.)

§. 376.

Der *Qualität* nach kann das Strafübel in jeder dem Zwek der Strafe angemessenen Entziehung eines Guts bestehen. Auch Entziehung des Lebens (*Todesstrafe*) ist nicht ausgeschlossen, in so ferne jedes andere geringere Uebel unzureichend befunden wird, weil dasjenige, was zu Erhaltung des rechtlichen Zustandes im Staate absolut nothwendig ist (und nur unter dieser Voraussetzung ist die Androhung und Vollziehung von Todesstrafen zulässig) nicht widerrechtlich seyn kann.

1. Warum ist der Tod das gröste Uebel und die abschrökendste Strafe? s. *Feuerbach's* Abh. in der Bibliothek für die peinl. Rechtswissenschaft und Gesezkunde II. Bd. 1. St. Num. VI.

2. Beurtheilung der vorzüglichsten Gründe, welche

che gegen die Rechtmässigkeit der Todesstrafe vorgebracht werden, insbesondere des am meisten täuschenden Einwurfs, daß der Mensch selbst über sein Leben nicht verfügen, mithin auch ein Dispositionsrecht darüber dem Staate nicht übertragen könne. — Die Meynungen der berühmtesten Schriftsteller über die Todesstrafe finden sich im 2. Th. der *Bergk'schen* Uebersetzung von *Beccaria's* Abhandlung über Verbrechen und Strafen S. 65—183.

3. Mit dem Rechte des Staats zur Todesstrafe ist nicht zu verwechseln, das dem Staate gleichfalls zustehende Recht der Selbstvertheidigung gegen denjenigen, welcher die Existenz desselben in Gefahr bringt. *Malblanc Pr. de poenis ab effectibus defensionis naturalis etiam in statu civili probe distinguendis. in Opusc. ad Jus Crimin. spectant. Nr. III.*

§. 377.

Der *Quantität* nach darf das Strafübel nicht gröfser und nicht geringer seyn, als nöthig ist, um die Gefahr für die rechtliche Sicherheit zu entfernen. Die Gröfse der Strafe muß sich also nach der Gröfse der Gefahr richten, und dieser wird bestimmt theils durch die Gröfse des Schadens, welcher verhütet werden soll, theils durch die Gröfse des Reizes, welcher durch einen Gegenreiz aufgehoben werden soll. Eine Handlung ist daher um so strafbarer, 1) *in objectiver Rücksicht*, je gröfser die Rechtsverletzung ist, welche aus der Hand-

Handlung entsteht, *in subjectiver Rücksicht*, je gröfser die rechtswidrige Neigung ist, aus welcher die Handlung entsteht.

1. Eine Handlung an sich selbst betrachtet ist um so gefährlicher, mithin in *objectiver* Rücksicht um so strafbarer 1) je mehrere Personen in ihren Rechten dadurch verletzt werden, 2) je mehrere Rechte in Einer Person dadurch verletzt werden, 3) je weniger die Folgen der dadurch bewirkten Rechtsverletzung sich wieder aufheben lassen.
2. In *subjectiver* Rücksicht hat der Gesetzgeber die Gröfse der Strafe nach der Gröfse der Neigung zu einem Verbrechen zu bestimmen, insoferne diese Neigung durch *allgemeine* Gründe, z. B. den Nationalcharacter, die in der Natur eines Verbrechens liegende Schwierigkeit der Entdekung u. s. w. bestimmt wird.
3. Dafs eine Strafe im Geiste des Verbrechens liegen, d. h. foweit es möglich ist, ein solches Uebel enthalten müsse, welches eben derselben Art von finnlicher Triebfeder, woraus das Verbrechen entsteht, unmittelbar entgegenwirkt, ist nicht nur eine Vorschrift der Klugheit, sondern auch des Rechts, weil bey einer solchen Wahl der Strafe ein geringeres Uebel zur Verhütung des Verbrechens hinreichend ist.

§. 378.

Ein rechtswidriger Erfolg kann auf zweyerley Art entstehen, entweder durch den Entschluß
zu

zu einer Handlung, wobey der rechtswidrige Erfolg vorhergesehen, und durch dieses Vorhersehen die Willkühr zur Handlung selbst bestimmt wird, (*dolus*), oder durch den Entschluß zu einer Handlung, deren rechtswidriger Erfolg zwar nicht gewollt, aber doch entweder vorhergesehen wird, oder bey Anwendung der schuldigen Aufmerksamkeit vorhergesehen werden könnte (*culpa*). Beydes ist strafbar, weil nicht nur die absichtliche Hervorbringung eines rechtswidrigen Erfolgs; sondern auch die Entstehung desselben aus Handlungen, die ihn nicht zur Absicht haben, für die rechtliche Sicherheit gefährlich ist. Jedoch ist im zweyten Falle die Strafbarkeit (in subjectiver Rücksicht) geringer als im ersten.

1. Die Culpa begreift zweyerley Fälle unter sich:

1) der Handlende hat den rechtswidrigen Erfolg als möglich oder wahrscheinlich vorhergesehen, ihn aber nicht gewollt, jedoch auch um feinetwillen die Handlung, welche einen andern Zweck hatte, nicht unterlassen. 2) Der Handelnde hat den rechtswidrigen Erfolg nicht vorhergesehen, ihn aber vorhersehen können und sollen. Der erste dieser beyden Fälle ist bisher mit dem unpassenden Namen *dolus indirectus* bezeichnet worden, er ist strafbarer als der zweyte.

2. Die verschiedenen Grade von Culpa, wornach sich auch die verschiedene Gröfse der Strafbarkeit richtet, hängen von der Art ab, wie sich die
die

die Wahrscheinlichkeit der Entstehung desselben verhält.

§. 379.

Die Verwaltung der Gerichtbarkeit macht die Anstellung von Beamten nothwendig. Ein Beamter, welchem vom Regenten die rechtskräftige Entscheidung von Rechtsfällen übertragen ist, heist ein *Richter*, *Justizbeamter*. Die Befugniß, Rechtsfälle mit Rechtskraft zu entscheiden, heist *Gerichtbarkeit* (*jurisdictio*).

1. Eine Thatsache, in Ansehung deren zu bestimmen ist, was den vorhandenen Gesezen gemäße sey, heist ein *Rechtsfall*; die Bestimmung selbst, ein *Rechtsspruch*, *Sentenz*.
2. Der Richter kann sowohl eine physische als eine moralische Person (*Justizcollegium*) seyn. Der Inbegriff mehrerer vom Regenten zur Ausübung der Gerichtbarkeit bestellten Personen heist ein *Gericht*.
3. Kein Bürger kann über den andern richten, ausser im Namen des Staats, an welchen alle Einzelne das Recht des eigenen Gerichts veräußert haben. Daher ist jede Gerichtbarkeit, die von einer Privatperson ausgeübt wird, eine *untergeordnete* (*jurisdictio subordinata* s. *subalterna*) und die Staatsgewalt, insoferne sie die Quelle aller Gerichtbarkeit ist, heist die *höchste Gerichtbarkeit*, die *oberstrichterliche Gewalt* (*jurisdictio suprema* s. *sublimis*.)

§. 380.

Der Richter hat das Verhältniß eines Gesetzes zu einer Thatsache zu bestimmen. Hierzu gehört eine genaue Kenntniss sowohl von dem Sinne des Gesetzes als von der Beschaffenheit der vorliegenden Thatsache nach allen ihren Umständen. Daher ist das Recht der Untersuchung in der Gerichtbarkeit nothwendig begriffen.

§. 381.

Der Sinn eines Gesetzes kann entweder unmittelbar aus den Worten nach der gewöhnlichen Bedeutung und dem Zusammenhange derselben gefunden, oder aus der Absicht des Gesetzgebers (dem Grunde des Gesetzes) gefolgert werden. Jenes heisst die *grammatische*, dieses die *logische* Erklärung des Gesetzes.

Mit dem Grunde des Gesetzes (*ratio legis*) ist die Veranlassung desselben (*occasio legis*) nicht zu verwechseln.

§. 382.

Ergibt sich aus dem unzweifelhaften Grund eines Gesetzes, dass die Worte desselben in ihrer gewöhnlichen Bedeutung mehr ausdrücken, als der Gesetzgeber ausdrücken wollte, so muss das Gesetz *ausdehnend* (*interpretatio extensiva*), im entgegengesetzten Fall *einschränkend* (*interpretatio restrictiva*) erklärt werden, weil es eine allgemeine Pflicht

Pflicht des Richters ist, die Geseze dem Willen des Gesetzgebers gemäß zu erklären und anzuwenden, dieser Wille mag nun unmittelbar aus den Worten des Gesezes oder mittelbar durch einen Schluss aus dem Grunde desselben erkennbar seyn.

Auch bey Strafgesezen tritt die Pflicht und Befugniß des Richters zur ausdehnenden Erklärung ein.

§. 383.

Ist der Sinn eines Gesezes sowohl nach dem Wortverstande als nach dem Grunde desselben unzweifelhaft, so muß der Richter solches genau, wie es lautet, anwenden, wenn ihm auch die Verordnung desselben hart oder unzweckmäßig scheinen sollte; denn der Richter soll nicht über die Geseze, sondern nach den Gesezen richten.

§. 384.

Da positive Geseze erst von der geschehenen Promulgation an verbindlich sind (§. 351.), so kommt ihnen keine *zurückwirkende* Kraft (*vis retroactiva*) zu, d. h. sie können nicht auf dasjenige, was vor der Promulgation bereits auf eine verbindliche Art zu Stande gekommen ist, sondern nur auf nachher vorgenommene Handlungen angewandt werden.

1. Was von einem neuen Gesez überhaupt gilt,
gilt

gilt auch von der authentischen Auslegung in dem oben (§. 349.) angegebenen Sinne.

2. Sollte ein neues Gesetz auf vergangene Fälle angewandt werden, so würde dadurch bereits erworbenen Rechten Eintrag geschehen. Hiernach ist die Frage zu beurtheilen, ob und inwieferne der Gesetzgeber befugt sey, einem neuen Gesetz die Clausel beyzufügen, daß solches nicht bloß auf künftige, sondern auch auf bereits anhängige Rechtsfachen angewandt werden soll?

3. Jede Strafe setzt ein vorhergegangenes Strafgesetz voraus; daher kann ein neues Strafgesetz auch auf solche vor Bekanntmachung desselben begangene Handlungen nicht angewandt werden, welche schon an sich unrecht sind, jedoch bisher entweder durch gar kein oder durch ein gelinderes Strafgesetz verboten waren. Nur wenn das neue Strafgesetz eine gelindere Strafe enthält als das ältere, ist jenes auf eine vergangene Handlung anzuwenden; aber bloß deswegen, weil jezt kein Grund mehr vorhanden ist, das Ansehn des ältern Gesetzes, welches durch das neue aufgehoben ist, durch die Vollziehung aufrecht zu erhalten, dem Verbrecher aber durch die gelindere Strafe kein Unrecht geschehen kann.

§. 385.

Die Anwendung eines Strafgesetzes setzt voraus 1) daß die Wirklichkeit der Handlung nach den in dem Gesetze bestimmten Merkmalen außer
Zwei-

Zweifel sey (*corpus delicti*, Thatbestand des Verbrechens) 2) dafs die Handlung dem Subjecte zugerechnet werden könne. *Zurechnung* (*imputatio*) ist das Urtheil, dafs eine Handlung in der Willkühr eines Subjects den Grund ihrer Existenz habe.

Jemanden eine Handlung zurechnen, heifst ihn für den Urheber (die willkührliche Ursache) derselben erklären. Es kann aber jemand auf eine gedoppelte Weise Urheber einer Handlung seyn: entweder dadurch, dafs er dieselbe durch eigene physische Kräfte zur Wirklichkeit bringt, oder dadurch, dafs er den Willen eines Andern zur Hervorbringung der Handlung bestimmt. Das letztere geschieht 1) durch Befehl oder Auftrag, mit oder ohne Drohungen; 2) durch Rath, welcher entweder blos im Allgemeinen (*consilium generale, nudum, simplex*) oder mit Belehrung über die Art und die Mittel der Ausführung (*consilium speciale, instructivum, qualificatum*) ertheilt wird.

§. 386.

Zur Möglichkeit der Zurechnung eines Verbrechens wird erfordert 1) dafs der Handelnde sich in einem solchen Zustande befunden habe, worin ihm die Unterlassung der Handlung möglich war. 2) Dafs er das Strafgesetz gewußt habe, oder bey Anwendung der schuldigen Aufmerksamkeit hätte wissen können. 3) Dafs er die Handlung als

als unter dem Strafgesez begriffen erkannt habe, oder bey Anwendung der schuldigen Aufmerksamkeit als darunter begriffen hätte erkennen können.

Fehlt es an einem dieser drey Erfordernisse, so ist die Handlung ein *zufälliges* Verbrechen, und kann nicht zugerechnet werden. vergl. §. 107. Anm. 1.

§. 387.

Bey Anwendung eines Strafgesezes kommt es in Ansehung des Umfangs der richterlichen Gewalt darauf an, ob das Gesez eine bestimmte Strafe für ein gewisses Verbrechen festsetzt (*bestimmtes* Strafgesez), oder ob dasselbe wegen der allzugroßen Mannigfaltigkeit der möglichen Grade und Formen eines Verbrechens nur Strafe im Allgemeinen verordnet, die nähere Bestimmung aber nach der besondern Beschaffenheit jedes individuellen Falls dem Ermessen des Richters überläßt (*unbestimmtes* Strafgesez).

§. 388.

Finden sich bey einer Handlung nicht alle Merkmale, welche durch ein bestimmtes Strafgesez zu dem Begriff eines gewissen Verbrechens erfordert werden, so kann das Gesez nicht ganz, sondern nur nach Verhältniß der Merkmale, worin der vorliegende Fall mit dem gesezlich bestimmten Begriff des Verbrechens übereinkommt, angewandt werden.

werden. Eine auf diese Art dem Gesez gemäfs erkannte Strafe heifst eine *aufserordentliche* Strafe.

1. Die Zuerkennung eines geringern Strafübels statt des in dem Gesez bestimmten heifst *Milderung* der Strafe (*mitigatio poenae*.)
2. Auf ein blos unternommenes, aber nicht vollendetes Verbrechen (*Versuch, conatus*) kann nur eine *aufserordentliche* Strafe erkannt werden, wenn nicht durch eine besondere gesezliche Verordnung der Versuch mit einer eigenen Strafe bedroht, oder der Vollendung gleichgesetzt ist. Denn bey einem Versuch existirt das Verbrechen nur zum Theil, es kann also auch die Strafe nur zum Theil Statt haben; der Grad der Strafbarkeit aber wird bestimmt durch die gröfsere oder geringere Annäherung des Versuchs zur Vollendung. Hingegen der blofse Vorsatz, ein Verbrechen zu begehen, ohne dafs noch zur Ausführung desselben eine äufsere Handlung geschehen ist, kann nicht gestraft werden; denn nur äufsere Handlungen stehen unter Rechtsgesezen. (§. 33.)

§. 389.

Finden sich bey einer Handlung zwar alle gesezlich bestimmte Merkmale eines Verbrechens, es ergibt sich aber, dafs derjenige Zustand willkührlicher Thätigkeit, welcher vom Gesezgeber im Allgemeinen vorausgesetzt und bey Bestimmung der Strafe zum Grunde gelegt worden ist, in dem vorliegenden Falle bey dem Verbrecher nicht voll-

stän-

ständig vorhanden war, so kann das bestimmte Strafgesetz nicht ganz, sondern nur in dem Verhältniß, wie der Zustand, worin sich der Verbrecher befunden hat, mit dem vom Gesetzgeber vorausgesetzten Zustand übereinkommt, angewandt werden. Auch in diesem Falle tritt eine *außerordentliche* Strafe ein.

§. 390.

Der Richter ist niemals befugt, eine gröfsere als die gesetzlich bestimmte Strafe zuzuerkennen, oder die Strafe zu *schärfen*. Denn da jede Strafe nur zufolge einer gesetzlichen Drohung rechtmäfsig ist, so ist eine Bestrafung über diese Drohung hinaus immer ungerecht.

Es kann nicht befremden, daß dem Richter zwar die Befugniß, eine gesetzlich bestimmte Strafe zu *mildern*, nicht aber auf gleiche Art, solche zu *schärfen*, beygelegt wird. Denn die kleinere Strafe ist zwar in der gröfsern, die gröfsere aber nicht in der kleinern enthalten.

§. 391.

Bey Anwendung eines unbestimmten Strafgesetzes (§. 385.) muß der Richter ebendenselben Maasstab der Strafbarkeit, welchen der Gesetzgeber *im Allgemeinen* zu Grunde legt, bey Beurtheilung des *einzelnen* Falles gebrauchen. Er hat daher die willkührliche Strafe in objectiver Hinsicht

sicht nach der Grösse der in der Handlung enthaltenen Rechtsverletzung, in subjectiver Hinsicht nach der Stärke der sinnlichen Triebfeder, aus welcher die Handlung entstanden ist, zu bestimmen (§. 377).

§. 392.

Eine Kraft ist um so stärker, 1) je grösser die Hindernisse sind, welche sie überwindet, und 2) je weniger sie die Mitwirkung anderer Kräfte bedarf, um einen Erfolg hervorzubringen. Hieraus ergeben sich für die Anwendung unbestimmter Strafgesetze zwey Hauptgrundsätze: 1) die Strafbarkeit einer Handlung steht im *geraden* Verhältniss mit der Menge und Grösse der Hindernisse, welche durch sie überwunden worden sind. Eine Handlung ist daher um so strafbarer a) je zahlreicher und wichtiger die *innern* Hindernisse derselben d. h. die Beweggründe waren, welche davon hätten abhalten können, und je mehr der Handelnde im Stande war, sich diese Beweggründe deutlich vorzustellen, b) je grösser und mannigfaltiger die *äussern* Hindernisse d. h. die Schwierigkeiten waren, welche der Ausführung entgegenstanden. 2) Die Strafbarkeit einer Handlung steht im *umgekehrten* Verhältniss mit der Zahl und Stärke der äussern Veranlassungen und Reize, wodurch das Subject zur Handlung verleitet worden ist, d. h. je

je größer die Anreizungen von außen waren, desto geringer ist die Strafbarkeit der Handlung; und je geringer jene, desto größer diese.

vergl. *Feuerbach* Revision der Grundsätze und Grundbegriffe des peinl. Rechts. II. Th. 10. Kap.

§. 393.

Vermöge des Rechts der Untersuchung (§. 378.) ist der Richter zu allem befugt, was zur Ausmittlung einer streitigen Thatsache, wovon die richterliche Entscheidung abhängt, nothwendig und dem Zweck der Untersuchung angemessen ist.

Nach diesem Grundsatz ist die Zulässigkeit der *Tortur* bey einer Criminal - Untersuchung zu beurtheilen. Unter *Tortur* ist überhaupt Gebrauch von Zwangsmitteln durch Erregung schmerzhafter Empfindungen zu verstehen. Wird sie angewandt, um das Geständnis eines Verbrechens zu erpressen, so ist sie durchaus rechtswidrig, weil sie ihrem Zweck gerade entgegenwirken kann dadurch, daß sie dem Schuldigen Gelegenheit, sich von der verdienten Strafe zu befreyen, verschafft, der Unschuldige aber der Gefahr einer unverdienten Bestrafung ausgesetzt wird. Wird sie hingegen angewandt, um den offenbaren Ungehorsam gegen die Untersuchung zu überwinden, so ist sie nicht ungerecht, weil in diesem Falle der Inquisit blos zur Erfüllung seiner dem Rechte des Richters entsprechenden Verbindlichkeit mit Zwang angehalten wird. vergl. *Eisenberg* und *Stengel* Beyträge zur

Kenntnifs der Justizverfassung und jurist. Literatur in den Preuss. Staaten. Th. VI. S. 109. f.

§. 394.

Gleichwie der Regent überhaupt den Beamten über die Art ihrer Amtsvetwaltung Vorschriften zu ertheilen befugt ist (§. 361.), so kann er auch, um die Bürger gegen individuelle Willkühr des Richters soviel möglich zu schützen, die Art, wie Rechtsfachen vor Gericht verhandelt und entschieden werden sollen, das gerichtliche Verfahren (*Prozess*) durch eine allgemeine Vorschrift (*Prozessordnung*) bestimmen.

§. 395.

Jeder, der sich einem Gericht unterwerfen muß, hat auch das Recht, die genaue Beobachtung der gesetzlichen Vorschrift über das gerichtliche Verfahren in seiner Sache zu verlangen, und keine andere als eine dieser Vorschrift gemäß (im ordentlichen Wege Rechtens) erfolgte Entscheidung für gültig anzuerkennen. Daher bringen *Machtsprüche* keine Verbindlichkeit hervor.

Machtspruch im weitern Sinn ist eine Entscheidung eines Rechtsstreits außer dem ordentlichen Wege Rechtens; im engern Sinne, Verfügung des Inhabers der Staatsgewalt über einen Rechtsstreit ohne rechtliches Erkenntnifs.

§. 396.

§. 396.

Damit jeder Rechtsstreit mit aller möglichen Sachkenntniß und Unpartheylichkeit entschieden werde, kann der Regent die Einrichtung treffen, daß 1) über verschiedene Gattungen von Personen und Sachen verschiedene Richter zu sprechen haben; und 2) daß derselbe Rechtsstreit zu verschiedenenmalen entweder bey demselben Gericht oder bey verschiedenen Gerichten (welche dann als Ober- und UnterGerichte sich gegeneinander verhalten) auf Verlangen der streitenden Theile verhandelt und entschieden werde. Solche nach einander folgende wiederholte Verhandlungen und Entscheidungen eines Rechtsstreits heißen *Instanzen*.

1. Auf diese Einrichtung bezieht sich der Begriff der richterlichen *Competenz*. Ein Richter ist competent, wenn er zwischen den streitenden Theilen, in der vorliegenden Rechtsfache und in der gegenwärtigen Instanz zu richten befugt ist.
2. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Competenz des Richters in Ansehung der streitenden Theile nach der Person dessen, von welchem etwas gefordert wird (des Beklagten) beurtheilt werden muß. Dasjenige Gericht, wo jemand, wenn er belangt wird, über sich Recht sprechen lassen muß, heißt dessen *Gerichtsstand* (*forum*.)

§. 397.

Um die richterliche Entscheidung, bey wel-

cher es theils auf die Wirklichkeit einer Thatsache theils auf die Uebereinstimmung derselben mit dem im Geseze bestimmten Fall ankommt, von der Wandelbarkeit der Privatüberzeugung sowohl als von der Willkühr des Richters unabhängig zu machen, müssen die Merkmale, wornach die Wahrheit einer von den streitenden Theilen behaupteten Thatsache zu beurtheilen ist, gesetzlich bestimmt werden. Sind diese Merkmale gegeben, so ist *juridische* (wenn schon vielleicht nicht *historische*) Wahrheit vorhanden. Durch jene wird das *förmliche* Recht bestimmt, welches von dem *wirklichen* Rechte verschieden seyn kann.

§. 398.

Die Civilgerichtbarkeit kann nicht ohne Aufforderung von Seiten dessen, der sein Recht verletzt glaubt, ausgeübt werden. Denn jeder kann sich seines Rechts begeben; insofern er dics thut, ist für ihn keine Rechtsverletzung, mithin, zufolge des Zweks der richterlichen Gewalt, kein Grund zu Anwendung derselben vorhanden. Daher ist in Civilsachen kein Verfahren von Amtswegen (*ex officio*) zulässig.

§. 399.

Die CriminalGerichtbarkeit muß auch ohne Aufforderung (von Amtswegen) ausgeübt werden. Denn jedes Verbrechen ist immer eine Verletzung
der

der Rechte des Staats (§. 373.), und das Strafrecht ist zugleich eine unerlässliche Pflicht zu strafen (§. 334.).

Begnadigung (worunter im weitem Sinn auch *Abolition* begriffen ist) ist als eine Ausnahme von einem bestehenden Geseze für eine einzelne Person zu betrachten, und kann daher nur dann Statt haben, wenn wegen besonderer Umstände ein Nachtheil für den Staatszwek selbst aus der Anwendung des Strafgesezes auf den vorliegenden Fall entstehen würde (§. 356.)

§. 400.

Der Regent ist nicht nur zu Verfügungen, welche unmittelbar auf den Hauptzwek des Staats wirken, sondern auch zu solchen Anstalten befugt, welche den Hauptzwek mittelbar zu befördern, und den Hindernissen desselben entgegen zu wirken erforderlich sind. Der Inbegriff von Anordnungen dieser Art heisst *Staats-Polizey*, und das Recht der höchsten Gewalt in dieser Beziehung *Polizey-Gewalt*, *Polizeyhoheit* (*jus politiae*).

Von der *eigentlichen Staatspolizey* ist zu unterscheiden die *Staatsgesellschaftspolizey* (vergl. §. 323. Anm.). Diese hat Cultur und Wohlstand der Staatsgenossen zum Gegenstand, und beschäftigt sich daher mit Beförderung der moralischen und intellectuellen Cultur, mit Abwehrung der physischen Hindernisse des Wohlbefindens und mit Erleichterung oder Vermehrung der Mittel des Erwerbes. Die Befugniss
des

des Regenten zu Anstalten, welche hierauf abzielen, läßt sich nicht aus dem ursprünglichen Staatsvertrag, sondern nur aus einem besondern Vertrag ableiten, vermöge dessen die Mitglieder der Staatsgesellschaft einerseits sich zur Erreichung der bey jenen Anstalten zum Grunde liegenden Zweke gegen einander verpflichtet, andererseits die Wahl der Mittel zu diesen Zweken dem Staatsoberhaupt übertragen haben.

§. 401.

Um Rechtsverletzungen und Rechtsstreitigkeiten vorzubeugen, hat der Regent vermöge der PolizeyGewalt das Recht 1) die Besorgung derjenigen Personen, welche ihre Rechte selbst zu verwalten unfähig sind, anzuordnen — *Recht der Vormundschaft*. 2) Ueber die Art, wie Handlungen, wodurch Rechte und Verbindlichkeiten begründet werden, (Rechtsgeschäfte *negotia juris*) unter Mitwirkung von StaatsBeamten (öffentlich) vollzogen werden sollen, Vorschriften zu ertheilen.

Das Verfahren bey Anwendung solcher Vorschriften wird (aus einem zufälligen Grunde) *willkührliche Gerichtbarkeit* (*jurisdictio voluntaria*) genannt, im Gegensatz von der eigentlichen Gerichtbarkeit, welche sich mit Entscheidung streitiger Rechte beschäftigt (*jurisdictio contentiosa*.)

§. 402.

Insoferne die StaatsPolizey die Wirksamkeit
der

der CriminalGewalt zu unterstützen dient, heisst sie *CriminalPolizey*, *SicherheitsPolizey*. Sie enthält in dieser Rücksicht das Recht, 1) solche Anstalten zu treffen, wodurch die Ausführung der Verbrechen erschwert und die Entdekung der Verbrecher erleichtert wird. 2) Diejenigen Handlungen zu verbieten, die zwar an sich betrachtet keine Rechtsverletzungen sind, aber doch zu Rechtsverletzungen auf eine solche Art hinführen, dass, ohne deren Unterlassung zum Gesez zu machen, die Sicherung der Rechte selbst in ihrem ganzen Umfange nicht erreichbar wäre. Handlungen, welche aus diesem Grunde bey Strafe verboten werden, heissen *PolizeyVerbrechen*.

Eine andere Art von Polizeyverbrechen rührt von der Staatsgesellschaftspolizey (§. 398. Anm.) her, wenn vermöge derselben Handlungen, die zwar nicht dem Staatszwek, aber doch den allgemeinen Zweken der Gesellschaft im Staat entgegen sind, bey Strafe verboten werden.

§. 403.

Der Regent ist befugt, diejenigen Anordnungen zu treffen, welche nothwendig sind, um die Rechte des Staats gegen unrechtmässige Gewalt zu schützen. Der Inbegriff solcher Anordnungen heisst das *Kriegswesen*, und das Recht der höchsten Gewalt in dieser Beziehung das *BewaffnungsRecht*, die *MilitärGewalt* (*jus armorum*).

Dar-

Darunter ist begriffen das Recht, von den Unterthanen zu fodern, daß sie Kriegsdienste leisten (*Recht der Heeresfolge, jus sequelae armatae*), die zur Vertheidigung des Staats erforderliche Personen (Soldaten) anzustellen, Festungen anzulegen, die Kriegsbedürfnisse herbeyzuschaffen u. f. w.

§. 404.

Die Ausübung der StaatsGewalt macht den Gebrauch von Sachen nothwendig, welche als Mittel zu Erreichung des Staatszweks dienen, und zusammen das StaatsVermögen ausmachen. Der Inbegriff der Rechte des Regenten in Ansehung des StaatsVermögens heist die *Cameral- oder FinanzGewalt (potestas cameralis)*.

Im weitem Sinne heist Staatsvermögen alles, was für den Zweck des Staats gebraucht werden kann; im engern Sinne nur dasjenige, was zum Gebrauch für den Zweck des Staats ausschliessend bestimmt ist.

§. 405.

Die FinanzGewalt enthält das Recht 1) die zum Staatszwek nöthigen Beyträge festzusezen — *BesteuerungsRecht (potestas tributoria, jus collectandi)*. 2) Die Art der Verwaltung und Verwendung der StaatsEinkünfte zu bestimmen — *Recht der FinanzVerwaltung (jus aerarii publici)*.

1. Das Besteuerungsrecht äußert sich theils dadurch, daß gewisse Erwerbarten den Unterthanen entzogen

zogen und dem Staat ausschliessend zugeeignet werden, theils dadurch, daß den Unterthanen die Leistung gewisser Abgaben von ihrem Vermögen auferlegt wird, welche theils von den Gegenständen, worin und wovon sie gegeben werden, theils von den besondern Veranlassungen, woran ihre Entrichtung geknüpft ist, und welche auch bey blos temporären Unterthanen eintreten können, verschiedene Benennungen erhalten.

2. Das sogenannte Obereigenthum des Staats (*dominium eminens*) ist nichts anders als das äußerste Recht des Staats (§. 342.) angewandt auf die Finanzgewalt, und besteht in dem Rechte, von den einzelnen Bürgern im Nothfall Aufopferung ihres Eigenthums, jedoch gegen Ersaz, zu fordern.

§. 406.

Der Regent ist verpflichtet, die Beyträge theils nur in derjenigen Quantität, welche durch die Bedürfnisse des Staats nothwendig gemacht wird, theils nach Verhältniß der Güter, für welche der Einzelne den Schuz des Staats genießt, zu fordern, und solche zu keinem andern als dem Staatszwek zu verwenden.

Abgabefreyheit einzelner Bürger ist dem Princip der rechtlichen Gleichheit nicht entgegen, insoferne dieselbe für solche Dienste, welche vom Staat auf andre Art belohnt werden müßten, ertheilt wird.

§. 407.

§. 407.

Im Verhältniß zu Auswärtigen ist der Regent befugt, 1) die Rechte des Staats durch einen zum Schuz derselben nothwendigen Krieg zu verfolgen — *Recht des Krieges* (*potestas bellica, jus belli*). 2) Im Namen des Staats Verträge aller Art mit Auswärtigen zu schliessen — *Recht der Verträge und Bündnisse* (*jus pactorum et foederum*), worunter auch das Recht, Frieden zu schliessen (*jus pacis*) begriffen ist.

1. *Staatsbündnisse im weitem Sinne* sind Verträge, wodurch sich taaten zu fortwährenden Leistungen gegen einander verpflichten.

2. Die Rechte der höchsten Gewalt im Verhältniß zu Auswärtigen werden *äußere*, die übrigen, *innere* Hoheitsrechte genannt (*jura majestatica transeuntia — immanentia*).

Zweytes Hauptstück.

Hypothetisches oder bedingtes natürliches Staatsrecht.

Josias Thorstraten systematische Abhandlung von den Regierungsformen überhaupt und der uneingeschränkten Monarchie insbesondere. Flensburg. 1760.

Essai sur les formes du gouvernement et les devoirs du Souverain (*Oeuvres posthumes de Frederic II.* Berlin. 1788. T. VI.)

Considerations sur les gouvernemens par Mr. Mou-

Mounier Paris. 1789. 8. übersezt mit einer Einleitung und Anmerkungen von *G. Hufeland.* Jena. 1790.

J. A. Eberhard über Staatsverfassung und ihre Verbesserung. Berlin. 1793.

§. 408.

Der bürgerliche Verfassungs- und Unterwerfungsvertrag (§. 322.) enthält bloß die Idee des Staatsoberhauptes im Allgemeinen. Soll nun diese Idee Wirksamkeit auf das Volk haben, so muß sie in einer wirklichen Person dargestellt werden. Der Inbegriff der Bestimmungen über diese Darstellung, welche als Modificationen des allgemeinen Verfassungs- und Unterwerfungsvertrags anzusehen sind, heißt die *Constitution eines Staats, die Staatsverfassung.*

Die einzelnen Bestimmungen heißen *Staatsgrundgesetze*, (*leges fundamentales publicae*), und wenn sie auf einer stillschweigenden Uebereinkunft berufen, *Fundamentalobservanzen.* s. *Kant* Rechtslehre §. 51. *Schmalz* natürl. Staatsrecht §. 201. 202.

§. 409.

Die Constitution eines Staats bezieht sich theils auf die Bestimmung der physischen oder moralischen Person, welche die höchste Gewalt verwalten soll (*Staatsform, Form der Beherrschung, forma imperii*)
theils

theils auf die Bestimmung der Art, wie die höchste Gewalt verwaltet werden soll (*Regierungsform, forma regiminis*).

f. *Kant* zum ewigen Frieden S. 25.

§. 410.

Jede Staatsverfassung ist rechtmässig, welche als auf einem Vertrag freyer, die Herrschaft des Rechtsgesezes wollender, Menschen beruhend gedacht werden kann.

§. 411.

In Ansehung der Staatsform ist die Verfassung 1) *monokratisch* (monarchisch), wenn der Regent eine einzelne physische Person ist. 2) *aristokratisch*, wenn der Regent eine von den übrigen Bürgern verschiedene Gesellschaft ist, 3) *demokratisch*, wenn der Regent die Gesammtheit der Bürger selbst ist.

Nach dieser Verschiedenheit der Staatsform werden die Staaten selbst Monarchien, Aristokratien und Demokratien genannt. Die beyden leztern nennt man auch *Freystaaten*; eine Benennung, welche auf einem eigenthümlichen Begriffe von Freyheit beruht, und leicht zu Mideutung führt.

§. 412.

Die Regierung kann dem Monarchen sowohl auf Zeit Lebens als auch nur auf eine bestimmte Zeit übertragen werden.

§. 413.

§. 413.

Der Monarch kann entweder jedesmal durch Wahl oder durch Erbfolge zur Regierung gelangen. Im ersten Falle heisst die Monarchie ein *Wahlreich*; im zweyten ein *Erbreich*. In beyden Fällen beruht die Uebertragung des Rechts zur Regierung auf dem Willen des Volks; nur hat im letztern Falle der Wille des Volks zum Voraus für künftige Fälle die Erbfolge als das Mittel festgesetzt, wodurch die Person des jedesmaligen Regenten bestimmt werden soll.

Wahl und Erbfolge können auch mit einander verbunden seyn, wenn die Wahl verfassungsmässig auf eine gewisse Familie eingeschränkt ist.

§. 414.

Der Monarch hat das Recht zur Regierung nur für seine Person, und kann solches nicht auf einen Andern übertragen, wenn ihm nicht das Recht hiezu durch einen besondern Vertrag des Volks eingeräumt ist. Ein monarchischer Staat, worin dem Regenten dieses Recht zusteht, heisst ein *Patrimonialreich*; jeder Andere wird ein *Usufructuarreich* genannt.

Patrimonialreich im eigentlichen Sinne wäre ein solcher Staat, wo das Recht zur Regierung als Privateigenthum des Monarchen angesehen würde, und ihm aus diesem Grunde die Uebertragung der Regierung an einen Andern unbedingt zu-

zustände. Ein solcher Staat ist eben so rechtlich unmöglich, als ein sogenanntes *Herilreich*, wo die Staatsgewalt als Grund oder Bestandtheil der Privat-Herrschergewalt über die Einzelnen im Volke betrachtet würde.

§. 415.

In dem Staatsgrundgesetz, worin die Person des jedesmaligen Regenten durch Erbfolge bestimmt wird (*Successionsgesetz*) liegt für die Bürger der Grund ihrer Verpflichtung, denjenigen, welchen die Successionsordnung trifft, (den *Thronerben*) als Regenten anzuerkennen. Indem nun dieser die Verpflichtung zur Regierung durch den wirklichen Antritt derselben übernimmt, kommt der Unterwerfungsvertrag zwischen ihm und dem Volke zu Stande.

§. 416.

In einem Wahlreiche kann der Regent entweder durch das ganze Volk oder durch gewisse Personen, denen das Wahlrecht vom Volke durch einen besondern Vertrag übertragen ist, (*electores*) gewählt werden. Solche Personen können jedoch denjenigen, welcher von ihnen zum Regenten gewählt werden soll, durch besondere Vorschriften über die Art der Ausübung der Staatsgewalt (*Wahlkapitulation*) nicht verpflichten, außer soweit sie hiezu vom Volke ausdrücklich oder stillschweigend bevollmächtigt sind.

§. 417.

§. 417.

Damit die Regierung keinen Augenblick unterbrochen werde, und der Staat nicht in Anarchie verfalle, muß in einer monarchischen Verfassung bestimmt seyn, von wem die höchste Gewalt in der Zeit zwischen dem Abgange des einen Monarchen bis zum Regierungsantritt des andern verwaltet werden soll. Derjenige, welchem die Regierung während dieser Zeit zusteht, heißt ein *Reichsverweser* (*vicarius regni*).

§. 418.

Der Nachfolger in der Regierung muß die rechtlichen Folgen aller Handlungen anerkennen, welche von seinem Vorfahrer in der Qualität des Regenten, der Verfassung gemäß, vorgenommen worden sind.

§. 419.

In der Aristokratie steht die Regierung Mehrern zusammengenommen zu. Diese bilden eine moralische Person, welche der *souveräne Rath* genannt wird. Dem souveränen Rathe sind auch die Mitglieder desselben in denjenigen Verhältnissen, wo sie nicht als Theilhaber der höchsten Gewalt handeln, gleich anderen Bürger unterworfen.

Die Aristokratie artet in *Oligarchie* aus, wenn Einige auf eine verfassungswidrige Art die übrigen Bürger beherrschen.

§. 420.

§. 420.

Die Theilnahme an der Regierung kann den einzelnen Mitgliedern des souveränen Rathes entweder auf Zeit Lebens oder nur auf eine bestimmte Zeit übertragen seyn.

§. 421.

Die Mitglieder des souveränen Rathes können entweder jedesmal durch Wahl oder durch Erbfolge (als Mitglieder gewisser Familien) zur Theilnahme an der Regierung gelangen. Im ersten Falle heißt der Staat *Wahl-* im zweyten *Erb-Aristokratie*.

Auch hier ist eine Combination der Wahl und Erbfolge möglich (§. 413. Anm.)

§. 422.

In einer Wahlaristokratie kann das Wahlrecht entweder vom Volke selbst, dem es ursprünglich zusteht, ausgeübt werden, oder gewissen Personen, welche entweder die Mitglieder des souveränen Rathes selbst oder von diesen verschieden sind, übertragen seyn.

§. 423.

In der Demokratie steht die Regierung des Staats der Gesammtheit der activen Staatsbürger zu. Diese Gesammtheit macht die moralische Regentenperson aus; im Verhältniß zu ihr ist jeder ein-

einzelne Bürger außer seiner verfassungsmässigen Mitwirkung zur Regierung, als Unterthan zu betrachten.

1. *Activer Staatsbürger* ist nur derjenige, welcher vom Schutze und Befehle anderer Privatpersonen unabhängig, und kraft dieser Selbstständigkeit fähig ist, aus eigener Willkühr als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft zu handeln. Jeder Andere ist nur ein passiver Staatsbürger oder vielmehr ein bloßer Staatsgenosse. Dahin gehören Weiber, Unmündige und Alle, die sich im persönlichen Dienste eines Andern befinden. Die nothwendige Ausschließung solcher Personen von der Concurrenz zur Regierung ist daher keine Einwendung gegen die Möglichkeit einer vollkommenen Demokratie, vielmehr eine Folge aus dem richtigen Begriffe dieser Staatsform. s. *Kant Rechtslehre* §. 46.

2. Die Demokratie artet in *Ochlokratie* aus, wenn der Pöbel (die unterste Classe des Volks) sich eine willkührliche Beherrschung der übrigen Bürger anmaasst.

§. 424.

In einem demokratischen Staate wird das Recht zur Regierung entweder durch sämmtliche Bürger in Person oder (da dies selten möglich ist) durch Bevollmächtigte ausgeübt, welche, vermöge der Natur dieser Staatsform, von allen activen Staatsbürgern (mittelbar oder unmittelbar) ge-

Gros Naturrecht.

P

wählt.

wählt, mit bestimmten Vollmachten versehen, und für die Befolgung derselben verantwortlich seyn müssen. Im leztern Falle wird der Staat eine *repräsentative* Demokratie genannt.

Aus dem angegebenen Charakter der Repräsentanten in einer Demokratie ergibt sich der wesentliche Unterschied einer repräsentativen Demokratie von einer Aristokratie.

§. 425.

Eine Staatsform heist *rein*, wenn die durch ihren Begriff bestimmte physische oder moralische Person die ganze Staatsgewalt allein inne hat; *gemischt*, wenn die Staatsgewalt unter mehrere von einander unabhängige Personen nach den Bestimmungen verschiedener Staatsformen getheilt ist.

Man kann unterscheiden 1) monarchisch - aristokratische 2) monarchisch - demokratische 3) aristokratisch - demokratische 4) monarchisch - aristokratisch - demokratische Staaten.

§. 426.

In Ansehung der Regierungsform (§. 409.) unterscheiden sich die Staaten darin, dnß der Regent entweder (positiv) eingeschränkt oder uneingeschränkt ist. Das erstere hat Statt, wenn in der Verfassung solche Grundgesetze, wodurch die Art der Regierung bestimmt wird, enthalten sind. Dahin gehören vorzüglich diejenigen, durch welche fest-
gesetzt

gesetzt wird, daß bey Ausübung einzelner Hoheitsrechte gewisse Personen durch ihre Einwilligung mitwirken müssen.

1. Natürlich eingeschränkt ist jeder Regent durch den Zweck des Staats, welchem keine Verfügung der höchsten Gewalt entgegen seyn darf.
2. Die Maxime, die Staatsgewalt über ihre natürliche oder verfassungsmässige Gränzen auszu dehnen, heisst *Despotismus*.

§. 427.

Diejenigen Personen, welchen vermöge der Verfassung das Recht zusteht, zur Regierung eines eingeschränkten Regenten mitzuwirken, sind in Ansehung dieser Mitwirkung vom Regenten unabhängig, obgleich sie in ihren Privathältnissen der Hoheit desselben als Unterthanen unterworfen sind (§. 278.).

§. 428.

Das durch die Verfassung bestimmte Recht der Staatsbürger, bey Ausübung gewisser Hoheitsrechte, besonders der gesetzgebenden Gewalt, mitzuwirken, wird *politische Freyheit* genannt. Von ihr ist verschieden die *bürgerliche Freyheit*, welche in jedem Staate, die Verfassung sey welche sie wolle, vorhanden seyn soll. Die bürgerliche Freyheit beruht auf zwey Stücken: 1) daß keine andere als solche Geseze gegeben werden, welche der Staatszweck nothwendig macht, und 2) daß

der Bürger alles thun darf, was keinem Gesez dieser Art entgegen ist.

Politische Freyheit besteht darin, daß der Bürger keinem Geseze gehorcht, als demjenigen, worzu er seine Einwilligung (unmittelbar oder durch Repräsentanten) gegeben hat. *Bürgerliche* Freyheit besteht darin, daß der Bürger keinem Gesez gehorcht, als einem solchen, worzu er vernünftiger Weise seine Einwilligung hätte geben können und sollen. s. *Kant* zum ewigen Frieden S. 21. Bürgerliche Freyheit kann ohne politische Freyheit vorhanden seyn, und diese ist nicht immer mit jener verbunden.

§. 429.

Die Verschiedenheit der Verfassungen in Ansehung der Staats- und Regierungsform läßt sich sowohl auf einfache als zusammengesetzte Staaten anwenden. Ein Staat heißt *einfach*, wenn seine Mitglieder einzelne Menschen sind; *zusammengesetzt*, wenn seine Mitglieder selbst wieder Staaten sind, welche unter einer gemeinschaftlichen höchsten Gewalt stehen (vergl. §. 252.)

1. Mit solchen Staaten, die zu einem zusammengesetzten Staat verbunden sind, sind nicht zu verwechseln diejenigen, welche einen und ebendenselben Regenten haben, ohne zusammen Einen Staat auszumachen (*coordinirte - verbundene Staaten*). Wird ein Staat, der vorher für sich bestand, mit einem andern auf eine solche Art

Art vereinigt, dafs er nicht mehr einen besondern Staat, sondern einen integrirenden Theil des andern ausmacht, so heifst er *einverleibt*, *incorporirt*.

2. Die einzelnen Staaten, woraus ein zusammengesetzter Staat besteht, sind im Verhältniß zu Auswärtigen sowohl als zu ihren Mitstaaten in allen Dingen, die nicht auf die gemeinschaftliche Hoheit Bezug haben, als unabhängig zu betrachten.
3. Die einzelnen Menschen, die sich in einem zusammengesetzten Staate befinden, erkennen eine doppelte Hoheit: die Hoheit des zusammengesetzten Staats, welchem sie mittelbar, und des einfachen, welchem sie unmittelbar unterworfen sind.

§. 430.

Eine Veränderung der Staatsverfassung, welche ohne Einwilligung der beyden den Grundvertrag schliessenden Theile, des Oberherrn und des Volks geschieht, heifst *Staatsrevolution*. Sie ist auf eben die Art rechtswidrig, wie jede einseitige Aufhebung eines Vertrags. Rechtmässig hingegen ist eine *Staatsreform* d. h. eine solche Veränderung der Staatsverfassung, welche mit ausdrücklicher oder stillschweigender Einwilligung beyder Theile geschieht.

Joh. Benj. Erhard über das Recht eines Volks zu einer Revolution. Jena. 1795.

Dritter Haupttheil.

Das natürliche Völkerrecht.

Rich. Zouchæi juris et judicii fecialis sive juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio.

Oxon. 1650. 4. und mehrmals.

Joh. Wolfg. Textor Synopsis juris gentium. Basil. 1680. 4.

Joh. Ad. ab Ickstadt Elementa juris gentium. Wirceb. 1740. 4.

Chr. L. B. de Wolf Jus gentium methodo scientifica pertractatum. Halæ. 1749. (*Jur. Nat. P. IX.*)

Ad. Frid. Glafey Völkerrecht. Nürnberg. Frankf. und Leipz. 1752. 4.

de Vattel le droit des gens ou Principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains. Lugd. 1758. T. II. 4. T. III. 12. nouvelle édition augmentée Neob. 1773. T. II. 4. augmentée, revue et corrigée, avec quelques remarques de l'Editeur. Amst. 1775. T. II. 4. (beste Ausgabe) nouvelle édition. Neob. 1777. T. III. 12.

Le Vicomte de la Maillardiere Precis du Droit des gens, de la guerre, de la paix et des ambassades. Paris. 1776. 12.

J. F. L. Schrod t Systema juris Gentium. Bamb. 1780.

C. U. D. de Eggers Institutiones juris civitatis publici et gentium universalis. Hafniae. 1796.

E i n l e i t u n g.

§. 431.

Ein Staat im Verhältniß zu Auswärtigen
heißt ein *Volk* (*gens*).

§. 432.

§. 432.

Völkerrecht ist die Lehre von den Rechten und Verbindlichkeiten eines Volks gegen Auswärtige.

Es kommen hiebey zweyerley Verhältnisse in Betracht: 1) Das Verhältniß eines Staats zu einem andern Staate. 2) Das Verhältniß eines Staats zu einzelnen Menschen außer demselben.

§. 433.

Ein positives Recht im engern und eigentlichen Sinne (§. 57.) setzt einen Oberherrn, dessen Wille gesetzgebend ist, voraus. Da nun Völker als solche keinen Oberherrn über sich anerkennen, weil sie sonst, Völker zu seyn, aufhören und einen zusammengesetzten Staat ausmachen würden, so ist kein positives Völkerrecht im engern und eigentlichen Sinne möglich.

§. 434.

Das natürliche Völkerrecht ist nichts anders als das natürliche Privatrecht angewandt auf das Verhältniß eines Staats zu Auswärtigen.

§. 435.

Die Anwendung des natürlichen Privatrechts auf das Verhältniß eines Staats zu Auswärtigen betrifft theils die Rechte eines Volks selbst, theils die Ausübung des zum Schuz derselben nothwendigen Zwanges. Die Rechte eines Volks sind, wie die Rechte

te einzelner Menschen, von zweyerley Art: 1) sie kommen dem Volke schon darum, weil es Volk ist, vermöge seiner Vereinigung an sich zu; der Inbegriff solcher Rechte heist das *absolute* oder *unbedingte Völkerrecht* (*jus gentium absolutum s.theticum*). 2) Sie kommen dem Volk erst unter Voraussetzung gewisser Handlungen zu; der Inbegriff dieser Rechte heist das *hypothetische* oder *bedingte Völkerrecht* (*jus gentium hypotheticum*).

1. Positiv im weitern Sinne (§. 44.) heist jedes Recht, welches durch die Willenserklärung vernünftiger Wesen festgesetzt ist. In diesem weitern Sinne heist der Inbegriff derjenigen Rechte, welche durch ausdrückliche oder stillschweigende Verträge festgesetzt sind, *positives Völkerrecht* (*jus gentium positivum s. practicum s. voluntarium*). Man pflegt dasselbe in *Vertrags-* und *Gewohnheitsvölkerrecht* einzutheilen. Diese Eintheilung beruht aber auf keinem richtigen Grunde. Denn da das Gewohnheitsrecht ein Theil des positiven Rechts im engern Sinne ist (§. 348.), so kann es eben so wenig, wie dieses überhaupt, zwischen Völkern Statt haben. Was man Gewohnheitsvölkerrecht nennt, ist entweder auf stillschweigenden Verträgen beruhendes Völkerrecht oder bloßer Völkergebrauch.
2. Das sogenannte *modificirte natürliche Völkerrecht* (worunter man das natürliche Völkerrecht versteht, insofern es unter gesitteten Völkern gewisse Einschränkungen und Erweiterungen er-

erhalten hat, f. v. *Ompteda* Abh. vom Begriffe, Umfange und den Gränzen des Völkerrechts §. 3. in dessen Litteratur S. 9.) ist theils auf ausdrücklichen oder stillschweigenden Verträgen beruhendes Völkerrecht, theils gleichfalls bloßer Völkergebrauch.

Erstes Hauptstück.

Rechte eines Volks.

Erster Abschnitt.

Absolutes oder unbedingtes Völkerrecht.

§. 436.

Jedes Volk ist im Verhältniß zu allen Auswärtigen als eine unabhängige (moralische) Person zu betrachten.

§. 437.

Ein Volk hat ein Recht zu allen Handlungen, wodurch es seine Unabhängigkeit so gebraucht, daß dabey die Unabhängigkeit jedes Auswärtigen nach einem allgemeinen Geseze bestehen kann. Rechtsmäfsig ist daher jede Handlung eines Volks, die nach einer Maxime geschieht, durch deren Allgemeinheit die Selbstständigkeit aller übrigen nicht unmöglich gemacht wird.

§. 438.

Das Urrecht eines Volks ist das Recht auf politische Persönlichkeit oder Selbstständigkeit.

Die-

Diese besteht darin, daß ein Volk immer als ein für sich bestehendes Ganzes und niemals als ein bloßes Mittel für fremde Zwecke behandelt werde.

§. 439.

Eine nothwendige Folge von der ursprünglichen Unabhängigkeit eines jeden Volks ist die natürliche Gleichheit aller Völker. Diese besteht darin, daß kein Volk von dem andern zu etwas verbunden werden kann, ohne dieses wechselseitig auf dieselbe Art auch verbinden zu können.

Daher von Natur kein Rang unter Völkern.

§. 440.

Ein Volk besteht nur durch Vereinigung von Kräften zu einem allgemeinen rechtlichen Zweck. Daher hat jedes Volk vermöge seiner politischen Persönlichkeit ein Recht auf ungestörte Thätigkeit sowohl im Innern des Staatsvereins als im äußern Verkehr mit andern.

Die Thätigkeit eines Volks, welche vermöge des Gemeinwillens durch einzelne Mitglieder des Volks geschieht, ist nicht als willkührliche Thätigkeit dieser Einzelnen zu betrachten.

§. 441.

Kein Volk hat das Recht, sich in die Staatsverfassung oder Staatsverwaltung eines andern Volks zu mischen; denn die Maxime einer solchen

chen

chen Einmischung würde, allgemein gemacht, die Selbstständigkeit aller Völker aufheben.

§. 442.

Nur unter denselben Einschränkungen, unter welchen nach dem natürlichen Privatrechte jemand die Rechte eines Andern gegen einen Dritten zu vertheidigen befugt ist (§. 112.) hat auch ein Volk die Befugniss, einem andern Volke gegen ein Drittes beyzustehen.

§. 443.

Auf gleiche Art, wie von einzelnen Menschen Rechte erworben werden können, steht die Befugniss, neue Rechte zu erwerben, auch einem Volke zu.

Zweyter Abschnitt.

Hypothetisches oder bedingtes Völkerrecht.

Erste Abtheilung.

Von dem Völkereigenthum.

§. 444.

Das Völkereigenthum begreift unter sich
1) das Staatsvermögen im engern Sinne (§. 404. Anm.). 2) Das Privatvermögen, insoferne solches theils zu den möglichen Mitteln des Staatszweks gehört, theils unter dem öffentlichen Schutze steht, welcher

cher dem Einzelnen auch gegen Auswärtige geleistet werden muß.

§. 445.

Ein Volk kann herrenlose Sachen durch Occupation erwerben, mithin auch unbewohnte Theile des Erdbodens zu Theilen seines Gebiets machen. Accessionen des Staatsgebiets werden unter ebendenselben Bedingungen Eigenthum des Volks, unter welchen die Erwerbung von Accessionen durch einzelne Menschen geschieht (§. 157.)

Das sogenannte *Strandrecht* (*jus littoris s. ap- pulsus*) ist die Anmaassung eines Volks, die an seine Küsten geworfenen Güter der Schiffbrüchigen zuzueignen. Diese Anmaassung ist rechtswidrig, weil durch das Stranden die Sachen nicht herrenlos werden.

§. 446.

Ein Volk kann das Eigenthum des Meeres erwerben, soweit es dasselbe durch physische Kraft ausschliessend zu behaupten im Stande ist, und die See heisst bis dahin *geschlossen* (*mare clausum*). Soweit aber die offene See nicht der Gegenstand einer physischen Inhabung seyn kann, ist auch keine Erwerbung des Eigenthums daran möglich (§. 152.), und die offene See ist in dieser Rücksicht *frey* (*mare liberum*).

Unter den Schriften über das Eigenthum des Meers
find

sind vorzüglich zu bemerken: *Hugonis Grotii mare liberum. Lugd. Bat. 1609. 1611. 8. mit dem Namen des Verfassers ibid. 1616. 8. Amstelod. 1632. 8. Lugd. Bat. 1633. 12. Jo. Seldini Mare clausum. Lond. 1655. Fol. 1638. 8. Lugd. Bat. 1637. 12. 1665. 4. (auch im 2. Theile der Opp. Seldeni Lond. 1726. Fol.) f. von O m p t e d a Litter. des Völkerrechts S. 521. ff.*

§. 447.

Alles, wodurch einem Volke die bereits durch ein Anderes geschehene Zueignung einer Sache bekannt werden kann, kann zum Zeichen des Völkereigenthums dienen.

§. 448.

Unter Völkern hat eben so wenig ein Recht des Nothgebrauchs oder des unschädlichen Gebrauchs Statt als unter einzelnen Menschen (§. 166. 167.). Hieraus folgt: 1) ein Volk ist befugt, den Durchgang durch sein Gebiet oder den Aufenthalt in demselben einem Auswärtigen zu verwehren, mithin auch nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten. 2) Kein Auswärtiger darf in dem Gebiet eines Volks Handlungen vornehmen, die ihm dieses nicht ausdrücklich oder stillschweigend gestattet.

1. Zölle von Auswärtigen; *jus albinagii* (*droit d'aubaine*).

2. Wer-

2. Werbung zum Kriegsdienst in einem fremden Gebiete; Ergreifung eines Delinquenten; Ansiedlung u. f. w.
-

Zweyte Abtheilung.
Von den Völkerverträgen.

§. 449.

Völkerverträge sind Verträge, welche ein Volk mit einem Auswärtigen, insbesondere mit einem andern Volk eingeht. Sie können nur von demjenigen Subjecte, welches das Volk gegen Auswärtige repräsentirt (dem Regenten), und auf die der Verfassung des Staats angemessene Weise gültig geschlossen werden.

§. 450.

Völkerverträge sind für das ganze Volk gültig und verbindlich; denn sie werden im Namen des ganzen Volks geschlossen. Daher ist ihre rechtliche Wirkung an sich weder auf die Person des Regenten, unter welchem sie eingegangen werden, noch auf die Fortdauer der Staatsverfassung, welche zur Zeit ihrer Eingehung vorhanden ist, eingeschränkt.

Sie heißen deswegen *pacta realia et aeterna*.

§. 451.

Völkerverträge können nicht nur von dem
Re.

Regenten selbst unmittelbar, sondern auch durch Gesandte geschlossen werden. Ein *Gesandter* (*legatus*) ist der Bevollmächtigte eines Regenten zu Verhandlung der Angelegenheiten seines Staats mit einem Auswärtigen.

Unterschied der Gesandten von Deputirten, Agenten, Consuln u. s. w.

§. 452.

Der Gesandte verhält sich zu dem Staate, der ihn sendet, wie ein Mandator zum Mandanten; zu dem Staate, an welchen er gesandt wird, wie ein Mandator zu einem Dritten, mit welchem im Namen des Mandanten gehandelt wird.

Gegen ein drittes Volk steht der Gesandte eines Volks an ein anderes bloß in dem allgemeinen Verhältniß eines Auswärtigen.

§. 453.

Wer im Namen eines Staats mit einem andern Staate handeln soll, muß zeigen können, daß und wozu er bevollmächtigt sey.

Hierzu dient das *Creditiv* (*litterae credentiales*) und die *Vollmacht* des Gesandten.

§. 454.

Ein Volk nimmt einen Gesandten an durch die Erklärung, daß es ihn als einen Bevollmächtigten seines Staats anerkenne, und dessen Handlungen so ansehen wolle, als ob dieser Staat selbst

ge-

gehandelt hätte. Der Inbegriff der Rechte, welche aus dieser Erklärung für den Gesandten entstehen, heißt der *Repräsentativ - Charakter* des Gesandten.

1. Der Repräsentativcharakter eines Gesandten heißt *wesentlich*: insofern er diejenigen Rechte enthält, welche durch die Natur der Bevollmächtigung von einem Volke zum andern nothwendig bestimmt sind; *zufällig*, insofern er willkürlich bestimmte Rechte in sich begreift. Bestehen diese in gewissen Ehrenbezeugungen, welche dem Gesandten zukommen, so heißt der Inbegriff derselben der *Ceremonialcharakter*. In dieser Rücksicht unterscheidet man Gesandte vom ersten und zweyten (wohl auch vom dritten) Range.

2. Ehe der Gesandte angenommen ist, hat er nach dem natürlichen Völkerrechte keine besondern Rechte, sondern nur diejenigen, welche jedem Fremden zustehen. Anders verhält sich dieß nach dem Völkergebrauche.

§. 455.

Da der Gesandte die Person des Volks, von welchem er abgeschickt ist, in der seinigen darstellt, so kann er im Gebiete des Staats, an welchen er abgeschickt ist, nicht als Unterthan behandelt werden, und ist daher von der höchsten Gewalt desselben unabhängig. Dieß heißt die *Exterritorialität* und *Independenz* eines Gesandten.

Unter

1. Unternimmt der Gesandte eine Handlung gegen die Sicherheit des Staats, an welchen er abgeschickt ist, so kann sich dieser der Person desselben bemächtigen, überhaupt das Recht der Nothwehr gegen ihn ausüben. Ist aber die Gefahr vorüber, so kann der Gesandte nur von seinem eigenen Staate zur Untersuchung und Strafe gezogen werden.

2. Die Indepedenz eines Gesandten angewandt auf dessen Wohnung heisst das *Asylrecht*. Dieses Recht ist durch den Völkergebrauch weiter ausgedehnt worden, als sein natürlicher Grund reicht; darf aber nie zur Begünstigung von Verbrechen misbraucht werden.

§. 456.

Die Vorschrift, welche dem Gesandten über die Art der Betreibung und Ausrichtung des ihm aufgetragenen Geschäfts ertheilt wird (die *Instruction* des Gesandten), bezieht sich blos auf sein Verhältniß zu dem ihn sendenden Staate.

§. 457.

Ein Vertrag, den der Gesandte seiner Vollmacht gemäß mit dem ihn annehmenden Staate schließt, ist für beyde Völker verbindlich, wenn auch derselbe der Instruction des Gesandten entgegen seyn sollte (§. 241. Anm.); und bedarf zu seiner rechtlichen Gültigkeit keiner nachherigen Genehmigung von Seiten des sendenden Volks.

1. Zu Verhütung möglicher Irrungen und Streitigkeiten ist der Gebrauch eingeführt worden, die von einem Gesandten geschlossenen Verträge der Ratification zu unterwerfen. Hievon sind nur diejenigen Verträge ausgenommen, welche durch augenblickliches Bedürfnis nothwendig werden.
2. *Sponsionen* sind Verträge, welche von einem Nichtbevollmächtigten für ein Volk eingegangen werden. Sie sind für dasselbe ohne nachherige Genehmigung nicht verbindlich.

§. 458.

Das Amt eines Gesandten hört auf 1) durch Beendigung des Geschäfts, zu welchem der Gesandte bevollmächtigt war, oder den Ablauf der Zeit, auf welche ihm dasselbe übertragen war. 2) Durch die Zurückberufung oder Zurückschikung des Gesandten. 3) Durch den Tod desselben, nicht aber des Regenten, von welchem oder an welchen er geschickt war, weil die Absendung und Annahme eines Gesandten eine öffentliche Handlung ist, deren rechtliche Wirkung auch auf den Regierungsnachfolger übergeht (§. 418.)

Nach dem Völkergebrauche hört die Gesandschaft mit dem Tode des absendenden und des annehmenden Regenten auf; der Gesandte muß ein neues Creditiv erhalten.

§. 459.

Völkerverträge können sowohl einzelne Leistungen

stungen als eine Reyhe von Leistungen zum Gegenstand haben. Verträge, wodurch sich ein Volk dem andern zu fortdauernden Leistungen verpflichtet, heißen *Bündnisse im weitern Sinne*, wird dadurch Beystand gegen äufsere Feinde versprochen, so heißen sie *Bündnisse im engern Sinne, Allianzen*.

1. Werden die Allianzen eingegangen, um einen Angriff gemeinschaftlich zu unternehmen, so nennt man sie *OffensivAllianzen*; geht ihr Zweck auf gemeinschaftliche Abwehrung eines Angriffs, *DefensivAllianzen*. Die erstern sind nur insofern rechtmässig, als dabey die Ausübung des Präventionsrechts zum Grunde liegt; in diesem Falle sind sie aber selbst auch DefensivAllianzen, weil die Prävention zum VertheidigungsRechte gehört (§. 104.)

2. Verträge, wodurch ein Volk dem andern nicht Beystand im Allgemeinen, sondern nur von einer bestimmten Qualität und Quantität verspricht, heißen *Subsidentractaten*.

§. 460.

Völkerverträge können auf eben die Art verstärkt werden, wie Verträge zwischen einzelnen Menschen (§. 243.), insbesondere auch durch Garantie und Geißeln.

§. 461.

Garantie ist ein Vertrag, durch welchen ein drittes Volk demjenigen von zwey Vertragschlies-

senden Völkern, gegen welches das andere seine Verbindlichkeit nicht erfüllen würde, Beystand zu leisten verspricht. Das garantirende Volk hat kein Recht, sich in der Folge der Abänderung des garantirten Vertrags durch beyderseitige Einwilligung zu widersezen, ist aber im Fall einer solchen Abänderung nicht mehr zur Garantie verbunden.

§. 462.

Geisseln (obsides) sind Mitglieder eines Volks, welche einem andern Volke zur Sicherheit eines Vertragsrechts in Verwahrung gegeben werden. Es sind gegen sie keine andere Verfügungen erlaubt, als welche der Zweck der Verwahrung nothwendig macht.

§. 463.

Ein drittes Volk nimmt Theil an einem zwischen zwey andern Völkern geschlossenen Vertrag durch Miteinschließung und Beytritt.

§. 464.

Völkerverträge hören auf eben die Art auf, wie Verträge zwischen einzelnen Menschen, insbesondere auch durch den politischen Tod (Verlust der Selbstständigkeit, Incorporation) eines Volks, nicht aber durch Veränderung der Staatsverfassung, wenn nicht die Ungültigkeit des Vertrags auf diesen Fall zum Voraus festgesetzt war.

Z w e y-

Zweytes Hauptstück.

Von der Art, die Rechte eines Volks zu schützen.

§. 465.

Die Rechte eines Volks werden durch eben dieselbe Handlungen verletzt, welche gegen einzelne Menschen widerrechtlich sind.

§. 466.

Die Beleidigung eines Volks geschieht entweder an dem Volk im Ganzen oder an einzelnen Mitgliedern desselben.

§. 467.

Das Volk hat eben so, wie ein einzelner Mensch, die Befugniß, zur Abwendung einer Beleidigung oder Wiederaufhebung des daraus entstandenen Schadens, wenn es nöthig ist, Gewalt zu gebrauchen. Difs wird das *Kriegsrecht* der Völker genannt.

Krieg heißt 1) im weitesten Sinne der Zustand gegenseitiger Gewaltthätigkeiten (daher auch Privatkrieg.) 2) im engern Sinne der Zustand gegenseitiger Gewaltthätigkeiten zwischen Völkern. 3) im engsten und eigentlichen Sinne der Zustand persönlicher und tödtlicher Gewaltthätigkeiten zwischen Völkern.

§. 468.

§. 468.

Da im Staate jeder Einzelne sich der Privatgewalt begeben hat, und ihm dagegen durch die Staatsgewalt auch gegen auswärtige Feinde Schutz zugesichert ist, so kann ein Krieg nur vom Volk im Ganzen, nicht von einzelnen Mitgliedern desselben geführt werden.

§. 469.

Der Krieg ist gerecht auf Seiten desjenigen Volks, welches ihn zum Schutz seiner Rechte zu führen genöthigt ist, ohne Unterschied, ob es der angreifende oder angegriffene Theil sey.

1. Der wahre Unterschied zwischen *Offensiv*- und *Defensivkrieg* hängt nicht von dem Anfange der Gewaltthätigkeiten, sondern von dem Zweck derselben, welcher entweder auf Verletzung fremder oder Vertheidigung eigener Rechte gerichtet seyn kann, ab. Daher ist ein Krieg, welcher vermöge des Präventionsrechts geführt wird, auf Seiten des zuerst angreifenden Volks für einen Defensivkrieg zu achten. vergl. *Hoffbauer* Naturrecht §. 707. 712.
2. Die anwachsende Macht eines Volks ist an sich keine rechtsgültige Ursache eines Kriegs.
3. Da unter unabhängigen Personen kein Strafrecht statt hat, so ist ein *Strafkrieg* (*bellum punitivum*) immer ungerecht.

§. 470.

Ausser dem Krieg im eigentlichen Sinne (§. 467. Anm.)

Anm.) ist ein Volk nicht nur befugt, ein anderes Volk nach ebendieselben Maxime, wornach es von diesem behandelt wird, zu behandeln (*Retorsionsrecht*), sondern auch dem sonst anerkannten Recht eines andern Volks dadurch, daß es sich der denselben angehörigen Personen und Sachen bemächtigt, entgegen zu handeln, um sich wegen eines erlittenen Unrechts Genugthuung zu verschaffen (*Recht der Repressalien*.)

1. Repressalien haben gegen Privatpersonen statt, insoferne der Staat, dem sie angehören, ihre Rechte schützen muß, und mithin durch das Verfahren gegen dieselben bestimmt werden kann, seinerseits vom Unrecht abzustehen.
2. Privatpersonen können ohne Bewilligung des Staats, dem sie angehören, eben sowenig Repressalien ausüben, als sie eigenmächtig Krieg führen können (§. 468.)

§. 471.

Das Kriegerrecht zwischen Völkern ist in eben dem Sinn unendlich als das Zwangsrecht zwischen Einzelnen im Naturstande. Daher sind alle dem Zweck eines gerechten Kriegs entsprechende Zwangsmittel, wodurch nicht das Recht eines Dritten verletzt wird, rechtlich erlaubt.

1. Die *Immoralität* mancher Arten von Feindseligkeiten (z. B. Meuchelmord, vergiftete Waffen, Spione u. dgl.) ist nicht mit der *Widerrechtlichkeit* derselben zu verwechseln.

2. Zur

2. Zur Ausübung des Kriegsrechts ist eine vorgängige Kriegserklärung nur insoferne nothwendig, als sie zum Mittel dienen kann, ohne Anwendung von Gewalt eine Rechtsverletzung abzuwenden.

§. 472.

Da der Krieg vermöge des allgemeinen Willens im Staate geführt wird, dem allgemeinen Willen aber die einzelnen Bürger ohne Rücksicht auf ihren Privatwillen unterworfen sind, so sind diese im Kriege nicht als willkührliche Beleidiger anzusehen. Daher ist Gewalt gegen die Person der einzelnen Bürger nur zur Verhinderung der unmittelbar durch sie ausgeübten Feindseligkeiten, gegen das Eigenthum derselben nur zur Verminderung der feindlichen, und Verstärkung der eigenen Streitkräfte rechtmässig.

§. 473.

Dadurch, dass ein kriegführendes Volk sich der Sachen seines Feindes bemächtigt, erwirbt es nicht das Eigenthum daran; ist aber befugt, dieselben so lang, als es zum Zweck eines gerechten Kriegs nothwendig ist, in seiner Gewalt zu behalten.

§. 474.

Ein drittes Volk, welches an dem Kriege zweyer anderer keinen Antheil nimmt, heisst
neutral

neutral. Jedes Volk hat ein Recht, neutral zu bleiben, und kann, ohne Verletzung seiner politischen Selbstständigkeit, zur Theilnahme am Kriege nicht gezwungen werden.

§. 475.

Ein neutrales Volk kann, der Neutralität unbeschadet, mit jedem der kriegführenden Völker nicht nur seine vorigen Verhältnisse fortsetzen, sondern auch neue Verbindungen eingehen, wobey es nicht die Unterstützung und Begünstigung der Feindseligkeiten gegen das andere zu seinem Zweck macht.

1. Nach dem natürlichen Völkerrecht kann ein neutrales Volk einem der beyden kriegführenden Völker auch unmittelbare Kriegsbedürfnisse, als Handlungsartikel, zuführen, ohne die Neutralität zu verletzen, weil es das ihm sonst zustehende Recht durch das Verhältniß zweyer andrer Völker nicht verliert. Der Völkergebrauch bestimmt hierin etwas anders.

2. Zur Neutralität wird nicht erfordert, daß das dritte Volk gegen die beyden andern, welche Krieg mit einander führen, durchgängig gleiches Betragen beobachte.

§. 476.

Kriegführende Völker sind verbunden, auf dem Gebiete eines neutralen Volks sich aller Feindseligkeiten gegen einander zu enthalten.

§. 477.

§. 477.

Bewafnete Neutralität ist der Zustand eines neutralen Volks, worin es gerüstet ist, die Rechte, welche ihm als einem neutralen Volke zukommen, mit Gewalt der Waffen zu behaupten. Jedes Volk ist befugt, nicht nur sich selbst in einen solchen Zustand zu versetzen, sondern auch zu diesem Zweck eine Verbindung mit andern Völkern (*Allianz der bewafneten Neutralität*) einzugehen.

§. 478.

Ein kriegführendes Volk ist berechtigt, die Bundsgenossen seines Feindes nach Verhältniß des diesem geleisteten Beystands selbst als Feinde zu behandeln.

§. 479.

Durch den Krieg zwischen zwey Völkern hören die bisher unter ihnen bestandenen Verträge nicht auf; jedoch ist die einstweilige Verweigerung der Erfüllung derselben, insoferne sie als Mittel zu Beendigung des Kriegs dienen kann, rechtlich erlaubt.

§. 480.

Verträge, welche zwey kriegführende Völker in Beziehung auf den Krieg mit einander schließen, heißen *Kriegsverträge*. Sie haben entweder die Verhältnisse beyder Völker während des Kriegs oder die Beendigung desselben zum Gegenstand.

§. 481.

Jedes Volk ist verbunden, die mit seinem Feinde geschlossenen Kriegsverträge als gültig anzuerkennen. Denn durch die Maxime der Nicht-

aner-

anerkennung derselben würde ein Volk den einzig möglichen Zweck eines gerechten Kriegs, Wiederherstellung seiner Rechte, selbst unmöglich machen, weil alsdann auch kein Vertrag, wodurch der Krieg beendigt wird, für gültig anzuerkennen wäre.

§. 482.

Unter den Verträgen, wodurch die Verhältnisse der kriegführenden Theile während des Kriegs bestimmt werden, sind vorzüglich zu bemerken 1) der *Waffenstillstandsvertrag*, wodurch festgesetzt wird, daß ohne Beendigung des Kriegs die Feindseligkeiten eine Zeit lang aufhören sollen. 2) Der *Salvegardenvertrag*, wodurch versprochen wird, daß gewisse feindliche Personen oder Sachen von feindseliger Behandlung frey seyn sollen. 3) Der *Kapitulationsvertrag*, wodurch ein kriegführender Theil dem andern gewisse Personen oder Sachen zur Verwahrung und zum Besiz zu übergeben verspricht. 4) Verträge über Auswechslung und Auslösung der Gefangenen.

Ein Waffenstillstand kann entweder zwischen den beyden kriegführenden Völkern überhaupt (*induciae*) oder nur zwischen einzelnen Heerführern in Ansehung derjenigen Personen, welche ihrem Befehl unterworfen sind (*armisticium*) geschlossen werden.

§. 483.

Ein Vertrag, wodurch der Krieg zwischen zwey Völkern beendigt wird, heist *Friedensschluss*. Die Verbindlichkeit desselben für die Paciscenten beruht darauf, daß auch erzwungene Verträge gültig sind, wenn der Zwang zum Schuz eines angegriffenen Rechts angewandt, und nicht über die

diese Gränze der Rechtmäßigkeit ausgedehnt worden ist. (§. 36.)

1. Der Friede wird vorbereitet durch Friedensvorschläge, Friedensschlüsse, Friedensvermittlungen.
2. Der Friedensschluss kann verschiedene Bestimmungen enthalten — Präliminär - Haupt - Neben- und Separatartikel. Der wesentliche Inhalt eines jeden Friedens ist *Aminestie* d. h. die Erklärung, daß die bisherigen Feindseligkeiten keine Ursache zu einem neuen Krieg abgeben sollen.

§. 484.

Ein Zustand, worin aller Krieg zwischen Völkern für die Zukunft unmöglich gemacht ist, heist *ewiger Friede*. Die Vernunft gebietet den ewigen Frieden, weil der Zustand der Unsicherheit alles Rechts und der immerwährenden Bedrohung mit Feindseligkeiten zwischen Völkern ebenso rechtswidrig ist, als zwischen einzelnen Menschen.

§. 485.

Der ewige Friede kann unter Völkern dadurch herbeygeführt werden, daß sie sich zu Behauptung ihres gegenseitigen rechtlichen Verhältnisses mit einander verbinden, und die Entscheidung ihrer Streitigkeiten einem allgemeinen Bundesgerichte, welchem gegen das Unrecht eines jeden Volks die Macht aller übrigen zu Gebot steht, unterwerfen.

Kant zum ewigen Frieden. Königsberg. 1795.

Fichte Grundlage des Naturrechts. II. Th.

S. 261. ff. *Schelling* System des transcendentalen Idealismus. S. 411. ff.

Register.

Die Zahlen zeigen den Paragraphen an.

A.

Abgaben 405.

Absicht 6. Anm. 2.

Accession 164.

Aftervermiethung 236.

Allianzen 459.

Amnestie 483. Anm. 2.

Angelegenheiten, gesellschaftliche 253.

Annahme einer Willenserklärung 176.

Aristokratie 411. Wahl-Erbaristokratie 421.

Asylrecht 454.

Armisticium 482. Anm.

Afsignation 243. Anm. 3.

Aufnahmevertrag 254.

Aufsicht in einer Gesellschaft 262. im Staate 358.

Auslegung der Geseze, authentische, doctrinelle 349.

ausdehnende, einschränkende 382.

B.

Beamte einer Gesellschaft 280. Beamte des Staats 359.

Entlassung, Resignation derselben 363. Instruction 361. Besoldung 362.

Bedingung 195. aufschiebende, auflösende 196. potestative, zufällige, vermischte 197.

Befugniss 30.

Begehrungsvermögen, Begierde 2.

Begnadigung 399.

Beleidigung 97.

Besitz

R e g i s t e r.

Besiz im weitem und innern Sinne 144. 145. Civil-
und Naturalbesiz 153. redlicher, unredlicher Be-
sizer 161. Besizergreifung 146.
Betrug 191.
Bewaffnungsrecht 403.
Billigkeit 40.
Bündnisse im weitem Sinne 459. im engern Sinne 459.
Offensiv- und Defensivbündnisse 459. Anm. 1.
Bürgschaft 245.

C.

Calculus Minervae 273.
Cameralgewalt 401. Rechte derselben 405.
Cession 250.
Charakter, repräsentativer, eines Gesandten 455.
Collision der Rechte 93.
Compensation 247.
Constitution einer Gesellschaft 255. eines Staats 408.
Creditiv eines Gesandten 453.
Culpa 378.

D.

Darlehnsvertrag 232.
Delegation 249.
Demokratie 411. repräsentative 424.
Despotismus 426.
Dienstherr 238.
Directoren oder Vorsteher einer Gesellschaft 280.
Dispensation 357. Anm. 1.
Dogmen, kirchliche 298.
Draufgabe 244. Anm. 2.

Ehe

Register.

E.

Ehe 286. Ehevertrag, Eheverlöbniß 287.

Ehebruch 292.

Ehescheidung 294.

Ehre, Recht auf dieselbe 327.

Eid 243.

Eigenthum 143. Allein - Gemeintheigenthum 219.
eingeschränktes Eigenthum 224. getheiltes, un-
vollständiges 222.

Einwilligung 173. ausdrückliche, stillschweigende 186.

Elterliche Gewalt 125.

Endzwek 6. Anm. 2.

Entsagung 228.

Entschluß 6. Anm. 1.

Erbfolgerecht 169. Erbvertrag 215. Erbreich 413.

Erlaubet 23.

Erwerbung 132. Erwerbart 136.

Erziehung 123.

Expromission 249. Anm. 2.

Exterritorialität eines Gesandten 445.

F.

Finanzgewalt 404.

Freyheit des Willens 13.

Freyheit, äußere 24. bürgerliche, politische 428.

Freystaaten 411.

Friedensschluß 483. ewiger Friede 484.

Früchte 154.

Fundamentalobservanzen 408.

G.

Garantie 461.

Gebrauch 130. unschädlicher 166.

Ge-

Register.

- Gefühl 3.
Gegenversprechen 203.
Geißeln 462.
Gelüsten 4.
Gerichtsbarkeit, Gericht 379. willkührliche Gerichtsbarkeit 401.
Gesellschaft 216. im formellen, materiellen Sinne 251. einfache, zusammengesetzte 252. temporäre, beständige 281. gleiche, ungleiche 264. Gesellschaft im Staate 323.
Gesellschaftsgewalt 261.
Gesellschaftsrecht, einheimisches, auswärtiges 257. ursprüngliche, erworbene Rechte der Gesellschaft 260. Gesellschaftsschluss 265.
Gesez 11. sittliche Geseze 17. Tugend- und Rechtsgeseze 20. positive Geseze 44. 57. gesetzgebende Gewalt im Staate 347. bürgerliche, peinliche Gesetzgebung 365.
Gewissenspflichten 22.
Gewissensfreyheit 219.
Gewohnheitsrecht 348.
Gläubiger im engern und weitem Sinne 213. Anm. 1.
Gleichheit, natürliche 78. der Bürger 335.
Gottesdienst 295.
Grundgeseze eines Staats 408.
Grundverfassung einer Gesellschaft 255.
Gültigkeit eines Vertrags 182.
Gütergemeinschaft, ursprüngliche 133.

H.

- Handlung im weitem und engern Sinne 1. äußere Handlungen 33. sprechende Handlungen 186. Anm. 2. 187. Haupt-

Register.

Hauptrecht 242. Anm. 1.

Hauptsache 154.

Herilreich 414.

Heeresfolge 403.

Herr 238.

Hinterlegungsvertrag 233.

Hoheitsrechte, allgemeine und besondere 346. innere und äußere 407. Anm. 2.

Hülfrecht 242. Anm. 1.

Hypothek 246. Anm. 2.

I.

Independenz eines Gesandten 455.

Inhabung einer Sache 144.

Injurie 327.

Instanzen, gerichtliche 396.

Justizgewalt 364.

K.

Kaufvertrag 236.

Kirche 296. Kirchengewalt, Kirchenregiment 302. allgemeine, besondere Kirche 301. kirchliche Beamte 305.

Krieg. 467. Anm. Recht des Kriegs 407. Kriegsverträge 480. Kriegswesen 407.

L.

Legalität 54.

Leihvertrag 230.

Leistung 141.

Liturgie 304.

M.

Machtspruch 395.

Machtvollkommenheit 342.

Majestät 329. Majestätsrecht über die Kirche 338.

Maxime 10.

Menschenrechte 134.

*

Mieth-

Register.

Miethvertrag über Sachen 236. über Dienste 237.

Militärgewalt 403.

Miteigenthum 219.

Mittel 6. Anm. 2.

Monarchie 411.

Moral 43.

Moralität 54.

N.

Namen, Recht auf guten 327.

Natur 17. Anm. 2. 43. 44. absolutes, unbedingtes
Naturrecht 49.

Neutralität 474. bewafnete 477.

Nothfall, Nothrecht 41. Nothgebrauch 167. Noth-
wendigkeit, moralische, physische 17. Anm. 2.

Nöthigen 35.

O.

Oberaufsicht im Staate 358.

Obereigenthum des Staats 405. Anm. 3.

Oberhaupt einer Gesellschaft 274. des Staats 329.

Occupation 147.

Ochlokratie 423. Anm. 2.

Oligarchie 419.

P.

Patrimonialreich 414.

Person 31. physische, moralische 32.

Pfandvertrag 246.

Pflicht 18. innere und äussere 21. vollkommene,
unvollkommene 22.

Philosophie, praktische 43. des positiven Rechts 58.

Politik 55.

Polizey 400.

Polygamie 289.

Präventionsrecht 104.

Pri-

Register.

Privatrecht, natürliches 49.

Privilegien 355. 356.

Promulgation der Geseze 351.

Prozess, Prozessordnung 394.

R.

Rache 110.

Recht 30. 35. Anm. angebohrne, erwerbliche Rechte 81. 82. Förmliches Recht 397. Personen- und Sachenrecht 80. dingliches, persönliches Recht des Staats 83. vermeintes Recht 161. das äußerste Recht des Staats 342.

Rechtslehre 43.

Rechtstitel 186.

Regalien 346.

Regel, theoretische, praktische 9.

Regierung einer Gesellschaft 261. Des Staats 331.

Regierungsform 409. eingeschränkte 426.

Reichsverweser 417.

Religionsfreyheit 120.

Repräsentanten einer Gesellschaft 280.

Repressalien 470.

Retorsion 470.

Richten 100. Richter 379.

S.

Sache 129. herrenlose 139. fungible 229.

Schaden 98. positiver, negativer 99.

Schadloshaltung 106.

Schenkung 230.

Schuldner im engern und weitern Sinne 213. Anm. 1.

Servitut 225.

Sicherheit 105. Anm. 1.

Sicherungsvertrag 242.

Sinn,

Register.

- Sinn, Sinnlichkeit 3.
Sitte 17. Anm. 1.
Specification 155.
Sponsionen 457. Anm. 2.
Staat 314. einfacher, zusammengesetzter 429. verbundene Staaten, ebend. Anm. 1.
Staatsform 409. reine, gemischte 425.
Staatsgebiet 324.
Staatsgrundgesetze 408.
Staatsrecht 50. absolutes, hypothetisches 315.
Staatsvermögen 404.
Staat im Staate 336.
Stand 47. bürgerlicher Stand, Naturstand 48.
Stimme eines Mitglieds einer Gesellschaft 265. Viril-Curiatstimmen 268. einhellige, getheilte Stimmen 269. entscheidende Stimme im engeren Sinne 273. Anm. 2.
Stimmenmehrheit, absolute, relative 270.
Stimmrecht 265.
Strafe überhaupt 109. bürgerliche Strafe 369. außerordentliche 388. 389.
Strafgesetz 369. bestimmtes, unbestimmtes 387.
Strafrecht des Staats 372. Zweck der bürgerl. Strafen 373. Maasstab der Strafen für den Gesetzgeber 377. für den Richter bey unbestimmten Strafgesetzen 391. 392.
Strandrecht 445.
Subsidentraktaten 459. Anm. 2.
Successionsgesetz. 415.
Symbol 298.

T.

- Tauschvertrag 234.
Testament 170.

Thron-

R e g i s t e r.

Thronerbe 415.

Todesstrafe 376.

Tortur 393.

Tractaten 180. Anm. 3.

Tugendlehre 43.

Tyranny 332.

U.

Uebertragung eines Rechts 88.

Unterthan, Untergebener 359. Anm. 2.

Unterwerfungsvertrag, gesellschaftlicher 275. bürgerlicher 322.

Urhaber einer Handlung 385.

Usufructuarreich 414.

V.

Verbindlichkeit 18. vollkommene, unvollkommene 22. allgemeine, besondere 84. negative, affirmative 85.

Verbrechen im objectiven und subjectiven Sinne 374.

Staats- und Privatverbrechen 375. Polizeyverbrechen 403. Versuch eines Verbrechens 388. Anm. 2.

Vereinigungsvertrag, gesellschaftlicher 254. bürgerlicher 322.

Verfassung einer Gesellschaft 255. 263. eines Staats 408.

Verfassungsvertrag, gesellschaftlicher 255. allgemeiner bürgerlicher 322.

Vergleich 248.

Verjährung 90.

Verläumdung 327.

Verletzung des Rechts 97.

Vernunft 5. reine, praktische 12.

Versprechen 176.

Vertrag 177. einfacher, zusammengesetzter, gegenseitiger 204. gültiger, nichtiger 182. widerruflicher 208. 209.

Vin-

R e g i s t e r.

Vindicationsrecht 106.

Volk 329. 341.

Völkerrecht 51. 432. absolutes, hypothetisches 435.

Völkerverträge 449.

Vollziehende Gewalt in einer Gesellschaft 262. im Staate 347. 357.

Vormund 125.

Vorsteher einer Gesellschaft 280.

W.

Waffenstillstandsvertrag 482.

Wahlaristokratie 421.

Wahlkapitulation 416.

Wahlreich 413.

Wandelpön 244.

Werth einer Sache 98.

Widerstand 35.

Wille 2. 6. Willkühr 7.

Willenserklärung 175.

Wohl einer Gesellschaft 253. des Staats 319.

Z.

Zahlung 213.

Zins 232. Anm. 2.

Zwang 35. Zwangsgesetz, Zwangspflicht 38. Zwangsrecht 36.

Zweck 6. Anm. 2. Zweckbestimmung bey Verträgen 202.

Zueignung 147.

Züchtigung 124.

Zufall 107. Anm. 1.

Zurechnung 385. Erfordernisse derselben 386.





Gros, Karl Heinrich von,

Lehrbuch der philosophischen Rechtswissenschaft oder des Naturrechts

Tübingen 1802

Ph.pr. 551 z

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040690-2